

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 16. Juni 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Englisches Streikrecht.

Die Schweinburgische Korrespondenz verfuhrte kürzlich unter Berufung auf die englische Gesetzgebung, die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs von Eisenbahnangestellten als die Ausföhrung eines Rechtsgedankens hinzustellen, der in England schon seit einem Vierteljahrhundert praktische Geltung erlangt habe. Unser Londoner Korrespondent schreibt uns nun darüber:

Der offizielle Waschzettel ist eine Leistung, bei der Ankenntnis der englischen Rechtsverhältnisse und ungenierte Hinwegsehen über alle Anforderungen der Logik einander in klümem Wettstreit den Rang ablaufen.

Zunächst spricht der Verfasser von einem „englischen Verschöwungs- und Vermögensschutz-Gesetz vom 13. August 1875, 1888 und 1889, Sect. 86.“ Das englische „Conspiracy and Protection of Property Act“ (Property = Eigentum ist mit „Vermögen“ sehr ungenau übersetzt) führt den Zusatz „38 and 39 Vict.“ als Angabe dafür, daß es im 38. und 39. Regierungsjahr der Königin Victoria geschaffen wurde. 1888 und 1889 kann nur schreiben, wer nie ein Buch über englisches Rechtswesen in der Hand gehabt hat.

Der Geist dieses Verschöwungs- u. C. Gesetzes nur, das das 86te Kapitel des in jenem Regierungsjahr der Victoria geschaffenen statutarischen Rechts bildet, wird durch seinen dritten Paragraphen gekennzeichnet, der wie folgt lautet:

„Eine Verabredung oder Verbindung von zwei oder mehr Personen, in Voransicht oder für die Unterstützung eines gewerblichen Konflikts zwischen Unternehmern und Arbeitern irgend eine Handlung zu begehen oder zu veranlassen, soll nicht als eine Verschöwung unter Anklage gestellt werden können, sobald nicht die Handlung als Verbrechen bestraft werden kann, wenn sie von einer einzelnen Person begangen wurde.“

Das ist das Rechtsprinzip, das die ganze englische Gesetzgebung über gewerbliche Konflikte — z. B. auch das Gesetz über Einschüchterungen und Bedrohungen — durchdringt und von der Rechtsprechung in wichtigen Entscheidungen als maßgebend festgelegt wurde. Hier findet der Gedanke des Koalitionsrechts seinen prägnantesten Ausdruck. An den Geist dieses Paragraphen hat sich der englische Richter zu halten, wenn er einen Fall zu entscheiden hat, der in das Gebiet der Koalitionskämpfe gehört. Der Koalition soll nichts verwehrt sein, was dem einzelnen gesetzlich freisteht.

Nun hat das vorliegende Gesetz allerdings zwei Paragraphen, die von strafbarem Kontraktbruch handeln. Weider Inhalt giebt die Korrespondenz jedoch ungenau und damit auch unrichtig wieder. Der zuerst von ihr erwähnte Paragraph ist der fünfte des englischen Gesetzes. Er lautet seinem vollen Wortlaut nach:

„Wo eine Person vorsätzlich und böswillig einen Dienst- oder Lohnvertrag bricht, wissend oder mit ausreichendem Grund zur Annahme, daß die wahrscheinliche Folge davon, daß sie allein oder mit andern dies thut, die sein wird, Menschenleben zu gefährden, ernsthaften körperlichen Schäden zu verursachen oder wertvolles Real- oder Personaleigentum zu zerstören oder ernsthaft zu beschädigen, soll dieselbe nach Ueberführung durch ein Magistrategericht oder Erkenntnis einer Jury, wie im folgenden dargelegt, in eine Geldstrafe von nicht über 20 Pfd. Sterling genommen oder zu Gefängnis im Höchstfalle von drei Monaten mit oder ohne Arbeitszwang verurteilt werden können.“

Von den respektiert gedruckten Worten ist im Waschzettel der Korrespondenz keine Rede. Es wird da schlechtweg von Kontraktbruch gesprochen, durch den Gefahr zc. „erwachsen könnte“, während das englische Gesetz ausdrücklich als Bedingung für die Strafbarkeit neben bösem Willen erstens fast bloßer Möglichkeit der Wahrscheinlichkeit der Gefahr und zweitens außerdem auch hinreichende Kenntnis von dieser Wahrscheinlichkeit auf Seiten des Kontraktbrüchigen verlangt. Mit andern Worten, der englische Text beschränkt die Anwendbarkeit des Paragraphen auf Fälle, die gegebenenfalls auch auf Grund von andern Paragraphen des Strafgesetzes belangt werden könnten. In diesem ganz bestimmt abgegrenzten Sinn wird er von der englischen Rechtsprechung angewendet, und daher fehlt es denn auch an jeder Agitation in gewerkschaftlichen Streifen für seine Abschaffung.

Rechtlich steht es mit dem Paragraphen vier des Gesetzes, auf den sich die Schweinburgische Korrespondenz insbesondere beruft. Er lautet:

„Wo eine Person, die von municipal Behörden oder Gesellschaften oder Kontraktunternehmern beschäftigt wird, denen auf Grund von Parlamentsakten die Pflicht obliegt oder die auf andere Weise die Pflicht übernommen haben, Städte, Burgflecken, Stadtgemeinden, Ortshäfen oder Teile von solchen mit Gas oder Wasser zu versorgen, vorsätzlich und böswillig einen Dienstvertrag mit diesen Behörden, Gesellschaften oder Kontraktunternehmern bricht, wissend oder mit ausreichendem Grund zur Annahme, daß die wahrscheinlichen Folgen davon, daß sie dies allein oder in Verbindung mit andern thut, die sein werden, die Bewohner jener Städte, Burgflecken, Stadtgemeinden, Ortshäfen oder von Teilen von solchen tödlich oder in großem Umfang ihre Gas- oder Wasserzufuhr zu herabsetzen, soll sie nach Ueberführung durch ein Magistrategericht oder Erkenntnis einer Jury, wie im folgenden dargelegt, in eine Geldstrafe von nicht über zwanzig Pfund Sterling genommen oder zu Gefängnis im Höchstfalle von drei Monaten mit oder ohne Arbeitszwang verurteilt werden können.“

Dies der Hauptinhalt des Paragraphen. Andre Sätze enthalten Bestimmungen über seine Befugnisse in den betreffenden Unternehmungen und dergleichen mehr. Es fällt nicht schwer, aus ihm eine Einschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter in Gas- und Wasserwerken herauszuflesen — wenn man an osteuropäische Rechtsauslegung gewohnt ist.

Der Waschzettel deduciert denn auch, es würde, da in Preußen den Unternehmern von Eisenbahnen und Kleinbahnen die Verpflichtung der dauernden Aufrechterhaltung ihres Betriebs auferlegt sei, die strafrechtliche Bindung von Kontraktbruch der Angestellten solcher Bahnen dort (in Preußen) „erst jenen Rechtszustand herstellen, der in England schon seit einem halben Vierteljahrhundert besteht“. Denn die ratio legis (Rechtsgedanke) dieser englischen Strafbestimmung ist offenbar in dem Umstande zu suchen, daß den betreffenden

Unternehmern im öffentlichen Interesse eine gewisse Verpflichtung obliegt, in deren Erfüllung sie im allgemeinen Interesse der Bevölkerung des betreffenden Orts zu schätzen sind.“

Schlau gefolgert.

Leider aber obliegt in England den Unternehmern von Eisenbahnen und Kleinbahnen gerade dieselbe Verpflichtung zur dauernden Aufrechterhaltung ihres Betriebs, wie den Unternehmern von Gas- und Wasserwerken und den Unternehmern von Eisenbahnen in Preußen. Es wird den Fabrikanten des Waschzettels aber schwer fallen, in England ein Kontraktbruchgesetz für Eisenbahnen, wie er es für Preußen ersehnt, auszufundschaffen. England hat nichts dergleichen. Es hat wiederholt größere Streiks von Eisenbahnern gehabt, so anfangs der neunziger Jahre in Nord- bis nach Schottland hinein, so vor zwei Jahren im Nordosten, so im Vorjahr in England. Ferner eine große Anzahl von Tramwaystreiks. Jedemal hat es dabei Kontraktbruch gegeben, jedesmal große Unterbrechungen des Verkehrs, in keinem dieser Fälle aber Strafverfolgungen gegen Angestellte wegen Kontraktbruch. Sehen sich der Verfasser des Waschzettels und seine Auftraggeber danach, den Rechtszustand, wie er in England für Eisenbahnangestellte besteht, in Preußen Deutschland einzuföhren, so wünschen wir ihnen alles Glück dazu. Er würde zwar für die deutschen Eisenbahner noch nicht den Himmel auf Erden, aber doch immerhin eine nette Abzahlung darauf bedeuten. Die Folgerung jedoch, daß Preußen-Deutschland aus Gerechtigkeitsgründen ein Kontraktbruch-Gesetz für Eisenbahner und Tramway-Angestellte haben muß, weil England ein solches für — Arbeiter in Gas- und Wasserwerken hat, zeigt eine Kühnheit der Logik, die an halbdreier Gewaltthaten ihres Gleichen nicht.

Uebrigens ist hinsichtlich des englischen Verschöwungsgesetzes und seiner Bestimmung über Gas- u. Arbeiter auch noch einiges zu bemerken. Das Gesetz ist 1875 geschaffen worden. Zwei bis drei Jahre vorher — Dezember 1872 — hatte London einen großen Gasarbeiter-Streik gehabt und eine Anzahl der anständigen Arbeiter waren auf Grund des damals bestehenden Verschöwungsgesetzes zu 3 bis 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Richter, Lord Justice Brett, erklärte, eine Verbindung behufs plötzlicher Niederlegung der Arbeit hier als Verschöwung behufs Geschäftsförderung zu ahnden. (Stephen, History of the Criminal Law.) Indem das neue Gesetz die Höchststrafe auf drei Monate Gefängnis normierte und die Verurteilung von der 25 s. willkürliche des Kontraktbruchs abhängig machte, qualifizierte es sich von vornherein als eine wesentliche Verbesserung der Rechtsstellung der Gas- u. Arbeiter, wie überhaupt aller Arbeiter gegenüber dem vorherigen Rechtszustand, und als solcher ist es auch zu jener Zeit von den Führern der Arbeiter mit Begeisterung begrüßt worden. Socialisten wie Genosse Oger und Radikale wie George Howell sollten seinem Schöpfer, dem konservativen Minister Croft, rückhaltlos Lob. In der That ist seitdem, trotz verschiedener großer Gasarbeiterstreiks (1888, 1889, 1891 zc.), kein Gasarbeiter wegen Kontraktbruchs bestraft worden. Diese Streiks sind durchaus nicht ohne heftige Kämpfe verlaufen; es hat bei verschiedenen von ihnen — so z. B. bei dem Ausstand wider die Süd-Londoner Gasgesellschaft 1889 — sehr viel Stürme und Bitterkeit und große Unzufriedenheiten für das Publikum gegeben — es ist aber niemand begehommen, die Arbeiter strafrechtlich wegen Kontraktbruchs zur Rechtschaffenheit zu ziehen.

Große Institute, wie Eisenbahnen, Gasgesellschaften zc. stellen den Arbeitern gegenüber eine so große Macht dar, haben gegen sie so viele Mittel der Gewalt und Vorhugungspolitik, daß ein Ausstand in der Regel nur dann Aussicht auf Erfolg verspricht, wenn ohne Rücksicht auf die von diesen Gesellschaften vorgeschriebenen Kündigungsfristen angewendet wird. Daher kann ein Kontraktbruch in Lohnkampf mit ihnen, wie überhaupt bei Lohnkämpfen, unmöglich als böswilliger Kontraktbruch bezeichnet werden. Böswillig „malicious“, was stets böshafte Absicht voraussetzt und vorzüglich — „wilful“, wobei auch schon an Töde gedacht wird — muß aber der Kontraktbruch sein, um nach dem vorstehenden Gesetz bestraft werden zu können. Darin ist, um mit der Schweinburgischen Korrespondenz zu reden, die ratio legis der ihr so wertigen englischen Rechtsbestimmung „offenbar zu suchen.“

Politische Ueberfahrt.

Berlin, den 15. Juni.

Ein Spiel, der zurückkehrt.

Wir haben gestern den neuesten Gewaltstreik der „Großen“ bereits gebührend gekennzeichnet. Es sind nur wenige Blätter, die der Diktation Weisfall zollen; die meisten sind mit uns der Ansicht, daß die Kündigung Rathmanns ein Schlag gegen die Koalitionsfreiheit der Angestellten bedeutet. Es ist der Thielensche absolutistische Herrenstandpunkt, der hier zum Ausdruck kommt. Wie darf es ein Arbeiter wagen, seine und seiner Kollegen Interessen zu vertreten, wie darf er seine Mitarbeiter dazu anrufen, die Solidarität zu wahren, einer für alle zu stehen? Dieses Eintreten des Einzelnen für alle und der Gesamtheit für den Einzelnen, das ist es ja gerade, was dem wirtschaftlich den Arbeitern so machtvolll überlegenen Unternehmertum ein Stück seiner unheilvollen Macht zu nehmen geeignet ist Fort also mit dem „Heer“, dem Agitator und Organisator.

Die Mahregulung Rathmanns erscheint erst in richtigem Lichte, wenn man in Betracht zieht, daß er einer der eifrigsten Verbandmitglieber war, daß er der Kommission angehörte, die während des Streiks mit der Diktation verhandelte, und daß er bei diesen Verhandlungen im Gegensaß zu Usher mit Jähigkeit an den Forderungen der Streikenden festhielt. Auch sonst sind Versuche gemacht worden, den intelligenten jungen Angestellten zu be„aschern“; da diese Versuche keine Erfolge hatten, mußte er fliehen.

Die Diktation glaubt ja nun wohl, sich des unangenehmsten Drängers entledigt zu haben. Weltgeschichte! Die Entlassung Rathmanns ist nicht bloß eine rückwärtslose, sondern auch eine höchst dumme Maßregel. Der Gemahregeste, der in seinem ersten Bemühen, seiner Kollegen Los zu verbessern, durch den Dienst und

seine Abhängigkeit arg beschränkt war, ist nun frei. Er wird seine Zeit, sein ganzes Wissen und Können in den Dienst seiner gelebtesten Kollegen stellen. Der Verband bedarf seiner Kraft.

Der rebellische Landtag.

Die wenigen Tage, die der preussische Landtag noch zusammen bleiben wird, versprechen für die Regierung eine fortgesetzte Reihe von Niederlagen zu werden. Die erste Niederlage bereitete ihr am Freitag das Herrenhaus bei der Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Maßnahmen zur Verhütung von Hochwassererfahrungen in der Provinz Schlesien. Die erinnerlich haben bereits im Abgeordnetenhause die Junker das Zustandekommen dieses Gesetzes dadurch zu hintertreiben gesucht, daß sie es mit allerhand Bestimmungen bepacken wollten, die im Grunde genommen gar nichts damit zu thun haben. Die Absicht der Opposition war darauf gerichtet, dem wegen seiner angeblichen Kanalfreundlichkeit verhassten Minister v. Thielens ein Mißtrauensvotum zu erteilen. Schließlich kam es doch zu einer Verständigung; der Entwurf gelangte an das Herrenhaus in einer Form, mit der sich auch die Regierung einverstanden erklärte.

Wer aber glaubte, daß damit das Zustandekommen des Gesetzes gesichert sei, der hatte die Rechnung ohne das Herrenhaus gemacht. Die Herrenhäuser haben da, wo es sich um ihre eignen Interessen handelt, ein steifes Rückgrat, sie haben keine Auflösung zu befürchten und auch keine Rücksicht auf die Wähler zu nehmen; weit entfernt davon, der Regierung nachzugeben, verlangen sie vielmehr, daß die Regierung sich ihrem Willen fügt. Mit großer Mehrheit nahmen sie zu dem Gesetz einen neuen § 51 an, welcher die Regierung verpflichtet, alle Arbeiten an den linksseitigen Nebenflüssen der Oder, welche eine vermehrte oder beschleunigte Hochwasserzuföhrung in letztere verursachen, so lange zurückzustellen, bis die Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder in Angriff genommen ist. Der Begründer des Antrags, Dr. v. Ledebow, ließ keinen Zweifel daran, daß der Antrag ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung bedeute, die ihr Versprechen, eine Vorlage betr. die Regulierung der unteren Oder einzubringen, nicht gehalten habe.

Unter denjenigen, die eifrig für den Antrag Ledebow eintraten, befand sich auch Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, der Schwager des deutschen Kaisers.

Um die Regierung zu ärgern, beschloß das Haus dann sogar noch, am Sonnabend, wo der Elb-Trade-Annal eröffnet wird, eine Sitzung abzuhalten. Ursprünglich hatte das Präsidium die Einladung zur Feier angenommen; es wird nun abgeschrieben müssen. Die Verlängerung des Termins der Sitzung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Nicht viel besser erging es der Regierung im Abgeordnetenhause, das zunächst dem Gesetzentwurf betreffend die Gewährung von Zinsenkontredit bei Rentengütern Gründungen in der Fassung des Herrenhauses seine Zustimmung erteilte. Minister Dr. v. Miquel, der vor zwei Tagen das Herrenhaus aufgeföhrt hatte, dem Beschluß des Abgeordnetenhauses zugestimmen, hat heute das Abgeordnetenhause in ebenso herben Worten, den Beschlüssen des Herrenhauses beigetreten. Man sieht: Johannes v. Miquel macht alles.

Ueber die zweite Vorlage, die Warenhaussteuer, ist nicht nur keine Verständigung erzielt worden, es ist sogar fraglich, ob das Gesetz überhaupt zu Stande kommt. Zunächst mußte bei der Abstimmung über einen Antrag des Abg. Pauhschmann (natl.) auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage (Grenze von 500 000 M.) die Auszählung erfolgen, die die Verhinderungsfähigkeit des Hauses ergab.

In einer eine Stunde später abgehaltenen Sitzung nahm das Haus den Beschluß des Herrenhauses bezüglich der Steuergrenze von 400 000 M. an, dagegen lehnte es den andern Beschluß des Herrenhauses über die Vergünstigung für Offiziers- und Beamten-Warenhäuser einstimmig ab. Auch diese Sitzung mußte wegen Verhinderungsfähigkeit abgebrochen werden, die sich bei der auf Antrag Warth (ri. Bg.) vorgenommenen namentlichen Abstimmung über § 5 (Ausnahmebestimmung zu Ungunsten der Konsumverehrne) ergab.

Der Präsident beordnete zur Fortsetzung der Beratung der Warenhaussteuer-Vorlage eine Sitzung auf Montag an, während er auf die Tagesordnung der Sonnabend Sitzung Petitionen setzte.

Ob bei dieser Geschäftslage der Plan der Regierung, die Session am Montagabend zu schließen, sich verwirklichen läßt, bleibt abzuwarten.

Ein Versammlungsverbot.

Unfre braven Antisemiten sind an schlechte Behandlung durch die Behörde nicht gewöhnt. Sie fordern zwar die Unterdrückung aller andern, für sich beanspruchten sie aber die vollste Bewegungsfreiheit. Geht es ihnen aber einmal, wie es oppositionelle Parteien tagtäglich erfahren, so geraten sie außer sich und wünschen, man möge ihnen beistehen, daß es einen Hund jammern kann.

Die Berliner Antisemiten wollten kürzlich eine Versammlung über den Koniger „Ritualmord“ veranstalten. Die Polizei hat die Versammlung verboten und die „Staatsbürger-Zeitung“, die voran marschierte, als es durch die Justizhausvorlage die Arbeiter zu knebeln galt, fordert nun die gesamte Öffentlichkeit jammernd auf, ihr wegen dieses Eingriffs in die bürgerliche Freiheit beizustehen.

Von unfrem Standpunkt aus ist es ganz selbstverständlich — und für den Liberalismus sollte es auch selbstverständlich sein — daß solche Polizeiverfügung mit dem gesetzlichen Vereinsrecht nicht vereinbar ist. Auch die Ant-

femiten haben das Recht, über ihre Angelegenheiten zu verhandeln und die Polizei ist nicht berufen, diese Partei zu verbieten, daß sie alle Reize ihres Wutdramas in öffentlicher Versammlung entblöße.

Die Berliner Polizei hat sich für ihr Verbot auf Teil II, Tit. 17 des Allgemeinen Landrechts gestützt. Die Bestimmung lautet:

„Die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwehr der dem Publika oder einzelnen Mitgliedern desselben bedrohenden Gefahren zu treffen, ist das Amt der Polizei.“

Dazu bemerkt nun die „Kreuz-Ztg.“:

„Wir wollen dahingestellt sein lassen, ob diese Bestimmung zu einer Einschränkung des Versammlungsrechts die Handhabe bietet. Ebenso wenig wollen wir die Frage, ob nach Lage der Sache befürchtet werden konnte, daß der Verlauf der Versammlung die öffentliche Ruhe gefährden werde, hier einer Erörterung unterziehen. Auffallend erscheint aber, daß der Polizeipräsident niemals daran gedacht hat, socialdemokratische Versammlungen auf Grund der oben wiedergegebenen Bestimmung zu verbieten. Ja selbst bei Versammlungen, in denen nach berühmten freisinnigen Vätern die Rede gegen die „deutscherischen“ Agrarier getrieben wird, würde mindestens in gleicher Weise wie bei antisemitischen Versammlungen die Frage in Betracht kommen können, ob sie nicht nach § 10, II, 17 A. L. R. zu verbieten sein sollten. Das Verbot der gesamten liberalen Presse über ein derartiges Verbot würde allerdings alles bisher Dagewesene übersteigen, während, so viel wir übersehen, gegen das Verbot der antisemitischen Versammlung in diesen Kreisen keine Bedenken erhoben worden sind.“

Daß durch socialdemokratische Versammlungen niemals die öffentliche Sicherheit bedroht wird, weiß die „Kreuz-Ztg.“ so gut wie die Polizei, die sich einfach einer Gefährdung schuldig machen würde, wenn sie das Versammlungsrecht mit Hilfe jenes Paragraphen des Landrechts zu beugen versuchen wollte; denn aus socialdemokratischen Versammlungen entstehen eben keine „Gefahren“ für das Publikum. Die „Kreuz-Ztg.“ hätte sich also die läppische Denunziation ersparen können und lieber die Anwendung des Paragraphen auf den antisemitischen Fall prüfen sollen.

Es ist erstaunlich, daß man plötzlich das alte Landrecht zu Hilfe ruft, nachdem der Dresdener ruhig seine Verdrähten ausstramen konnte. Man merkt es, daß der Kaiser sich mißfällig über die Königer Agitation geäußert hat. Darum das jetzige Verbot, das auf einer zweifellos irrigen Interpretation des Paragraphen des Landrechts beruht. Ginge es an, eine Versammlung im voraus zu verbieten, wenn die Polizei die Befürchtung einer Ordnungsführung hat, so würde das Vereinsrecht überhaupt illusorisch werden; denn die Polizei kann solchen Verdacht immer hegen. Und außerdem war in diesem Falle schwerlich anzunehmen, daß die Antisemitische irgend etwas anderes gestiftet hätten als die letzten Reste ihres Verstandes. An dem bisherigen Schimpferei wäre weder der Staat noch das Publikum zu Grunde gegangen, und es ist viel gefährlicher für die Ordnung des Staats, wenn verfassungsmäßige Rechte durch ein derartiges Verbot verflümmert werden, als wenn armfertige Schächer sich einander mit abergläubischem Wahnsinn aufzuregen suchen.

Auch die „Vossische Zeitung“ meint, daß die Bestimmung des Landrechts durch das Vereinsgesetz vom 11. März 1850 für das Gebiet des Versammlungsweßens außer Kraft gesetzt worden sei. Ein polizeiliches Präventivverbot widerspreche der preussischen Verfassung wie dem Vereinsgesetz. Das freisinnige Blatt beruft sich auf den Staatsrechtslehrer Schwarz, der ausführt: die Polizei habe die Befugnis, aus allgemeinen Gründen der Rücksicht auf die Sicherheit von Leben und Gesundheit Versammlungen in einem Hause, das einzutreten droht oder von anstehenden Krankheiten infiziert ist, zu verbieten. Dagegen, so heißt es bei Schwarz, „berechtigt die bloße Möglichkeit, daß die Versammlung Störungen der öffentlichen Ordnung zur Folge haben kann, keineswegs zu einem Verbot von vornherein, wie auch unlaute Motive des Unternehmens irrelevant sind.“

Diese Auspielung des Landrechts gegen das Vereinsrecht und die Verfassung gehört in die Reihe der Versuche, wie wir sie täglich in den Bemühungen der Einzelstaaten beobachten, gegenüber dem Reich das Koalitionsrecht einzuschränken. Jetzt werden vielleicht auch die Antisemiten einsehen, wie dringend notwendig es ist, endlich das ganze Gebiet des Koalitionsrechts im weitesten Sinne reichsgesetzlich zu regeln, damit alle Zweifel und Zweideutigkeiten beseitigt werden und kein Versuch mehr unternommen werden kann, durch Hinterzügen ein Grundrecht des modernen Staats zu entwenden.

Deutsches Reich.

n' Nummel muß sein!

Schweiburg erklärt in seinen Nachrichten, nachdem nun der Flottenrummel einweilen vorüber, habe man Zeit und Mühe, sich wieder einem andern Sport hinzugeben. Herr Schweiburg ländigt demzufolge zur Abwechslung eine Polentzwey an:

„Die Gefahr der weitergehenden Polonisierung und der weitergehenden Verdrängung des Deutschtums in den preussischen Ostmarken ist daher eminent und schleunige Abhilfe dringend geboten. Es ist die unabwiesbare Pflicht des preussischen Staats und seiner Regierung, mit vollster Kraft das große nationale Werk wirksamen Schutzes und der Erhaltung des Deutschtums in den Ostprovinzen in Angriff zu nehmen und in dauernder planmäßiger Arbeit durchzuführen. Kein Opfer darf für diesen hochwichtigen Zweck zu groß erscheinen. Die volle persönliche und finanzielle Kraft des Staats und seiner Organe muß und wird in den Dienst derselben gestellt werden. Das preussische Staatsministerium soll sich mit diesen Fragen in letzter Zeit ganz besonders befassen.“

Herr v. Niquel scheint sich bei seiner kürzlichen Anwesenheit in Polen diese „Lebensaufgabe“ mitgenommen zu haben. Soll der 200 Millionen Fonds zur Germanisierung Polens abermals erhöht werden?

Im übrigen ist die preussische Regierung ja der eigentliche Urheber der wachsenden Polonisierung, nicht nur durch ihre Vergewaltigungspolitik, sondern auch durch ihre eifriger Bemühungen, so viel Polen wie irgend möglich als Lohnbrüder ins Reich zu ziehen. Die agrarische Regierung, die für die Masseneinwanderung polnischer Arbeiter alles Erdentliche thut und dann über die polnische Gefahr in plötzlichem Nationalismus jammert — wieweit wie eine Frage im Kabinetts.

Das gute Verhältnis bei den Staatsbahnen.

In einem Artikel der ministeriellen „Verl. Corresp.“ werden die Angelegenheiten der Staatsbahn gewandt vor den „ordnungsfeindlichen Bestrebungen“ der socialdemokratischen Gewerkschaften. Dann heißt es:

„Was jetzt ist durch die klare Haltung der Staatsbahnenverwaltung erreicht worden, daß der Wunsch der Socialdemokratie, das gute Verhältnis zwischen den Vorgesetzten und den Untergebenen der Staatsbahnen zu stören, nirgend in Erfüllung gegangen ist. Es ist mit Zu-

versicht zu erwarten, daß die geordneten Anordnungen, welche bei gegebenen Anlässen den Beamten stets nachdrücklich in Erinnerung gebracht werden, auch in Zukunft ausreichen werden, um die Angestellten der Staatsbahnen von Pflichtverletzungen abzuhalten und vor den hieraus sich ergebenden Gefahren zu bewahren.“

Der preussische Eisenbahnminister ist ganz anderer Meinung als die offizielle Korrespondenz. Erst gestern konnten wir eine bewegliche Klagerede des v. Herrn Thielen zum Ausdruck bringen, in der auf die absolute Notwendigkeit hingewiesen wurde, daß „endlich wieder Ruhe in die Beamtenkreise hineingebracht werden müsse. Die „untergrabene Ordnung und Disziplin“ wird nach Thielenem Rezept nicht durch Bewilligung der berechtigten Wünsche der Beamten, sondern durch strikteste Abweisung herbeigeführt.

Zweiterlei Maß. In der „Kreuz-Ztg.“ lesen wir:

„Es wird in Zeitungen behauptet, in öffentlichen Versammlungen verstoßen die preussische, eine christliche, Regierung läßt absichtlich und regelmäßig sündliche Mörder christlicher Bürger, sobald sie zu Ritualzwecken gemordet haben, entlassen, entläßt sie der gerechlichen Strafe; die christliche preussische Regierung gestattet Juden, Christen zu morden. Das ist wohl die niederträchtigste Beschuldigung, die jemals gegen die Regierung und gegen die Justiz eines Landes von den eigenen Landeskindern erhoben worden ist, jene werden tatsächlich der Mitschuld an Nordbrütern, des Verrats an der eigenen Religion und dem eigenen Volk, der Mitschuld aus gemeinsten Erbfeindern beschuldigt. Bei der Aufmerksamkeit, die von den Gerichten sonst der Presse oft bei kleinsten Verleumdungsfällen geschenkt wird, ist es in der That auffallend, daß noch kein Staatsanwalt auf den Gedanken gekommen ist, eine gerichtliche Entscheidung über diese gefährliche, aufwieglerische, und wie man seit Wochen täglich gesehen, verhängnisvolle Beschimpfung der deutschen Justiz und der preussischen Regierung herbeizuführen. Nicht im Interesse der Juden braucht man das zu verlangen, obgleich auch sie als Steuer zahlende, für das Vaterland ihr Blut vergießende Bürger Anspruch auf allen Schutz der Staatsgewalt haben, wenn sie auch nicht in Siam oder China, sondern nur nahe der russischen Grenze im Deutschen Reich wohnen. Es wird vielmehr erfordert im Interesse des deutschen Volks, im Interesse der Ehre des deutschen Namens im Ausland. Die können wir es wagen, ungedenken die Kultur ins ferne Ausland zu tragen, wenn unsere eigene Kultur so viel noch zu wünschen übrig läßt? Mit welcher Einnahme wollen wir den Chinesen Vorwürfe machen, daß sie christliche Missionare beschuldigen, zu rituellen und medizinischen Zwecken chinesische Kinder zu morden? Wie dürfen wir es Mandarinen verargen, daß sie diesen Glauben teilen und unterstützen, wenn doch nach großen deutschen Zeitungen eine christliche Regierung, christliche Justiz im Einverständnis handeln mit jüdischen Ritualmördern?“

Endlich giebt also auch das nationalliberale „Weltblatt“ zu, daß im Bereich untrübe Rechtspflege zweierlei Elfen im Gebrauch sind. Aber die „Kreuz-Ztg.“ zieht aus dieser Feststellung behördlicher Doppelwährung eine falsche Anwendung. Es kann nicht darauf ankommen, die privilegierten Antisemiten vor den Richter zu fordern, sondern vielmehr im allgemeinen und ausnahmslos die Duldung zu üben, die man — mit Recht — jetzt den traurigen Begern der Ritualmord-Presse angedeihen läßt.

Der Zweck der Flotte. In einem weiteren Telegramm an den Norddeutschen Lloyd hat der Kaiser geäußert: „Nun aber unermüdet weiter, daß die begonnene Arbeit auch bald vollendet wird. Dann wollen wir auch auf dem Wasser Frieden gebieten.“

Trotz unserer rüstigen Armee hat es die deutsche Volkstille bisher nicht für ihre Aufgabe gehalten, überall auf dem Lande Frieden zu gebieten. Jetzt sollen wir auf dem Wasser Frieden gebieten, d. h. eine weltpolitische Diktatur ausüben. Für diese Zwecke ist allerdings unsere Flotte viel zu klein und sie wird niemals groß genug sein. Es giebt in Wahrheit nichts Kriegerisches, als dies Gebieten des Friedens.

Beitrag zu einer katholischen lex Helve.

Eine lehrreiche Statistik veröffentlicht die „Voss-Ztg.“. Sie stellt nämlich die Vertreter geistlicher Ämter zusammen, die in der Zeit von Anfang April bis Mitte Mai d. J. öffentlich bekannt geworden sind.

Sittlichkeitsverbrechen:

- Kaplan Eduard Schön (an zahlreichen Mädchen beim Heimunterricht; er wurde vom Kempner Landgericht zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt);
- Pfarrer Josef Lohmüller in Schwabhausen (an Anaben; er befindet sich in Untersuchung);
- P. Augustus Fort in Courmousses (an Anaben);
- P. Jenny in Nied (Anabenschändung; wurde vom Niederbezirksgericht nur zu 48 Stunden Arrest verurteilt);
- Pfarrer Alois Höfling in Soltau (zahlreiche Anabenschändungen, selbst beim Religionsunterricht vor den andren Schülern und während der Beichte in der Kirche, ist verhaftet);
- P. Kattli in München wurde vom dortigen Landgericht wegen Notzucht an Romanen und wegen andrer Unsitlichkeiten verurteilt.
- P. Daniel Carcano in Mailand wurde wegen Notzucht zu 12 Jahren (das klingt anders als 48 Stunden Arrest) Karzer verurteilt.

Diebstähle und Diebstahlsgeheimnisse:

- P. Banese in Görz erbrach in der dortigen Klosterkirche eine Lade und stahl daraus 500 Kronen;
- Schwester Kolumbia Gabriel, Oberin des Benediktinerinnen-Klosters in Lemberg, stahl aus der Klosterkasse 4000 Kronen, die sie ihrem Geliebten, einem gewissen Paul Podrznik, gab. Schwester Kolumbia ist „zur Strafe“ nach Rom verwiesen worden.

Morde:

- Pfarrer Gratian Pegl in Bittero wurde wegen Vatermordes und Meineids zu 22 Jahren Zuchthaus verurteilt.
- Pfarrer Silvio Zegre in Rufanbio erwürgte in Gemeinschaft mit seiner „Köchin“ das aus ihrem Verhältnis entsprungene Kind; beide wurden verhaftet.

Leichenschändung:

Pfarrer J. Planzon in Bourges grub Leichen aus und trieb mit den Skeletten Handel; er wurde zu strenger Strafe verurteilt.

Mißhandlungen:

Kaplan Horatschel in Starkstadt unterbrach seine Predigt, stieg von der Kanzel und überlegte in der Kirche (!) einen unaufrichtigen Anaben.

Pfarrer S. Osladacz in Drohomyel hatte dem früheren Kirchendiener das Betreten der Kirche verboten (mit welchem Recht?). Als er ihn kürzlich doch darin erblidete, sprang er vom Altar weg, stürzte sich auf den Kirchendiener, warf ihn zu Boden und bearbeitete ihn nun mit Fausthieben und Fußtritten, suchte und schimpfte ihn schließlich an den Dooren zur Thür hinaus. Dieser saubere Waffse wurde zu acht Tagen Arrest verurteilt.

Pfarrer J. Smoll in Brüg rief eine Schülerin mit solcher Wucht am Ohr, daß er ihr eine drei Centimeter lange, klopfende Wunde beibrachte, die von einem Arzt zusammengenäht werden mußte.

Ein Urteil des Gegners. Die „Kreuz-Ztg.“ faßt ihr Urteil über die abgeschlossene Reichstagsession also zusammen: „Wir haben nun als Ergebnis der Reichstagsession die Flottenvermehrung, über die wir uns aufrichtig freuen, wir haben auch eine Reihe sehr wichtiger socialpolitischer und andrer Gesetze, deren Zustandekommen wir mit Genugthuung begrüßen; — allein wir haben auch als parlamentarisches Resultat eine ganz erhebliche Stärkung der Socialdemokratie — und das wird wohl keinem guten Patrioten zur Freude gereichen.“

Die englische Abkunft. Der Berliner Korrespondent des Londoner „Daily Express“ hatte kürzlich den deutschen Kaiser in folgender Weise geschildert:

„Der Kaisers Enthusiasmus für England und für alles, was Englisch ist, kann aus einer Bemerkung entnommen werden, die jemand zu mir machte, der den Kaiser so kennt. Dieser sagte: „Wenn man mit dem Kaiser sich unterhalten hat, so geht man unter dem Eindruck fort, als wenn man mit einem englischen Offizier gesprochen hätte.“

Darob enträstel sich die „Münch. Allg. Ztg.“:

„Als eine Frechheit sondergleichen ist es nach alledem zu bezeichnen, wenn der Berichterstatter des Londoner halbpenny-Blattes die angebliche Heuerung kolportiert, daß man von einer Unterhaltung mit dem Kaiser den Eindruck gewinne, als habe man mit einem englischen Offizier gesprochen. Abgesehen davon, daß englische Offiziere im allgemeinen bei uns nicht so hoch in der öffentlichen Wertschätzung stehen, daß ein solcher Vergleich gerade sehr viel Schmeichliches besitzt, wollen wir dem Londoner Blatte zu versichern nicht verfehlen, daß man von einer Unterredung mit dem deutschen Kaiser einzig und allein den Eindruck davonträgt, als habe man mit dem deutschen Kaiser gesprochen.“

Der Kaiser selbst hat sich kürzlich mit besonderem Lob über Lord Roberts, den Typus des englischen Offiziers, ausgesprochen. Er empfindet es sicherlich nicht als Beleidigung, wenn daran erinnert wird, daß er, der Enkel der Königin von England, englischen Typus vertritt. Blut ist bieder als Wasser.

Der Zahl der Spektakel? Ueber die Flotten-agitation sagt die „Kreuz-Ztg.“ in einem Leitartikel gegenüber einer Aeußerung des Abg. v. Siemens bei den Steuerdebatten: „Wenn er von der „ehelichen und naiven Flottenbegeisterung der Liberalen“ sprach, so mag das auf die Professoren und Literaten, die in zahllosen Versammlungen patriotische Reden für die Flottenvorlage gehalten haben, zutreffen; das Geld aber, das die Agitation gekostet hat, rührte nur zum kleinsten Teil von den „Ehrlichen und Reichen“ her, sondern zu meist von den Industriellen und Geschäftleuten, die an der Flottenvermehrung verdienen wollen.“

Marinepropaganda in der Schule. In der „Voss-Ztg.“ lesen wir:

In Varmen ist die Marine-Ausstellung auf ihrer Wanderung durch Deutschland angekommen, und die Schüler an Varmer höheren Lehranstalten sind mit ihren Lehrern nach Düsseldorf geplüßert, um die Torpedoflotte in Augenschein zu nehmen. Den Primanern einer dortigen Anstalt ist jetzt folgendes Thema zu einem deutschen Aufsatz gegeben worden: Welche Anregungen für Verstand und Phantasie, Gefühl und Willen konnte der Besuch der Torpedoboote und der Marine-Ausstellung geben?“

Die eingelieferten Produkte von höherem Patriotismus könnten unter Umständen schätzbare Material für die Begründung der nächsten Flottenvorlage abgeben, vielleicht auch dem Reichskanzler als Concept für tüchtige Flottenilluminationen dienen.

Gegen die Weltpolitik und die preussischen Partikularisten hat die kleine Gruppe der heftigen Rechtsparteiler auf ihrem Parteitag zu Wabern Beschlüsse gefaßt.

Unter der Herrschaft der glänzenden Erfolge, so heißt es in den Resolutionen, „des Strebertums und der Gemüchtheit habe man nichts so sehr als den Begriff der Treue eingebüßt, in welcher darum aber auch alles — von der Sucht nach Weltflotte und Weltpolitik bis herab zur Lebenshaltung des kleinsten Hauses — über die Verhältnisse hinausdrängt, um immer größerem Unfrieden und der Gefahr des Zusammenbruchs anheimzufallen.“

Ferner wird Protest erhoben gegen die fortwährenden Usurpationen Großpreußens zur Ausbeutung und Verfälschung eines wahren Reichs deutscher Nation.“

Ferner wurde noch eine Sympathieumgebung für die Boeren angenommen.

Es sind einflußlose Utopisten, diese Rechtsparteiler, es fehlt ihnen aber weder an Charakter noch an Einsicht in den — trotz allem äußeren Glanze — unaufhaltsamen Niedergang des herrschenden Systems.

Aus Ostpreußen wird uns vom 12. Juni geschrieben: In den Klagen der Landwirte über Arbeitermangel gestellt sich jetzt die Klage über eine „Hirtennot“. Es wird gesagt, daß die eingeknemten Jungen nicht mehr Hirt spielen wollen, weil sie mit Leichtigkeit den freieren und einträglicheren Vollen als Knecht erlangen können. Man gesteht ein, daß der Mangel an Hirten nur auf die ungenügende Verabreichung zurückzuführen ist, die die Jungen nicht laßt. Daß darin auch der Grund der Leutenot liegt, ist uns freilich schon lange bekannt. Wie dem Mangel an erwachsenen Arbeitern nicht durch bessere Bezahlung der heimischen Arbeiter, sondern durch die Einführung von Ausländern abgeholfen werden soll, so sehen die Landwirte bei der Hirtennot ihre Hoffnung auf die Auslieferung von Schulkindern. Von den unabhängigen Behörden wird gefordert, daß sie ganz außerordentliche Maße beobachten bei der Anwendung der Bestimmungen, durch welche die Freilassung der Schulkinder zur Arbeit geregelt wird. Der Schulunterricht soll also noch mehr eingeschränkt werden, als das jetzt schon geschieht. Von den Behörden wäre es unverantwortlich gehandelt, würden sie diesem Drängen nachgeben.

Die Ablieferung von Personen aus Gemeinden, um dieselben nicht unterliegen zu müssen, ist hier nichts Seltenes. Ein überaus standalöser Fall hat sich kürzlich in der Nähe von Königsberg zugetragen. Von einem dortigen Dorfe ist ein Landarbeiter nach einem andren gezogen. Seine alten Eltern, die so lange bei ihm gewohnt hatten, konnte er in der neuen Wohnung nicht beherbergen. Dieselben mußten wohl oder übel in dem ersten Orte zurückbleiben. Der dortige Gemeindevorsteher, der fürchtete, die Alten könnten der Gemeinde zur Last fallen, verlangte, sie sollten dem Sohn nachziehen. Da sie nicht antwärtig gingen, wurden die Leute mit ihren wenigen Habsgeldern auf die Straße gesetzt. Weder eine Beschwerde beim Amtsvorsteher noch eine solche beim Landratsamt hatte zur Folge, daß den Armen ein Obdach angewiesen wurde. Hier Lage und vier Nächte hintereinander lampierten die alten Leute im Freien; in einer Nacht fiel starker Regen. Dann wurden sie mit ihren Sachen auf einen Wagen gesetzt und zum Sohn in den neuen Wohnort gefahren. Der Besitzer dieses Wagens verweigerte den Leuten ebenfalls die Aufnahme. Schließlich wurde den Leuten ein ungefähr zwei Quadratmeter großer Schweineflanz angewiesen, in dem sie auf einer Schütte Strohdach lagern konnten. Man darf neugierig sein, was mit dem menschenfreundlichen Gemeindevorsteher geschehen wird. Da die alten Leute über zwei Jahre lang an dem betreffenden Orte gewohnt hatten, befand sich dort ihr Unterstüßungs-Wohnsitz.

Ein Opfer des Flottenrummels. Aus Elb-Lothringen schreibt man uns: Was hier schon seit Wochen geräuschlos verläutet, ist jetzt durch eine Mitteilung des „Militär-Wochenblatts“ bestätigt worden: Der Kommandierende des XV. Armeecorps zu Straßburg, Generalleutnant Freiherr von Neerschheid-Hällesem, ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit dem Charakter als General der Infanterie zur Disposition gestellt und an seiner Stelle der bisherige Kommandeur der 17. Division in Schwerin, Generalleutnant Herwarth v. Bittenfeld, zum kommandierenden General des XV. Armeecorps ernannt worden. Man geht wohl nicht fehl, wenn man den raschen Wechsel in Straßburger Corpskommando — Freiherr v. Neerschheid hatte daselbst nur etwa 11 Monate inne! — darauf zurückführt, daß der jetzt zur Disposition gestellte General vor einigen Monaten, als die Wogen des Flottenrummels am höchsten gingen, den Offiziers seines Armeecorps den Beitritt zum deutschen Flottenverein untersagte. Dieses Verbot wurde übrigens, obwohl es den die Teilnahme von Offizieren an politischen Vereinigungen betreffenden

Vorschriften durchaus einprägen, auf höhere Weisung bald wieder aufgehoben. Nun hat auch der Urheber desselben seinen Lohn dahin.

Die Gigante und ein Hohenzoller.

In den Denkwürdigkeiten und Erinnerungen des Generalfeldmarschalls Hermann v. Boyen, des Manns, der gemeinsam mit Scharnhorst die Reorganisation der preussischen Armee durchführte, befinden sich allerhand reizende Sittenschilderungen über höhere Offiziere der Armee Friedrich II. und seiner Nachfolger. Als besonderes Original wird General v. Fawrat geschildert, der sich nicht nur durch seine fabelhafte Körperkraft vor getödtlichen Sterblichen auszeichnete, sondern auch durch ein vor aller Augen unterhaltenes dreieckiges Barhäutnis. Während andre Offiziere sich mit diskreten Liaisons begnügten, war es General v. Fawrat mit ausdrücklicher Genehmigung Friedrichs II. gestattet, mit zwei Frauen zu gleicher Zeit zusammenzuleben, die sich in seiner Garnison friedlich in den Besitz des herrlichen Manns teilten. Friedrich II. soll dies originelle Verhältnis geduldet haben, um v. Fawrat die Möglichkeit zu geben, ein früher gegebenes Eheversprechen wieder zu machen. Ob auch die Gerechtigkeit dieselbe Toleranz geübt hat, wird nicht mitgeteilt. Sie hätte sich jedenfalls auf Luise verbenen können.

Deutsche Männer. Dem Genossen Liebknecht hat seine letzte Reichstagsrede die übliche Fut von Schimpf- und Drohbrieffen eingebracht. Die meisten sind unterzeichnet „Ein deutscher Mann“ oder „Deutsche Männer“. Einer ist auch ein „deutscher Mann“, Keiner der „deutschen“ oder „deutschen“ Männer hat aber seinen Namen genannt. So weit reicht der Mut nicht.

Ausland.

Ein Verlobungsgegn.

Prinz Albert, der belgische Thronfolger, hat sich mit der Tochter des Augenarztes Herzog Theodor von Bayern verlobt. Aus diesem Anlaß widmet der „Peuple“, unser belgisches Parteiorgan, dem Prinzen folgende ehrende Ansprache: „Prinz, Sie haben bis jetzt, soviel wir wissen, nur einen einzigen Fehler, nämlich den, ein Prinz zu sein. Wir wissen gar wohl, daß man Ihnen das schon gesagt hat, aber es hat Sie nicht verbessert. Trotzdem, denken Sie nur, wie schön es von Ihnen sein würde, wenn Sie über die Vorurteile Ihrer Geburt, Ihrer Erziehung und Ihrer Umgebung die Achseln zucken könnten. . . Sie haben bisher bei keiner Gelegenheit auch nur für einen Sechser Hochmut zur Schau getragen und es hat Ihnen im vergangenen Jahre auf der Wiener Ausstellung schalkhaftes Vergnügen gemacht, das Zimmer des „Booruit“ zu besuchen und unfrem Genossen Gardons die Hand zu schütteln. . . Prinz, ist das Verachtung und bedeutet jede jener Jugendepifen nur einen wahlverwogenen Schritt auf einer vorgezeichneten Bahn, oder soll man darin wirklich das freiwillige Bestehen einer edlen Natur erbeden dürfen und eine Intelligenz, welche sich unserer Zeit anpaßt? . . . Wenn Sie eines Tages den Mut finden, der Reaktion die Stirn zu bieten, wenn Sie sich weigern, als die Verkörperung unfreier schauderhaften heutigen Gesellschaftsordnung gelten zu wollen, wenn Sie im Grunde mit uns der Urheber von Reformen zu werden bereit sind, und wenn Sie begreifen, daß nichts Sie höher erheben kann, als ein Arbeiter der neuen Gesellschaft zu werden, auch dann, Prinz, wir sagen es Ihnen in aller Loyalität, werden wir niemals auf unfre republikanischen Ueberzeugungen verzichten, aber wir werden andererseits Ihnen auch niemals unfre Mitarbeit und unfre Hilfe versagen, wo es sich darum handelt, so fortige Erleichterungen, auf welche die arbeitenden Klassen harren, durchzuführen. . . Wenn es wirklich eine Reizungsche ist, die Sie einengen, Prinz, so konnten Sie, da man seine Liebste nicht zu belagern vermag, der Herzogin Elisabeth nicht auf eine Krone Hoffnung erwidern; denn Sie wissen selbst sehr wohl, daß die Zukunft der Volksouveränität gehört, vor der alle andern verlassen müssen und der Sie Platz machen werden. . . Jugend, Liebe, Ehre gehören Ihnen und so wird die Stunde kommen, Prinz, wo Ihnen nichts mehr zum Glück fehlen wird, denn an dem Tage, wo Sie Ihr Retier nicht mehr betreiben, können wir keinen Fehler mehr an Ihnen. Dann sind Sie würdig, ungeheurer glücklich zu werden, und für diesen Zeitpunkt wünschen wir Ihnen alle erdenkbaren Freuden und Wonne und viele Stüder!“

Belgien.

Die General-Amnestie für die Bürgergardisten, die gegen die Absicht, sie dem militärischen Druß zu unterwerfen, in Brüssel und andern Orten durch Verweigerung des Gehorsams heftig protestiert hatten, soll nach den Meldungen der Wälder erklärt werden. Man hoffte, durch diese veröhnliche Maßnahme wieder Ordnung herzustellen. Die Manifestationen waren durch die Unterstellung der Bürgergarde unter ihnen aufrechtgehaltene Offiziere der Armee und die Einführung des militärischen Drußsystems hervorgerufen worden. Sofern die Regierung diese Absichten nicht aufgibt, wird auch die Amnestie den gewünschten Erfolg nicht haben.

England.

Die Niederlegung seines Mandats soll nach dem „Daily Telegraph“ Sir William Harcourt beabsichtigen. Als Ursachen der Niederlegung werden vorgeschädtes Alter und Gesundheitszustand bezeichnet. Sir William Harcourt ist am 14. Oktober 1827 geboren. Er trat 1868 als Vertreter Oxford ins Unterhaus, erlangte 1878 im Ministerium Gladstone das Amt des Generalstaatsanwalts, war 1880-1885 im neuen Ministerium Gladstone Minister des Innern und bekleidete 1886 das Amt des Schatzkanzlers.

Dem am 14. Juni neu zusammengetretenen Parlament, das erst 1902 sein normales Ende erreichen würde, wird in der Presse ein vorzeitiges Ableben prognostiziert. Chamberlain wünschte die Auflösung, um die augenblickliche Whig-Stimmung bei der Neuwahl gehörig ausbeuten zu können, und auch die Liberalen wünschten die Auflösung herbei. Nur Salisbury und Balfour seien gegen die Auflösung, da sie befürchteten, daß Chamberlain bei der gegenwärtigen politischen Stimmung die Premierchaft zufallen würde.

„Socials Leben in der englischen Armee“ betitelt sich ein jüngst erschienenes Buch eines englischen Offiziers, das auf die Ursachen der im Boererkrieg so schief hervorgetretenen Unfähigkeit der englischen Offizierswelt einiges Licht fallen läßt.

Der Autor schildert in anschaulicher Weise das Leben des Regulars (des Gemeinen) wie des Offiziers innerhalb und außerhalb des Dienstes. Bedauerlich sei es, daß der Offiziersstand eigentlich nur für die Söhne reicher Leute in Betracht komme. Jeder, der in einem englischen Regiment Offizier werden wolle, müsse mindestens über 8000 £ jährlich von Hause verfügen, in den vornehmen englischen Kavallerie-Regimenten seien 12000 £ und oft noch mehr jährlich erforderlich, um die Kosten des Dienstes zu bestreiten. Das Talent habe in der englischen Armee keine freie Bahn — der berühmte „Fighting Mac“, General Hector Macdonald, der sich vom gemeinen Soldaten zu so hohem Rang emporgearbeitet hat, sei eine völlig vereinzelte Ausnahme. Der augenblickliche Krieg habe des Offiziers gezeigt, wohin es führe, wenn die Talentslosigkeit in einer Armee dominiere und die Nation thäte gut, sich die Erfahrungen wenigstens zu nütze zu machen, die man mit so viel Blut in Südafrika erworben habe.

Wehnliche Zustände herrschen auch in andern Armeen, die deutsche nicht ausgenommen, wie das östere Eisen gegen den den unerlässlichen Standesgewohnheiten gehörigen Luxus unfre Offiziercorps beweist. Die Ekluzivität gehört nun einmal zu den Institutionen des vorkrieglichen und vorkolonialen Militarismus, trotzdem ihre Folgen oft genug hervorgetreten sind, in Südafrika, bei Tena und andernorts.

Frankreich.

Nach der amtlichen Statistik der Direktion der Zölle betrug die Einfuhr in den ersten fünf Monaten d. J. 1906 928 000 Fr. gegen 1 953 199 000 Fr. in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, die Ausfuhr 1 703 380 000 Fr. gegen 1 601 157 000 Fr. im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Ein Interview de Fellees mit Drehsud hat nach dem „Secolo“ unlängst stattgefunden. Drehsud erklärte, daß er keinerlei Absicht hege, die Revisionskampagne wieder aufzunehmen. Sein innigster Wunsch sei, die mit seinem Namen verbundene Agitation so bald als möglich beendet zu sehen.

Sobald dies der Fall sei, sei der Sieg der Wahrheit sicher. Dann allerdings werde er auf streng gesetzlichem Wege und auf Grund gänzlich unpolitischer Beweise sein Revisionsverlangen wiederholen und sich an die Gerichte, nicht an die Politiker wenden.

Bewilligung eines Kolonialkredits. Die Deputiertenkammer nahm am 14. d. M. die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Verteidigung der Kolonien wieder auf. Brunet hält die hierfür ausgegebenen Kredite für nicht ausreichend. Chantemps beantragt den Bau von großen Panzern und glaubt, daß ein Kaperkrieg nicht wirksam sei. Hierauf wird der Gesetzentwurf, wonach ein Kredit von 60 Millionen eröffnet wird, ohne Abstimmung angenommen.

Auch der Senat hat mit 253 gegen 22 Stimmen den von der Deputiertenkammer genehmigten Gesetzentwurf betreffend die Schaffung einer Kolonialarmee mit einigen unbedeutenden Abänderungen angenommen.

Italien.

Die Stichwahlen. Man schreibt uns: Rom, 12. Juni. Die Stichwahlen haben uns Socialisten vier neue Mandate gebracht und da, wo wir nicht siegten, hatten wir sehr viele Stimmen. In Civiglio unterlag Picardo mit 3187 Stimmen gegen Medici mit 4087; in Florenz Pieraccini mit 1828 gegen Ricci mit 1848; in Turin Treves mit 2314 gegen 2319; in Pesaro Carlo Vissolati mit 2868 gegen 2374; in Soltri Verda mit 1594 gegen Bizzoni mit 2019; in Valtterra Danielli mit 1907 gegen Riboldi mit 2110 und in Como Rofeda mit 2075 gegen Cabanc mit 2938 Stimmen.

Tas alles sind Siege für die nächsten Wahlen. Gegen die Wahlen von Turin und Pesaro ist ein Protest erhoben worden, bei der reaktionären Majorität ist aber wenig Aussicht. Vissolati, der Hauptredacteur des „Avanti“ wird in Mailand an Stelle Ciccois aufgestellt werden, der auch in Neapel gewählt ist und da anminnt.

Von einer besonderen Bedeutung sind unsere Siege in Livorno, neben Genua der wichtigsten Handelsstadt Italiens, und in Neapel, wo bisher das Pfaffenamt und die Comorra ausschließlich herrschten. Die Fortschritte unserer Partei zeigen sich in folgenden Zahlen: Wir hatten Abgeordnete:

1894: 1; 1895: 5; 1896: 11; 1897: 15; 1900: 32. Die diesjährige Wahl hat uns also mehr als die doppelte Zahl von Mandaten gebracht wie die vorhergehende.

Asien.

Zur Krise in Ostasien.

Die Rivalität zwischen Frankreich und England hätte — ein schöner Beweis für das auch in der französischen Kammer betonte „völlige Einvernehmen“ der Mächte — am 13. Juni um ein Haar zu einem ernstlichen Zusammenstoß zwischen Mandatscharen der beiden Mächte geführt. Dieser Zwischenfall, der den Respekt der Australischen und der chinesischen Regierung vor der gemeinsamen Aktion der Mächte nicht gerade erhöhen wird, trug sich nach einem Telegramm aus Tientsin vom 14. Juni folgendermaßen zu:

Die zunehmende Eifersucht der russischen und französischen Behörden auf Erleichterungen, welche nach ihrer Annahme die britischen Angehörigen der Bahn den britischen Behörden gewähren, erreichte gestern ihren Höhepunkt. Französische Soldaten versuchten sich einer Lokomotive zu bemächtigen. Der britische Lokomotivinspektor weigerte sich, ihnen die Maschine zu übergeben, worauf die Franzosen versuchten, mit dem Bajonnett gegen ihn vorzugehen. Eine britische Streitmacht wurde in Bereitschaft gehalten und die Sache gelang ein kritischer Augenblick; jedoch gelang es den englischen Marine- und Konsularbehörden mit Unterstützung des amerikanischen Konsuls, eine glückliche Weisung zu stande zu bringen.

Das sind bereits sehr bedenkliche Dissonanzen in dem Konzert der Mächte. Dabei ist es zu einer eigentlichen kriegerischen Aktion noch gar nicht gekommen. Und erst dann, wenn der Kussand wirklich niedergeworfen ist, und es sich um Abgrenzung der Interessensphären und Ausübung der Kontrolle handelt, dürfen sich die Interessengemeinschaften und Eifersüchtelien noch stärker bemerkbar machen. Der Zwischenfall beweist, daß es bei der „gemeinsamen“ Aktion jeder Macht darauf ankommt, möglichst stark und möglichst zuerst am Platze zu sein, um die Situation zu beherrschen. Die starke Ansammlung russischer Truppen — 1500 Russen sind ja bereits vor Peking eingetroffen und die russische Gesamtarmee soll auf 6000 Mann erhöht werden — wird zur Verschärfung der englischen Eifersucht wenig beitragen. In der englischen Presse wird denn auch bereits bittere Klage darüber erhoben, daß England durch sein Engagement in Südafrika nicht nur verhindert sei, in Ostasien mit einer respektgebietenden Macht aufzutreten, sondern auch genötigt gewesen sei, 7000 Mann indischer Rekruten nach Südafrika zu versetzen.

Nach einer Meldung der „Times“ hat bei Peking ein erhebliches Gefecht zwischen internationalen Truppen und denen des Generals Lungjubian stattgefunden, über dessen Ausgang nichts verlautet. Lungjubian sollte nach der gestrigen Meldung des Bureau Dalziel 30 000 Mann chinesischer Truppen in besiegten Stellungen vor Peking zusammengezogen haben.

Nach einer Shantung-Drabting des „Daily Express“ soll die Ermordung des Kanzlers der japanischen Gesandtschaft die Wirkung gehabt haben, die Kaiserin von der Gefahr der Lage zu überzeugen. Aus Furcht vor den Folgen der Ausbreitung begab sie sich persönlich nach dem Hungting-Thor von Peking und empfahl den Unruhestiftern, sich zu zerstreuen. Sie hat indes keine Schritte, um dies nötigenfalls zu erzwingen.

Ein französischer Kreuzer hat nach einem Pariser Telegramm vom 15. den Befehl erhalten, sich zur Verstärkung der französischen Schiffsdivision nach Taku zu begeben. Auch ein weiteres gepanzertes Kriegsschiff ist nach Taku abgegangen. Trotzdem hält man das Eingreifen der japanischen Regierung in Japan für ungenügend. Die oppositionellen Mächte ähneln sich anzuheben über die Unfähigkeit der Regierung. Der Kaiser hat den Marquis Ito zu einer Besprechung über die Lage zu sich berufen.

Die deutsche Truppenmacht in Ostasien wird folgenbermaßen angegeben: Die fünf zum Kreuzergeschwader gehörigen Schiffe „Gania“, „Hertha“, „Kaiserin Augusta“, „Gosion“ und „Irene“ haben 2080 Mann an Bord; die beiden Kanonenboote „Titis“ und „Jaguar“ zählen an Besatzung 242 Mann; die Kreuzerbootschiffen in Tsingtau und den verschiedenen Lagern kann mit der Chinesencompagnie auf etwa 2000 Mann angegeben werden, und der Ablösungstransport setzt sich, wie schon bemerkt, aus weiteren 1200 Mann zusammen. Im ganzen unterstehen mitteln dem Befehl des Kreuzergeschwaders, Viceadmiral Wendemann, und dem Gouverneur in Tsingtau, Kapitän zur See Näsche, gegenwärtig etwa 5500 Mann, die sich auf die einzelnen Schiffe, die Landungsbataillone und die Besatzungstruppen unserer Kolonien verteilen. Diese Truppen können in jeder Beziehung als ausgebildet gelten; auch die eintreffenden Mannschaften des Transports haben in der Heimat schon eine vollständig abgeschlossene militärisch-infanteristische Ausbildung genossen.

Amerika.

Ein panamerikanischer Kongress, der zweite seiner Art, soll voraussichtlich im Herbst in Mexico abgehalten werden. Der erste panamerikanische Kongress hat 1889/90 stattgefunden und sich hauptsächlich mit der Währungsfrage, der Zollfrage und Regelung internationaler Bahnangelegenheiten beschäftigt. Das Exekutivkomitee hat für den diesjährigen Kongress folgendes provisorische Programm entworfen: 1. Diskussion der Verhältnissen im ersten Kongress; 2. die Frage der Schiedsgerichte; 3. Organisation des „International court of claims“; 4. Maßregeln zum Schutze von Industrie, Handel und Landwirtschaft; 5. Reorganisation des internationalen Bureaus der amerikanischen Republiken.

Kongress der englischen Genossenschaften.

London, den 9. Juni 1906.

Vom 4. bis 6. Juni hat in Cardiff, dem jänell emporgelähnten Kohlenzentrum des südlichen Wales, der 32. Jahreskongress der britischen Genossenschaften stattgefunden. Zeils unter dem Einfluß des Kriegs und der Vorgänge in China, und teils weil die Genossenschaften weder politisch noch wirtschaftlich sehr aggressiv auftraten, hat die Presse ihren Verhandlungen nicht sonderlich viel Aufmerksamkeit gewidmet. Der Schritt für Schritt vorgehenden Genossenschaftsbewegung fehlt in England jedes sensationelle Element. Die englischen Kaufleute wissen, daß es aussichtslos ist, vom Parlament oder der Verwaltung wirkungsvollen Widerstand gegen die Konkurrenz der Einkaufsgenossenschaften erlangen zu wollen, und beschränken ihre Abwehr auf die mehr oder minder einwandfreien Mittel des landläufigen Konkurrenzkampfes. Nur in Schottland und einigen angrenzenden Orten des nördlichen England haben Händlervereine versucht, die Genossenschaften systematisch und mittels Anrufung der Behörden zu bekämpfen. Das einzige Resultat, das sie erzielten, war, daß in den schottischen Genossenschaften ein härterer Zusammenhang besteht und ein viel radikaler Geist herrscht als in denen Englands, dieselben nämlich ein Glied der sozialistischen Arbeiterpartei bilden.

Von Schottland geht auch die Bewegung für eine spezielle Vertretung der Genossenschaften im Parlament aus. Dieser Vorschlag, der schon verschiedene Genossenschaftstage beschäftigt, ist aber von der Mehrheit der Genossenschaften bisher abgelehnt worden, weil es noch nie an Abgeordneten gefehlt habe, die sich zum Mundstück ihrer Beschwerden und Forderungen gemacht hätten, die parlamentarische Vertretung jedoch eine Sache allgemeiner Parteipolitik und nicht von Specialinteressen sei. Auf dem diesmaligen Kongress nun tauchte der Vorschlag in einer andern, radikalere Form auf. Von Delegierten einer schottischen Genossenschaft (Grahamstown) ward eine Resolution beantragt, welche erklärt, daß der geringe Fortschritt, der in Bezug auf sociale und gewerbliche Reformen gemacht werde, und der Umstand, daß die beiden politischen Parteien weder gewillt noch fähig seien, diese Reformen im erforderlichen Maße zu verwirklichen, eine unabhängige Vertretung der Arbeiter im Parlament zur absoluten Notwendigkeit mache, und der Kongress sich daher verpflichtet, für diese und die Eröberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse zu wirken.

Der Antrag gab zu einer langen und sehr erregten Debatte Anlaß, an der sich u. a. der alte Jas. Holpoack und der Arbeiter-Abgeordnete Maddison beteiligten. Beide bekämpften die Resolution, für die dagegen neben den Schotten u. a. auch Genossenschaftler aus Birmingham und Widdlesborough eintraten. Aber die überwiegende Mehrheit des Kongresses entschied gegen sie.

Nachdem schon der vorjährige Kongress die Errichtung eines Denkmals für Robert Owen in dessen Heimatstadt Newtown beschlossen hatte, kam diesmal der von dem eingeleiteten Ausschuss angeordnete Plan der Art und Ausführung des Denkmals zur Verhandlung. Danach soll außer dem Denkstein eine Bibliothek von Werken Owens und seiner Nachfolger errichtet werden und mit der Bibliothek ein Gasthaus für Weniger der Bibliothek verbunden werden. Der Vorschlag, dessen Kosten auf 10 000 Pfund Sterling (200 000 Mark) veranschlagt sind, wurde nach lebhafter Debatte angenommen.

Von andern Gegenständen, mit denen der Kongress sich beschäftigte, sind hervorzuheben die Frage der Altersversicherung und die Frage der Volkshausungen. In Bezug auf erstere kam der Kongress zu keiner endgültigen Stellungnahme, sondern entschied sich für eine Resolution, welche die Frage dem nächstjährigen Kongress überwies. Hinsichtlich der Wohnungsfrage ward eine Resolution angenommen, die den Genossenschaften aus Herz legt, sich die Beschaffung bzw. Errichtung guter Volkshausungen angelegen sein zu lassen und sich zu diesem Zweck der von der Groß-einkaufsgenossenschaft dargebotenen Erleichterungen zu bedienen. Ein Antrag, der verlangte, daß die Gemeinden Land zwangsweise anlaufen und an Genossenschaften für Bauzwecke verpachten sollen, ward dagegen abgelehnt.

Auf Grund einer aufgenommenen Statistik, die aber bei weitem nicht vollständig ist, da nur 333 Genossenschaften die Fragebogen ausgefüllt haben, ward festgestellt, daß bis jetzt von britischen Konsum-Genossenschaften über 100 Millionen Mark (5 772 526 Pf. Sterl.) für Hausungszwecke verwendet worden sind. Es sind dafür 24 088 Häuser bestrahlt worden, und zwar wurden

19 062 Häuser von einzelnen Mitgliedern selbst auf Grund von Vorschlägen

3 709 Häuser von den Genossenschaften hergestellt und von Mitgliedern auf Abzahlung verkauft.

4 247 Häuser von Genossenschaften hergestellt und bloß vermietet, so daß sie Kollektivbesitzung bleiben.

Der Betrag der Vorkäufe der Mitglieder für Hausbauten beläuft sich auf 3/4 Millionen Pf. Sterl., von denen rund 2 Millionen schon wieder zurückgezahlt sind.

Das abgelaufene Geschäftsjahr war ein solches guter Fortschritte der Genossenschaftsbewegung. 1651 Genossenschaften, die Ende 1899 Verloren einstanden, hatten 1729 976 Mitglieder — ein Zuwachs gegen das Vorjahr von 89 898 Mitgliedern. Der Umsatz dieser Genossenschaften stieg auf rund 1400 Millionen Mark (69 836 000 Pfund Sterling) und der erzielte Gewinn auf 156,5 Millionen Mark. Das Aktienkapital der Genossenschaften betrug 427,5 Millionen, ihr Reiskapital (meist Einzahlungen der Mitglieder) 111 Millionen Mark. Von den Ueberschüssen wurde über eine Million Mark für Erziehungszwecke (Propaganda, Lehrkurse, Bibliotheken) und eine halbe Million Mark für Unterstützungszwecke verwendet.

Die britischen Genossenschaften beschäftigen insgesamt 78 066 Personen, davon 42 318 in Verkaufsbteilungen und 35 788 Personen in Produktionsabteilungen. Es ist berechnet worden, daß auf je 13 im Gewerbe beschäftigten Personen immer eine für Genossenschaften tätige Person kommt, und daß die Genossenschaften insgesamt den fünften Teil der Bevölkerung von Großbritannien und Irland ernährt haben.

Während die Produktion der Genossenschaften im allgemeinen gute Fortschritte machte, bleibt die Landwirtschaft das Schmerzenskind der Genossenschaften. 78 Genossenschaften, die zusammen 6696 Hektar Land bewirtschafteten, erzielten bei einer Kapitalanlage von 107 000 Pf. Sterl. 1905 226 Pf. Sterl., d. h. etwa 1/4 Proz. Ueberschuß.

Der Genossenschaftskongress wurde von Vertretern einer ganzen Reihe von Körperschaften besucht, darunter Delegierte des Lehrerverbands, des Schulrats für die volkswirtschaftliche Hochschulkurse, sowie je zwei Vertreter des Gewerkschaftsrats von Cardiff und des parlamentarischen Gewerkschaftsrates. Von auswärtigen Genossenschaften war der Schweizerische Genossenschaftsverband durch seinen Sekretär, Dr. Hans Müller, vertreten. Den Vorsitz führte W. Brown, Mitglied des Gemeinderats von Newport, der in seiner Ansprache sich ziemlich stark im Sinn der Ruten des Kongresses äußerte.

Partei-Nachrichten.

Der Kampf um das allgemeine gleiche Wahlrecht wird von unseren belgischen Genossen mit erneuter Energie aufgenommen. Der Generalrat (Partei-Vorstand) faßte in seiner letzten Sitzung folgende Beschlüsse: Im ganzen Land werden Versammlungen gegen das Mehrstimmrecht und für das gleiche Wahlrecht vorbereitet. Die Arbeiterpartei wird sich an dem von liberaler Seite einberufenen Kongresse beteiligen, durch welchen in derselben Richtung gewirkt werden soll. Am 3. Juli, an dem Tage der Wiederöffnung der Kammer, soll in Brüssel ein großes Massenmeeting stattfinden, an dem sämtliche (83) sozialistische Abgeordnete, aber auch die der liberalen Parteien, soweit sie Anhänger des allgemeinen Wahlrechts sind, teilnehmen werden. Im November wird die sozialdemokratische Fraktion einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen. Zur Erreichung des Zieles wird sie in der Kammer das Mittel der Obstruktion in Anwendung bringen.

Zum internationalen Kongreß nach Paris wurden in derselben Sitzung delegiert: Dewinne, Vandervelde, Furnement und Terwagne; ein fünfter wird von den Gewerkschaften gewählt werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Töpfer! Am Montag, den 18. Juni, nachmittags 6 1/2 Uhr, findet im Saal von Albrechtshof in Steglitz, Albrechtstraße 1a, die Wahl des Gefellenausschusses für die Sächliche Vorortinnung statt. Es sind die Kollegen wiederholt auf die Bedeutung dieser Wahl aufmerksam gemacht worden und ist es Pflicht aller unserer Kollegen, die bei einem Meister der sächlichen Vororte in Arbeit stehen, sich an dieser Versammlung zu beteiligen. Zur Wahl ist eine Bescheinigung des Meisters oder Krankenloosenbuch als Legitimation mitzubringen. Der Vorstand der Filiale Berlin des Centralverbandes der Töpfer.

Holzarbeiterbewegung in der Provinz Brandenburg. In Spremberg haben die Tischler der Firma Josef Kiefer derselben folgende Forderungen unterbreitet: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 60 auf 57 1/2 Stunden unter Beibehaltung des bisherigen Lohns. Für Anfänger im Betriebe einen Minimallohn von 26 Pf. pro Stunde. Da nun Herr Kiefer die Forderungen strikte ablehnt, so ersuchen die Arbeiter, den Zuzug nach Spremberg fern zu halten.

Wegen Abschaffung von Kost und Logis befinden sich seit dem 2. Juni die Tischler in Senftenberg (Causitz) im Streik. Da nun die Herren Innungsmeister alles beschämen, um Arbeitswillige besonders aus Berlin, Dresden und Cottbus zu bekommen, so ist Zuzug nach Senftenberg fern zu halten.

In Potsdam haben sich die Meister nach längeren Verhandlungen zu ganz geringen Konzessionen verstanden.

Deutsches Reich.

Neutrale Gewerkschaften.

Ueber dies Thema schreibt der bekannte Max Lorenz in der „Tägl. Rundschau“ einen Artikel, aus dem wir nachstehend einige Stellen wiedergeben. Herr Lorenz geht so weit, sich eine Gewerkschaft der allerhöchsten Neutralität zu konstatieren, eine Gewerkschaft, in der nicht einmal Privatgespräche über Gott und Welt, Religion und Staat geführt würden. „Es sei sogar angenommen, daß kein hervorragender Sozialdemokrat sich noch irgendwo um die Gewerkschaftsbewegung kümmert! Ja, es soll sogar die Annahme gesetzt sein: es giebt keine Sozialdemokratie mehr; wir haben es nur noch mit der gewerkschaftlich organisierten Masse zu thun, die ausschließlich ihre Arbeiterinteressen vertritt und nichts weiter daneben und darüber. Diese Arbeitermasse soll politisch so indifferent sein, daß sie gleich gern mit Hilfe von Konservativen, Liberalen oder Ultramontanen ihre Forderungen durchsetzen würde — wenn sie sie nur durchsetzt.“

Eine solche Arbeiterbewegung würde nun nichts weniger für den Bestand unserer Kultur und unserer Staats- und Gesellschaftsordnung gefährlich sein, wie sich leicht einsehen läßt. Die Arbeiter vertreten nur ihre Interessen, kämpfen unablässig und unentwegt für die fortwährende Hebung ihrer materiellen Lage, stellen ausschließlich Forderungen zu ihren eigenen Gunsten. Solche Forderungen unablässig stellen, solche Interessen Stück für Stück vertreten, einseitig, geradlinig — das führt doch schließlich zur Paralyse und Beseitigung der arden Klassen, zur Proletarisierung der Gesellschaft, zum reinen Volksstaat, zum Kommunismus. Jeder absoluten und radikalen Arbeiterbewegung ist das sozialistische Endziel immanent; Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie bedecken sich hier. Das weiß Debel oder führt es doch instinktiv richtig heraus. Jemand einmal muß der Punkt erreicht werden, an dem Arbeiterforderungen in Rücksicht auf den Bestand des Staats und der Gesellschaft nicht mehr bewilligt werden können. Warum aber sollte das Proletariat hier vom Standpunkt einer reinen und einseitigen Arbeiterbewegung Halt machen? Wenn reinen Gewerkschaftsstandpunkte aus giebt es einen Grund für solches Halt nicht. Dieser Grund könnte höchstens von außen kommen: als härteres Gewalt der besitzenden Klassen.“

Hier ist nun nach Lorenz die Stelle, an der der christliche und der vaterländische Gedanke mit seinem sittlichen Gehalt eingreifen habe. Dieser Gedankengang wird nun von Lorenz weiter gefolgt, was uns hier jedoch wenig interessiert. Zum Schluß heißt es:

Alles in allem: die Bebel'sche Zentralisierung der Gewerkschaften bedeutet vom Standpunkt der Sozialdemokratie eine andere Taktik, aber keine Abschwächung der Arbeiterbewegung und keine Ableitung vom Endziel. Demgemäß ist für den Bestand unserer Staatsordnung mit jener Zentralisierung nichts gewonnen. Die wahre Absicht Bebel's geht gar nicht auf die Zentralisierung der Gewerkschaften, sondern dahin, die bisherige Segnerschaft der Sozialdemokratie zu einer gewissen Neutralität zu veranlassen. Der Bestand und das Gedeihen unseres Staats fordert an Stelle einer absoluten und radikalen, nur einseitig sich vorwärtsbewegenden Arbeiterbewegung eine solche, die durch den christlichen und nationalen Gedanken sich Art und Maß giebt. Wer einer bestehenden, von christlichem und nationalem Geist erfüllten Arbeiterorganisation den Rat giebt, sich den Bebel'schen „neutralen“ Gewerkschaften anzugliedern, fördert, wenn auch unbewußt, die staatszerstörenden Ziele der Sozialdemokratie.

Die Dreher der Maschinenfabrik Aktiengesellschaft in Gießen haben die Kündigung eingereicht, weil ihnen Herabsetzung der Accordpreise um 10-15 Proz. angeboten wurde. Beschäftigt sind 89 Dreher, 88 haben gekündigt. Davon sind 84 organisiert und zwar 23 im Gewerksverein Hirsch-Dunderscher Richtung und 11 im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Es wird gebeten, den Zuzug von Drehern nach Gießen fernzuhalten.

Die Barbier- und Friseurgehilfen von Hamburg stehen seit längerer Zeit in einer Lohnbewegung. Von den in Hamburg befindlichen 712 Barbiergehilfen gelten als geregelt rund 400, deren Inhaber die Forderungen der Gehilfen bewilligt haben. Unter diesen Barbieren befinden sich auch solche, die keine hängigen Gehilfen beschäftigen, sondern hin und wieder ausschließlich einen Mann einstellen. Zu den neuen Bedingungen stehen in fester Kondition 320 Gehilfen, doch würde diese Zahl sich wesentlich erhöhen, wenn man diejenigen Gehilfen hinzurechnet, die schon seit längerer Zeit den geforderten Minimallohn erhalten, deren Prinzipale aber die Forderungen der Gehilfen nicht unterschrieben haben. Vor Ausbruch der Lohnbewegung befanden sich in Hamburg 575 Gehilfen, von denen aber ein Teil nie in fester Kondition stand.

Die Erbküster Zimmerer sind in den Ausstand getreten. Sie fordern 43 Pf. Stundenlohn; 10 Geschäfte haben bewilligt, 138 Mann freilassen.

Die Streikkosten des Hünner Formstecher-Streiks mit der Aussperrung der Formstecher Deutschlands, vom 16. Oktober 1899 bis zum 4. Februar 1900, betragen 33 797,48 M., der verbleibende Ueberflus betrug 324,10 M. Der Vorstand des Verbands dankt den Gönnern in folgenden Worten: Arbeiter, Gesinnungsfreunde! Indem wir Euch hierdurch die Abschreckung um 13- bezw. 16wöchigen Ausstands unterbreiten, sagen wir allen, welche uns durch ihre Unterstützung zum Siege verholfen haben, unsern Dank. Nur durch Eure Hilfe sind wir als Sieger aus dem uns aufgedrungenen Kampfe hervorgegangen. Unse junge Organisation, welche durch jene frivole Aussperrung zerschmettert werden sollte, steht gefestigter als je zuvor da. Wir versprechen aber auch, uns dessen, was die deutsche Arbeiterschaft an den Formstechern gethan, würdig zu zeigen und zwar durch unentwegtes Festhalten an der modernen Arbeiterbewegung, am Klassenkampf. Ferner werden unsere Kollegen überall da, wo es an materieller Hilfe fehlt, sich dessen erinnern, wie die deutsche Arbeiterschaft und entgegengekommen ist. An der Solidarität der deutschen und ausländischen Arbeiterschaft und an dem festen Zusammenhalten unsrerseits sind die Pläne eines übermächtigen Unternehmertums jämmerlich gescheitert.

Hoch die Solidarität! Hoch die Organisation!

In Leipzig beschäftigen die in Seifen- und Parfümerie-Industrie beschäftigten Arbeiter ihre zum Teil recht unangenehmen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. An Stelle der bisherigen Anfangslohne von 15-17 M. fordern die Arbeiter bei 10stündiger Arbeitszeit für über 20 Jahre alte Arbeiter 20 M. und für unter 20 Jahre alte Arbeiter 18 M. Anfangslohn. Außerdem werden gefordert: 10 Proz. Zuschlag auf die jetzigen Löhne, soweit sie 20 M. und darüber betragen, 40 Pf. für Ueberstunden, Auszahlung der Wochenfeiertage am nächsten Lohnstag, Wegfall der Kündigungsfrist und die Forderung, daß Maßregelungen nicht vorgenommen werden. In einigen Geschäften wird auch bessere Behandlung durch die Vorgesetzten gefordert. Zunächst kommen nur die 5 größten Geschäfte in Frage.

Einen bedeutend größeren Umfang wird eine Lohnbewegung der Stellmacher Leipzigs annehmen. Diese haben in einer Versammlung vom 18. Juni beschlossen, den Arbeitgebern sofort folgende Forderungen zu unterbreiten: 57stündige wöchentliche Arbeitszeit, 36 Pf. Minimallohn, für Kastenmacher 42 Pf., 10 Proz. Zuschlag auf die bisherigen Löhne, Garantie des Lohnes bei Accordarbeiten, Auszahlung des vollen Lohnes und zwar Freitag, 33 1/2 bezw. 50 Prozent Zuschlag für Ueberstunden, Einführung von Lohnbüchern, Abschaffung von Kost und Logis beim Meister und Anerkennung des Arbeitsnachweises der Holzarbeiter. Bis Montag früh die Forderungen nicht bewilligt sind, soll die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden. Unter den etwa 70 in Frage kommenden Betrieben befinden sich auch die Werkstätten der beiden elektrischen Straßenbahnen, die zusammen über 30 Stellmacher beschäftigen.

Lohnkämpfe in Nürnberg. Außer den Klempnern, Metallbildnern, Formern, Schlossern, Roschmiedern, Feuerschmiedern freieren in Nürnberg zur Zeit noch die Glaser und Tischler, sowie die Bildhauer und Modelleur. In Fürth sind die Drechsler ausständig.

Ausland.

In dem Fredrikberg-Norwegener Pferdebahner-Streik ist ein Waffenstillstand durch Vermittelung des Dr. mod. Jacoby und des Folkethingmanns Borgbjerg mit der Direktion dahin abgeschlossen, 1. daß die Kündigung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zum 1. Juli zurückgenommen wird, 2. daß Verhandlungen zwischen der Gesellschaft und der Organisation über die Forderungen der Beamten geführt werden, 3. daß während der Verhandlungen kein neues Personal angenommen oder eingelebt werden darf, 4. daß die Beamten alle ihre Rechte in Hinsicht auf Lohn, Anciennität und Pension behalten, 5. daß keine Maßregelungen vorgenommen oder Ertragsansprüche gegen die Beamten erhoben werden. Die Direktion wollte noch in Punkt 2. angenommen haben, daß nicht über einen absoluten Jehnstunden- Arbeitstag verhandelt werden sollte, aber Dr. Jacoby und Borgbjerg erklärten, daß die Beamten nur deshalb diesen Vergleich angenommen hätten, weil er ihnen die Verhandlungen über den zehnstündigen Arbeitstag ermöglichte. Da gab Direktor Heide seinen Widerstand auf und unterschrieb den Vertrag. Die Beamten haben also erreicht, daß über ihre Hauptforderung, den zehnstunden-Arbeitstag, verhandelt werden soll, was eben früher von der Direktion abgelehnt war.

Sociales.

Die deutschen Krankenkassen im Jahr 1898. Nach der sechsen erschienenen Statistik waren im Jahr 1898 in sämtlichen 22 607 Krankenkassen 8 770 057 Mitglieder. Das bedeutet gegen das Jahr 1897 eine Vermehrung um 190 000 und 432 936 Mitglieder. Von den verschiedenen Kassensorten haben zugenommen die Ortskassen um 87 000 und 228 100 Mitglieder, die Betriebskassen um 165 000 und 120 577 Mitglieder, die Innungskassen um 13 000 und 13 335 Mitglieder; die Gemeldete-Krankensicherungen verminderten sich um 75, die Zahl ihrer Mitglieder vermehrte sich um 38 008; die Baukasten verminderten sich um 8 000 und 1858 Mitglieder; die landesrechtlichen Hilfskassen um 2 000 und 1129 Mitglieder; die Zahl der eingeschriebenen Hilfskassen blieb dieselbe, ihre Mitgliederzahl stieg um 38 008.

Die Einnahmen sämtlicher Kassen betragen 180 502 618 M., darunter 145 240 007 M. aus Beiträgen und Eintrittsgeldern. Die Ausgaben einschließlich der Kapitalanlagen betragen 142 891 422 M., darunter 128 067 880 M. für Krankheitskosten.

Der Ueberflus der Aktiven über die Passiven, also das gesamte Vermögen der Kassen, betrug 147 775 854 M. Daran sind beteiligt die Betriebskassen mit 64,8 Mill. M., die Ortskassen mit 61,8 Mill. M., die eingeschriebenen Hilfskassen mit 15,9 Mill. M. u. s. w. Es kommen auf ein Mitglied:

| | | | | | |
|---|-------|-------|-------|-------|-------|
| G.R.R. D.R. Betr. R. Bau-R. J.R. G.R. D.R. G.R. | | | | | |
| 0,24 | 0,24 | 0,41 | 0,54 | 0,32 | 0,34 |
| 4,11 | 6,29 | 6,79 | 8,54 | 5,17 | 6,47 |
| 8,00 | 13,89 | 19,47 | 22,27 | 12,56 | 16,27 |

Die Organisation des Handwerks, das Alibi-Mittel der Junkler, scheint eine ziemlich lösspielige Sache zu werden. So wurde z. B. vor einigen Tagen der Etat der Handwerkskammer zu Düsseldorf festgestellt in einer Höhe von 41 800 M. Davon müssen, da 820 M. durch besondere Zuwendungen gedeckt werden, 40 980 M. durch Umlagen aufgebracht werden. Das ist für den Anfang ein ganz hübscher Betrag. Der Vertreter der Regierung erklärte, daß die Handwerker, die ohne Gesellen und Lehrlinge arbeiten, „vorausichtlich“ von der Umlage freigelassen werden würden. Nicht weniger als 33 200 M. sind für Verwaltungskosten veranschlagt. Davon erhält der Vorsitzende eine Entschädigung von 1200 M., der Sekretär ein Gehalt von 4200 M. Für „sonstige Entschädigungen“, Bureaukosten und Druckkosten sind 6000 M., für die Verwaltungskosten der einzelnen Abteilungen 10 800 M., für Reisekosten und Diäten nicht weniger als 8000 M. und für die Einrichtung der Kammer 8000 M. ausgeworfen. Für Schenkwede sollen 6000 M. verwendet werden, und für unvorhergesehene Ausgaben, die auch wohl noch für Verwaltungskosten ausgegeben werden, sind 3500 M. in den Etat eingestellt worden.

Zentent in Galtien. Wie eine Klagerede, gehalten von einem ostelbischen Junker in einer Versammlung Kollektender, heißt sich ein Referat, das kürzlich in einer landwirtschaftlichen Versammlung in Krakau gehalten wurde. Der Redner des Abends sprach von der Zentent auf dem Lande, welche entsteht nicht wegen der geringen Löhne, sondern weil die Arbeiter aus Vergnügungssucht weggehen. Die Zahl der Auswandernden werde von Jahr zu Jahr größer; in diesem Jahr sollen es mindestens 100 000 Auswanderer werden. Die Versammlung verlangte nach bekanntem Muster, daß man ihnen Soldaten zur Verfügung stellt, daß die Schulzeit zu Gunsten der Landwirtschaft verkürzt werde, daß man den Minderjährigen die Auswanderung gesetzlich verbietet und jammern über den Kontraktbruch.

Die Ursachen dieser teils wirklichen, teils angeblichen Zentent sind natürlich ganz dieselben, die auch in Deutschland die Arbeiter von Lande treiben. Löhne für Aemste von 160 M. (inklusive der gelieferten Naturalien) sind durchaus nichts Seltenes. Wohnung, Kost und Bekleidung ist so miserabel, daß den galizischen Landarbeitern die Verhältnisse in Ostelbien eher erträglich erscheinen.

Der Krieg.

Ein neuer Voerengriff an der Eisenbahn.

Lord Rithener, der von Roberts zur Verstärkung der im Freistaat stehenden englischen Truppen unter Methuen nach dem Süden entsendet worden war, meldet:

Die Voeren griffen am 13. d. Mts. morgens einige Meilen nördlich vom Rhenostrluß eine Eisenbahn-Ausbesserungssolonne an, doch wurden sie, bevor sie Schaden anrichten konnten, vertrieben. Die Engländer verloren 1 Toten und hatten 11 Verwundete, darunter 2 Offiziere.

Die von Methuen angeblich in alle Winde zerstreuten Voeren greifen also aufs neue die englische Verbindungslinie an! Lord Roberts meldet aus Pretoria:

Der Voerensführer Cronje in Alerksdorp hat sich, wie ein Vot berichtet, einer von General Hunter entsandten Truppen-Abteilung ergeben. Er beschloß die Uebergabe, als er von der Besiegerfreisung von Pretoria erfahren hatte. Viele folgten in der Umgegend Cronjes Beispiel und das Gerichtsgebäude in Alerksdorp soll jetzt voll von eingelieferten Waffen sein.

Zur Kabinettskrise in der Kapkolonie.

Der Kapgouverneur, der die Demission Schreiners angenommen hatte, hat den Führer der englischen Opposition im Kap-Parlament und früheren Ministerpräsidenten Sir Gordon Sprigg mit der Neubildung des Kabinetts betraut. Zunächst wird dieser wohl im Parlament die Unterstützung von Schreiner und dessen Leuten finden, er wird aber wohl auch kaum zögern, eventuell zur Auflösung des Parlaments zu scheitern, und wird dadurch das Verhältnis zwischen Engländern und Afrikanern abermals verschärfen.

Kapstadt, 15. Juni. (Meldung des „Kenterschen Bureau“.) Gordon Sprigg stößt auf Schwierigkeiten, ein Kabinet zu bilden, das Aussicht hat, das Vertrauen des Kapparlaments zu gewinnen. Schreiner weigert sich, einem von Rhodes beherrschten Ministerium seine Unterstützung zu leisten. Ein Koalitionskabinet ist nicht möglich zu sein und man befürchtet deshalb eine Verfassungskrise.

Letzte Meldungen.

London, 15. Juni. Wie dem „Kenterschen Bureau“ aus Boal gemeldet wird, ist dort heute ein Kongreß des Afrikaner-Bundes eröffnet worden, zu dem ungefähr 60 Delegierte, darunter 7 Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung des Kaplandes erschienen sind.

London, 15. Juni. Unterhaus. Ein Mitglied fragt an, ob die Entschädigung, welche die Britische Südafrika-Gesellschaft nach der Freilassung der gefangenen Teilnehmer des Jameson'schen Unternehmens zu zahlen übernommen hatte, nach dem Rechte der Eroberung Eigentum Englands geworden sei. Kolonialminister Chamberlain erwidert, der Anspruch auf die Entschädigung bleibe Anspruch der Transvaalregierung; es sei verfrüht, jetzt zu sagen, welche Haltung die englische Regierung später in der Sache einnehmen werde.

London, 15. Juni. (B. T. B.) Vom Feldmarschall Roberts ging heute eine ausführliche Depesche über die Kämpfe vom 12. Juni ein: Darin heißt es: Die Voeren waren so eifrig auf ihre Platanen bedacht, daß sie ihr Centrum vernachlässigten, da General Hamilton mit den „Puffen“ und dem Derbyshire-Regiment und den City Colonnets mit Unterstützung der Garden in glänzender Weise nahen. Die Briten verloren weniger als 100 Mann. Die britischen Korps waren gestern mit der Verfolgung der Voeren beschäftigt. General Hamilton erlitt durch eine Schrapnellwunde eine leichte Verletzung an der Schulter, ist aber nicht dienstunfähig. Oberst Baden-Powell sandte aus seinem Lager, 40 Meilen südwestlich von Rustenburg, eine Depesche, worin es heißt, er habe über 1000 Aufständische festgenommen und sei mit einer Truppe von 800 Mann in Transvaal eingerückt. Er stelle jetzt planmäßig die Ordnung wieder her, indem er Waffen und Borräte einsammle. 600 Voeren hätten sich ergeben; auch seien 230 Gefangene gemacht worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Neuer Angriff auf das Kabinet Waldeck-Rousseau.

Paris, 15. Juni. Deputiertenkammer. Deputierter Simyan interpelliert über den kürzlichen Ausstand in Echalon, wo drei Arbeiter getötet und drei verwundet wurden. Simyan wirft den Gendarmen vor, zuerst geschossen zu haben, ohne daß sie provoziert worden seien. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau fährt aus, die Gendarmen seien in Echalon mehrmals von der Menge angegriffen worden und 23 Gendarmen seien verwundet worden. Durch Jugen sei bestätigt, daß die Gendarmen sich in gerechter Notwehr befanden; übrigens dauere die gerichtliche Untersuchung noch fort. Jedoch und andre Sozialisten wenden sich gegen die Regierung und verlangen eine parlamentarische Untersuchung. Waldeck-Rousseau bekämpft diesen Antrag, der mit 270 gegen 250 Stimmen abgelehnt wird. Darauf nimmt die Kammer mit 299 gegen 231 Stimmen eine von Simyan eingebrachte und von Waldeck-Rousseau genehmigte Tagesordnung an welche erklärt, das Haus rečne darauf, daß die Regierung für alle Verantwortlichkeiten, welche durch die gerichtliche Untersuchung festgestellt werden, die Strafverfolgung eintreten lasse. Raffabau beantragt einen Zusatz zu der Tagesordnung Simyan, welcher die kollektivistischen Lehren verurteilt. Dieser Zusatz wurde mit 273 gegen 157 Stimmen und sodann die ganze Tagesordnung mit 285 gegen 230 Stimmen angenommen.

Ostasiatische Wirren.

London, 15. Juni. Der Kentersche Korrespondent in Tientsin meldet von gestern: Die Bahnlinie zwischen Tientsin und Taku wird von einem mit einem Scheinwerfer ausgestatteten Zug abpatrouilliert. Hier gewinnt die Meinung an Boden, daß die kaiserlichen Truppen die genieschte ausländische Truppe in der Nähe der Hauptstadt wahrscheinlich bei Fengtai, angegreifen werden, und zwar werde General Jeng-Juh-Siang das Vordereitreiben. General Rich die Radbut beschließen, während die Forts von Taku und die chinesischen Kriegsschiffe die innerhalb der Peiho-Barre liegenden ausländischen Kanonenboote und Torpedoboote angreifen sollen. Ich teile jedoch diese Ansicht nicht, sondern glaube, daß dem Einzug der fremden Truppen in Peking kein Widerstand entgegengesetzt werden wird. Die 10 000 nach europäischer Art ausgebildeten Truppen des Generals Guan stehen noch in Echanghai. Die Russen landen u. a. vier 8 cm-Feldgeschütze. Wie verlautet, soll die ganze über 1700 Mann starke Truppe mit Pferden und Geschützen morgen, Freitagabend den Marsch auf Peking antreten.

Hongkong, 15. Juni.

(B. T. B.) Heute gingen 275 Mann nach Tientsin ab; die übrigen dorthin bestimmten Truppen schiffen sich morgen an Bord des „Terrible“ ein.

Frankfurt a. M., 15. Juni. (B. S.) Die „Frankfurter Post“ meldet aus New York: Bei dem Brande einer Mietskasernen in der Jacksonstraße haben 10 Personen das Leben verloren, sechs erlitten schwere Verletzungen.

London, 15. Juni. (B. T. B.) Die Abendblätter melden aus New York, die dortigen Agenten der columbischen Aufständischen hätten Depeschen erhalten, denen zufolge die Aufständischen Panama eingenommen hätten. Wie verlautet, marschierten 14 000 Aufständische gegen Bogota.

London, 15. Juni. (B. T. B.) Die Londoner Handelskammer hat, wie hier verlautet, ihre Vermittlung zur Beilegung des Todarbeiter-Ausstands angeboten. Die Arbeiter sollen die Vermittlung angenommen haben.

Titelschacher?

Schwere Anschuldigungen gegen den Geheimen Ober-Regierungsrat a. D. Eduard Freiherrn v. Broich sind von einer Anzahl Personen bei der Igl. Staatsanwaltschaft hier selbst wegen Ordens- und Titelschachers erhoben worden.

Ueber die sensationelle Angelegenheit gehen der Presse folgende Mitteilungen zu: Herr v. Broich war im letzten Jahrzehnt in seinen Vermögensverhältnissen sehr zurückgekommen. Der damals noch in Amt und Würden befindliche Geh. Ober-Regierungsrat wandte sich im Jahre 1898 an seinen Vorgesetzten, den Herrn Handelsminister Drefeld, und schilderte ihm seine traurige pecuniäre Lage, die dadurch hervorgerufen sei, daß er sein gesamtes Vermögen für gemeinnützige Unternehmen geopfert habe und bat schließlich um eine Unterstützung. Hierauf antwortete der Minister Ende Oktober in folgendem Schreiben:

Als Euer Hochwohlgeborenen Mitteilung habe ich mit lebhaftem Bedauern erfahren, daß die gemeinnützigen Unternehmungen, denen Sie seit einer langen Reihe von Jahren eine selbstlose und opferwillige Thätigkeit widmeten und deren Verdienstlichkeit ich bereits in dem Schreiben vom 20. Juni d. J. anerkannte, nachteilige Rückwirkungen auf Ihre Vermögensverhältnisse im Gefolge gehabt haben. Ich hoffe mit Ihnen, daß es Ihnen gelingen werde, die bestehenden finanziellen Schwierigkeiten zu beheben und werde ich mich freuen, demnächst von Ihnen zu erfahren, ob und wie sich Ihre Ansichten auf eine Konsolidierung Ihrer Verhältnisse verwirklicht haben.

Siegel: Geh. Kanzlei des Königl. Staatsministeriums.

ag. Drefeld.

Für die richtige Abschrift

Berlin, den 29. Oktober 1898.

Thomas, Geh. Kanzleidirektor.

Von diesem vertraulichen Schreiben scheint Herr von Broich Gebrauch gemacht zu haben, um Privatleute zur Hergabe von größeren Summen zu bewegen. Herr v. Broich ließ eine größere Anzahl Abzüge des Schreibens des Ministers auffertigen und merkwürdigerweise sind diese Abzüge mit dem Staatsiegel, d. h. mit dem Siegel der Geh. Kanzlei des Königl. Staatsministeriums versehen. Mit diesen Abzügen wandte sich Herr von Broich teils selbst, teils durch Agenten, an eine Anzahl Herren, um gestützt auf das ministerielle Schreiben und teilweise unter Versprechungen, daß ihnen Orden oder Titel zu teil werden würden, falls sie Herrn von Broich pecuniäre Hilfe angedeihen lassen, Geld zu erlangen.

Einer der ersten, an die sich Herr von Broich wandte, war der Fürstbischof von Breslau, Dr. Kopp, der, wie es in einem Brief heißt, ihm persönlich nahestehe an Konfession und Gesinnung. Allem Anschein nach scheint Herr Dr. Kopp, dem Herr v. Broich natürlich wieder Titel noch Orden verschaffen konnte, den Geh. Ober-Regierungsrat unterstützt zu haben. Dem Tage darauf, nachdem die Herren Eduard und Theodor von Broich bei dem Fürstbischof gewesen, trafen aus Breslau 5000 M. für Rechnung des Herrn von Broich an dritter Stelle in Berlin ein.

Dann trat der Brauereibesitzer Haase aus Breslau mit Herrn von Broich in Verbindung. Er zahlte dem Ober-Regierungsrat 125 000 M. für gemeinnützige Zwecke. Dasselbe sollte Herr Haase Kommerzientrat werden. Als Zeit auf Zeit verstrich und die königliche Regierung immer noch keine Anstalten machte, Herrn Haase diese Würde angedeihen zu lassen, reiste der Brauereibesitzer nach Berlin, um Herrn von Broich Vorstellungen zu machen. Der aufgetragene Großindustrielle teilte nun Herrn von Broich mit, daß der Unteragent des Freiherrn, ein Herr Clebsch, noch eine Provision von 75 000 M. verlangt habe, die dieser Herr mit Herrn v. Broich teilen mußte. Diesmal war Herr Haase aber so vorsichtig gewesen, die Summe nicht zu zahlen. Der Brauereibesitzer erhielt, nachdem er civilliter klagbar geworden, von Herrn v. Broich Sicherstellung der 125 000 M. durch Hergabe einer ersten Hypothek. Uebrigens ist Herr Haase doch noch Kommerzientrat geworden, weil er sich um das Sanitätswesen in Breslau verdient gemacht hatte.

Ein Kaufmann Weinberg in Frankfurt a. M. opferte gleichfalls für gemeinnützige Zwecke 20 000 M.; er sollte zum Kommerzientrat ernannt oder in den Adelsstand „erhoben“ werden. Ein Minister und früherer Zeitungspediteur Pöschl in Steglitz zahlte für einen zu erhaltenden Orden 20 000 M. Ob diese beiden Herren, die durch Vermittlung eines gewissen von Pöschl in St. mit Herrn von Broich bekannt wurden, die Gelder zurückerhalten haben, ist uns nicht bekannt. Es ist übrigens vom Polizeipräsidenten als Ausländer ausgewiesen worden, während Clebsch sich angeblich in Kopenhagen aufhält, in der That aber längst in Amerika sein dürfte. Auch ein Generalagent einer hiesigen Versicherungsgesellschaft wird als Agent in der Ordensliste bezeichnet. Ein weiterer Fall, der erst in diesen Tagen seine Erledigung fand, wirft ein eigenartliches Licht auf die ganze Affaire. Ein junger Arzt, der auswärts praktizierte, sollte Sanitätsrat werden gegen Zahlung von 12 000 M. Diese Summe zahlte er im November v. J. an Herrn v. Broich und wartete bislang auf seine Ernennung. Vor einigen Tagen kam der Titelschacher nach Berlin und forderte sein Geld zurück. Herr v. Broich beehrte ihn damit eine Hypothek auf ein Grundstück seines Sohns, Freiherrn Theodor v. Broich. Dieser und der Arzt begaben sich zu einem Notar in der Friedrichstraße, um das Dokument ausfertigen zu lassen. Als die Herren sich dann auf der Straße befanden, forderte, wie der Arzt erzählt, Herr Theodor v. Broich die 12 000 M. für die überlassene Hypothek. Hierauf bedeutete der nunmehrige Hypothekenbesitzer, daß er ja die 12 000 M. dem Herrn Ober-Regierungsrat bereits gegeben habe, erinnerte an die Abmachung und nannte Herrn Theodor v. Broich einen Schwindler. Es kam zu einer sehr erregten Scene zwischen den beiden Männern, die damit endete, daß der junge Arzt Anzeige wegen Betrugs bei der Staatsanwaltschaft gegen den alten Herrn v. Broich erstattete und sich bei Herrn von Lucanus beschwerte. Die Manipulationen des Herrn von Broich sind übrigens dem Staatsministerium schon vor mehreren Wochen unterbreitet worden.

Hoffentlich erfolgt über diese sensationelle Mitteilung bald eine amtliche Aufklärung. Daß es eitle Personen genug gibt, die einen Titel oder Orden mit Hunderttausenden bewerten, ist allbekannt. Vergleiche man ferner diese Meldungen mit den seltsamen Vorgängen, die 1897 in dem zu Hildesheim geführten Prozeß gegen den „Begnadigungs-Pfahl“ zur Sprache gebracht worden sind, so kommt man über das Talent gewisser sich als einflussreich gebender Leute zu eigenartigen Schlüssen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Sonntag veranstaltete der Naturheilverein Charlottenburg (Hr. Rube) einen Ausflug nach Hermannsdorf und zwar zum Waldschloßchen (Inhaber Th. Veffler). Dieses Lokal steht der Arbeiterschaft bekanntlich nicht zur Verfügung. Die Parteigenossen, besonders die von Charlottenburg, wollen hier von Kostig nehmen.

Am 23. Juni findet eine Landpartie der Arbeiter von L. Löwe statt und zwar nach dem Spandauer Berg (Wodtrauer). Der Arbeiterschaft ist zur Genüge bekannt, daß den Genossen von Charlottenburg und Spandau trotz wiederholter Anfragen nicht möglich war, genanntes Lokal zu Veranlassungen zu erhalten. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, das Lokal zu meiden. Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Der Wahlverein veranstaltet am Sonntag einen Familien-Ausflug nach Hirschgarten (Cubert's Restaurant zum Aussichtsturm). Abfahrt vormittags 10 Uhr vom Schlesischen Bahnhof. Regge Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Schöneberg. Unentgeltliche Kunst- und Gewerbe-Ausstellungen. In Angelegenheiten erteilt für Schöneberg der Parteigenosse Gustav Dammig, Weizigerstr. 1, vom 4. Tr.

Lokales.

Die Streiklausel vom Magistrat verworfen! Der Unternehmerterrorismus ist selbst dem Berliner Magistrat zu arg geworden. In seiner gestrigen Sitzung hat das Magistratskollegium sich zu dem Beschluß aufgerafft, die von dem Bunde der Baugewerksmeister verlangte Aufnahme der Streiklausel in die Verträge abzulehnen und hat den Deputationen angeheimgestellt, von der bisher üblichen Ausschreibung in engerer Submision abzusehen und die Arbeiten in öffentlicher Submision auszuschreiben. Sofern sich dabei geeignete Unternehmer nicht finden sollten, sollen die Arbeiten in eigener Regie ausgeführt werden.

Auf das dreiste Verlangen des Unternehmertums war dies die einzige mögliche Antwort. Hoffentlich sieht nunmehr auch die Stadtverordneten-Versammlung trotz Herrn Esmann und anderer an der Scharfmacherei interessierter Unternehmer ein, wie beschämend, kulturwidrig und schädlich für die Stadt es ist, wenn sie vor der übermächtigen Bauunternehmergruppe zu Knechte kriecht.

Von den Arbeitnehmer-Beisitzern des Berliner Gewerbegerichts scheidet am 31. Dezember 1900 die folgenden aus: Handelshilfsarbeiter B. Krind, Drechsler M. Baumberg, Schriftgießer C. Verhahn, Tabakarbeiter A. Enty, Drechsler W. Congius, Schneider C. Danzig, Stuccateur O. Dasse, Fuher J. Dietrich, Buchdrucker A. Jaber, Holzleger O. Ficus, Weber P. Fleischer, Bauarbeiter W. Gahmann, Schlichter F. Gahmann, Schneider W. Graf, Wäsche-Arbeiter F. Grafhold, Schneider C. Haase, Töpfer N. Hagen, Wäsche-Arbeiter R. Hamig, Tapezierer H. Hartig, Metallarbeiter J. Hartmann, Pöhlischer H. Hebble, Weber A. Heier, Konditor W. Rabigisch, Porzellandreher A. Kern, Stuccateur L. Kleinert, Kellner F. Klugmann, Mechaniker R. Köhler, Gutmacher G. Lind, Weber A. Masch, Pöhlischer A. Wegner, Tischler Willmar, Wäsche-Arbeiter G. Rogel, Töpfer F. Pehl, Schneider A. Reifing, Tabakarbeiter A. Rehwisch, Wäsche-Arbeiter W. Röhr, Kellner A. Roth, Klograph H. Rühl, Holzgerber F. Scheide, Bauanschläger O. Schenker, Kellner O. Schröder, Schneider A. Schulz, Tabakarbeiter A. Seifert, Holzleger C. Stalsch, Buchdrucker P. Stöpel, Schneider H. Stubbe, Kleintischler C. Tschernig, Pöhlischer G. Wangenheim, Schlosser M. Wegner, Schneider W. Wilde, Schneider A. Zander und Wäsche-Arbeiter M. Janke. — Es sind dies 53 Weisiger, 17 andre Arbeitnehmer-Beisitzer während der letzten 2 Jahre bereits durch Tod, Enthebung u. ausgeschieden, so daß die 70 Mandate herauskommen, um deren Vergebung es sich bei den Neuwahlen im September handelt.

Die weibliche Bevölkerung Berlins hatte sich längere Zeit hindurch in stärkerem Grade als die männliche vermehrt. Beispielsweise stieg von der Volkszählung des Jahres 1890 bis zu der des Jahres 1895 die Zahl der männlichen Einwohner von 769 023 auf 797 306, also um 28 283 Personen oder noch nicht 3,5 Proz., dagegen die Zahl der weiblichen Einwohner von 819 171 auf 879 998, also um 60 827 Personen oder 7,4 Proz. 1890 kamen auf 1000 männliche Personen 1078 weibliche, 1895 dagegen auf 1000 männliche 1104 weibliche. In den letzten Jahren ist nun hierin eine bemerkenswerte Verschiebung eingetreten. Besonders 1898 und 1899 hat sich die männliche Bevölkerung Berlins erheblich stärker vermehrt als die weibliche. Die Fortschreibung ergab für Ende 1897 835 033 männliche, 920 080 weibliche Personen, für Ende 1898 860 444 männliche, 940 817 weibliche, für Ende 1899 884 911 männliche, 958 671 weibliche. Es vermehrte sich 1899 die Zahl der männlichen Einwohner um 25 411 Personen oder 3,0 Proz., die der weiblichen um 20 737 Personen oder 2,3 Proz., 1899 die der männlichen Einwohner um 24 467 Personen oder 2,8 Proz., die der weiblichen um 17 854 Personen oder 1,9 Proz. Auf 1000 männliche Einwohner kamen Ende 1897, 1898, 1899: 1102, 1093, 1083 weibliche.

Ist es gemütsfähig, wenn man in bunten Schuhen Arbeit sucht? Mit dieser Frage übertrachte uns am Freitagmorgen ein Arbeiter. Als wir frei nach Lessings Patriarchen parierten, ob der Herr ein Faktum oder eine Hypothese uns zu lösen gebe, erklärte der Fragesteller, daß er gerademwegs aus dem Bureau des Centralvereins für Arbeitsnachweis komme. Er habe dort die leider immer noch üblichen 20 Pfennige für einen Schein erlegt und sich dann in den Wartebann begeben wollen. Dort sei er aber nur bis zur Schwelle gekommen. Der Portier habe ihn am Eingang gemustert und dabei entdeckt, daß seine Hähne mit geklebten Hausschuhen gekleidet seien. Mit einer solchen Fußbekleidung, so lautete nach den Worten unfrei Gewährungsmanns die Erklärung des Thürhüters, wäre das Betreten des Wartesaals verboten. Der Arbeiter schüttelte ob solcher Ansprüche an die Eitelkeit den Kopf, ging zum Bureau und jette einen Beamten von der Wunderlichkeit des Portiers in Kenntnis. Der Beamte musterte zunächst argwöhnisch das Äußere des Beschwerdeführers, konnte aber nichts entdecken, was zu Ausstellungen Anlaß geben könnte. Die Kleidung war sauber und heil, das Benehmen des Arbeiters in jeder Beziehung korrekt. „Ja, warum sind Sie denn zurückgewiesen worden?“ forschte nunmehr der Beamte. „Der Portier hält die Hausschuhe, die ich wegen eines jetzt fast verschwundenen Fußleidens trage, nicht für salonfähig.“

„Ja so!“ entgegnete der Beamte, „die Hausschuhe! Ja, die. Da ist der Portier — hm! — da ist er im — im Recht! Mit solchen Schuhen dürfen Sie nur einmal den Wartesaal nicht betreten!“

Der Arbeiter sprach zunächst etwas von Lackstiefeln, die er sich kaufen wolle, und bat dann den Beamten, ihm in der ausstehenden Hausordnung die Bestimmung zu zeigen, die das Arbeitsuchen in Hausschuhen verbietet. Darauf konnte der Herr sich aber nicht einlassen; die verbotswidrige Fußbekleidung hielt seinen Sinn völlig gefangen; die zwei kleinen roten Blumen, die in hübscher Stiderei auf schwarzem Grunde prangten, schwohlen an wie Faust's Pabel und entzückten sich vor seinen Augen zu blutigen Feldzeichen der sozialen Revolution. Die Schreckenszeichen mehrten sich. Sieht Herr v. Thielen im Verbands der Handels- und Transportarbeiter das Ende aller Dinge, warum soll sich der Beamte im Centralverein nicht mit gestrichelten Hausschuhen jaggieren lassen? Es gilt das letzte Mittel — das Unheil darf nicht über die Schwelle schreiten — und der Beamte thut im Angesicht der äußersten Gefahr etwas, was bisher noch nie gesehen: Er giebt dem Arbeiter die erlegten 20 Pf. zurück. Großleid verschwindet das Unheil. Der Beamte sinkt erschöpft und betrieblig zugleich auf seinen Stuhl. Auch er hat das Vaterland gerettet.

Neueste Krankenheiten in Berlin im Jahre 1898. Nach den neuesten Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin sind im Jahre 1898 in 1459 Berliner Grundstücken bezw. Haushaltungen an Mäusern (einschließlich Lungenerkrankung nach Mafern) 1927 Personen erkrankt und 264 Personen gestorben. — Die Zahl der an Scharlach (einschließlich Scharlach-Diphtherie) erkrankten

Personen betrug in 1329 Gebäuden bezw. Haushaltungen 1657, die Zahl der Todesfälle 268. — An Diphtherie erkrankten in 3071 Grundstücken bezw. Haushaltungen 4900 Personen, auf welche 608 Todesfälle kamen. Am Schwersten wurde das Grundstück Marienburgstr. 32a (10 Erkrankungen an Diphtherie) heimgesucht. — An Unterleibstypus ohne gastrisches Fieber erkrankten in 302 Grundstücken bezw. Haushaltungen 328 Personen, von denen 78 starben, während an gastrischem Fieber 21 Personen erkrankten und 20 starben. — Vom Kindbettfieber wurden 181 Frauen befallen, von denen 77 starben. — Die epidemische Seuchstarrte brachte 11 Erkrankungen mit 6 Todesfällen. — An Poden erkrankten 28 Personen, welche indes alle wieder genesen sind. Sämtliche Podenranke waren geimpft, einer sogar wiederholt geimpft.

Der Stadtrat Marggraf ist von seinem Unfall soweit wieder hergestellt, daß derselbe an den heutigen Beratungen des Magistratskollegiums teilnehmen konnte.

Ein rechtes Gelehrten-Original ist mit dem jüngst verstorbenen Mathematiker Prof. Hoppe dahingegangen, wie es die Unsterblichkeit seit dem Tode des Philosophen Prof. Althaus nicht mehr besessen hat. Der alte Herr, der bis in den Frühling hinein einen etwas ausgedienten Pelz, dazu einen großen Schal und einen eisernen graubraunen Studentenhut zu tragen pflegte, lenkte die Aufmerksamkeit auf sich, wenn er, bedächtigt seinen Stummel rauchend, im Kaffienwäldchen auf und ab spazierte. Er achtete auf seinen und schien nur den Gegenstand seiner Vorlesung im Sinn zu haben. Seit Wessingensedenken hat er nur immer ein paar Zuhörer gehabt, so daß er jedesmal am Anfang sich erst überzeugen mußte, ob auch jemand da war, und ob er mit den Worten „Meine Herren“ beginnen konnte; denn oft sah dem Lehrer nur ein einziger Student gegenüber. Da er als Privatdozent kein Gehalt bekam, so mußte er unter diesen Umständen regelmäßig die bestehende Pflanzkasse in Anspruch nehmen, aus der er jährlich 500 M. erhielt. Hoppe, der unverheiratet war, lebte so einfach wie möglich. Er war Chambregarnist noch bis ins höchste Alter und so lange die akademische Vielleute bestand, gehörte er zu ihren treuesten Mittagsgästen. Nachdem er hier an einem bescheidenen Maß sich gestärkt hatte, spazierte er im Kaffienwäldchen, und dann ging es in die Vorlesung. Wenn man den alten Hoppe sah, konnte man ihn eher für einen Sprachgelehrten halten, der in weltentlegenen Idiomen lebt, als für einen scharfsinnenden Mathematiker. Gerade jetzt ist er dahingegangen, als plötzlich noch einmal sein Stern zu leuchten schien: mindestens 10 Studenten hatten ihn dieses Semester hören wollen. Das war noch nie dagewesen. Es studieren nämlich gegenwärtig außerordentlich viel Mathematiker in Berlin.

Für Veränderungen an den Telegraphen- und Fernsprech-Anlagen, um diese gegen den Uebergang von Starkströmen sowie gegen störende induktive Einwirkungen der elektrischen Bahnen zu sichern, hat die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft an die kaiserliche General-Postkasse eine Entschädigung von 508 000 M. zu entrichten. Diese Summe ist in Teilzahlungen, deren Zeitpunkt und Höhe die kaiserliche Ober-Postdirektion zu bestimmen hat, zu begleichen. In diesem Betrage ist aber die Entschädigung für Beseitigung etwaiger in den Fernleitungen auftretender Störungen, sowie der Störungen, welche durch die automobil betriebenen Bahnen oder durch gewisse mit Oberleitung ausgerüsteten Wagnstrecken entstehen sollten, nicht enthalten. Die Genehmigungskurnde der Großen Berliner Straßenbahn führt sieben Oberleitungsstrecken (Teile von Straßenbahnlinien, die durch die Straße Alt-Modritsch, durch die Karl-, Luisen-, Lützow-, Flottwell-, Schöneberger-, Koch-, Oranien-, Seidel-, Alte Jakob- und Wälscherstraße führen) auf, für welche noch besondere Entschädigungen zu zahlen sind, falls durch den Bahnbetrieb Störungen des Fernsprechbetriebs hervorgerufen werden. Für die durch die kaiserliche Oberpostdirektion auf diesen Strecken zu beseitigenden Störungen würde die Große Berliner Straßenbahn noch eine besondere Entschädigung von zusammen 64 000 M. zu zahlen haben; am höchsten sind dabei die Linien in der Karl- und in der Luisenstraße (mit 12 000 M.), sowie in der Lützow-, Flottwell- und Schönebergerstraße (mit 27 000 M.) eingeschätzt. Außerdem hat sich die Straßenbahn-Gesellschaft noch verpflichten müssen, der Postkasse die Kosten für etwa erforderliche weitere Mittel zu erstatten, als zur Zeit zur Beseitigung der störenden Einwirkungen der elektrischen Bahnen jetzt vorgesehen sind; andererseits sollte der Gesellschaft ein von der Postbehörde festzusetzender Betrag zurückgezahlt werden, falls es ihr „noch“ gelingt, durch besondere Maßnahmen an den Bahnanlagen die Störungen des Fernsprechbetriebs zu verhindern.

Abkaffung des Réaumur-Thermometers. Der Kultusminister hat folgende Verfügung an die Oberpräsidenten erlassen: Nach einer Mitteilung des Herrn Reichslandlers sind alle mit Réaumur-Skalen versehenen Thermometer in Gemäßheit des § 7 der Prüfungs-Bestimmungen für Thermometer vom 25. Januar 1893 vom 1. Januar 1901 ab von der Prüfung ausgeschlossen. Inverläßliche Wärmeangaben nach Réaumur'schem Thermometer werden daher nach Ablauf dieser Frist nicht immer möglich sein und in nicht zu fernter Zeit wegfallen. Aus diesem Grund und um überhaupt die Wärmemessungen einheitlich zu gestalten, eründe ich, gefälligst dahin zu wirken, daß die noch vorhandenen Réaumur-Thermometer, auch wenn sie noch brauchbar sind, 1. in allen öffentlichen Kranken- und Irrenanstalten, 2. in den öffentlichen Badeanstalten, 3. in den höheren Schulen bis zum 31. Dezember 1900 durch 100teilige Instrumente nach Celsius ersetzt werden.

Werdersche Kirchen und Erdbeeren kamen gestern morgen zum erstenmal in diesem Jahre in größeren Mengen mit dem der Werderschen Obstzüchter-Genossenschaft gehörenden Dampfer hier an. Etwas über 500 „Linien“, wie das uralte Transportgefäß unser märkischen Obststämme genannt wird, führte das Schiff mit sich, eine Zahl, die angesichts der für die Obstreise noch etwas frühen Jahreszeit sehr erheblich ist. Recht unscheinbar nimmt sich allerdings diese Zahl dem gegenüber aus, was in der Hochsaison der Ernte, etwa in zwei Wochen, nach Berlin gebracht wird. Dann werden täglich gegen 15 000 Linien mit dem Dampfer befördert, der um sechs Uhr von Werder abfährt und in den ersten Morgenstunden in der Dorotheen-Wartstraße hier eintrifft, wo am Reichstagsufer die „Werderschen“ befamlich einen eignen Stand und Verladepflanz haben.

Zur Central-Friedhofs-Frage. Wie die „Volls.“ hört, hat der von der Berliner Stadtsynode eingesetzte Ausschuss, dem die Vorlage über die Anlegung eines Central-Südwest-Friedhofs bei Stahnsdorf zur Vorberatung überweisen worden war, die Ablehnung des Projekts empfohlen. Diese Stellungnahme des Ausschusses wird damit motiviert, daß die Entfernung zwischen Stahnsdorf und den Bezirken der beteiligten Kirchgemeinden in Berlin und den Vororten zu groß sei, noch keine geeignete Verkehrsverbindung bestehe und die Verdrängung an einem so entfernten und nur auf der Eisenbahn zu erreichenden Platz an kirchlicher Weihe verlorene, zumal dann besondere Geisliche, die sich lediglich mit den Begräbnissen zu beschäftigen hätten, angestellt werden müßten.

Das Polizeipräsidentium beabsichtigt, eine neue Polizeiverordnung über den Transport von Fleisch unter Aufhebung der Polizeiverordnung vom 18. Juli 1879 betreffend den Transport von geschlachtetem Vieh und Fleisch zu erlassen und hat hierzu die Zustimmung des Gemeindevorstandes für den Stadtkreis Berlin nachgesucht. Nach der neuen Polizeiverordnung soll folgendes verordnet werden: § 1. Geschlachtetes Vieh und Teile von solchen, insbesondere auch einzelne Fleischstücke müssen, wenn sie in Fahrzeugen jeglicher Art mit Einschluß von Handwagen und Karren transportiert werden, derartig rings umschlossen oder verdeckt sein, daß sie dem Anblick von außen her vollständig entzogen

find. § 2. Dasselbe gilt beim Transport in Mulden Körben und ähnlichen Gegenständen, sofern er im Betriebe des Fleischgewerbes erfolgt. § 3. Tücher und andre Decken, welche zu diesem Zweck verwendet werden, müssen durchaus sauber sein. § 4. Die zum Transport benutzten Wagen, Karren, Mulden usw. müssen stets in sauberem Zustande gehalten werden. § 5. Beim Transport von geschlachtetem Vieh und Keilen von solchen auf offenen Wagen dürfen auf dem Fleisch beziehungsweise auf dem daselbst bedeckenden Tüchern oder Decken Personen weder sitzen noch liegen. § 6. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 20 M., an deren Stelle im Unvermögensfalle verhältnismäßige Haftstrafe tritt, geahndet.

Ein Fall von echten Blattern stellte gestern Geheimrath Medicinalrath Professor Heubner nach Schluß seiner Klinik im Institut für Infektionskrankheiten vor. Um bei der Demonstration die Ansteckungsgefahr, welche bei Uebertragung des Infektionsstoffes durch die Luft in hohem Maße vorhanden ist, auszuschließen, wurde das Bett des Blatternkranken am Fenster der Isolierbaracke aufgestellt, während Geheimrath Heubner mit seinen Hörern im Freien vor diesem geschlossenen Fenster stand und so den Fall erklärte. Es handelt sich um einen achtjährigen Knaben. Der Fall ist ein relativ leichter, und der Kranke befindet sich schon auf dem Wege der Genebung. Der Knabe war nicht geimpft.

Um Selbstentzündungen aufgelaßener Preshohlen zu vermeiden, müssen die Preshohlenstapel, worauf das beteiligte Publikum besonders hingewiesen wird, auf je 2 Meter Länge Ventilationskanäle in ihrer ganzen Tiefe und Höhe erhalten. Diese Kanäle lassen sich leicht dadurch herstellen, daß zwei Preshohlen mit 6 Centimeter Zwischenraum als Käufer, über dieselben gleichfalls zwei Preshohlen mit demselben Zwischenraum als Binder und in der gleichen Weise durch den ganzen Stapel flach hingelegt werden, und zwar dergestalt, daß dadurch nicht nur ein senkrechter Luftkanal, sondern auch zwei sich kreuzende horizontale Kanäle gebildet werden. Die durch letztere stattfindende Lüftung erscheint geeignet, Selbstentzündungen der Preshohlen zu hindern.

Für die Anbringung bildlicher Darstellungen zur Bezeichnung des Gewerbebetriebs (Glaserschilder, Vortertugeln, Zunderhüte, Schirme, Willen und ähnliches) gelten künftig in Berlin folgende polizeiliche Vorschriften: Die Unterseiten der Konsolen aller derartigen bildlichen Darstellungen müssen durchweg mindestens 3 Meter von der Oberfläche der Bürgersteige entfernt bleiben. Sie dürfen, gleichviel, ob sie über Bürgersteige oder Vorgärten angebracht werden, nur eine eigne Frontlänge bis zu 40 Centimeter einnehmen und nur bis zu einem Meter vor die Hausfrontlinien vortreten; werden sie über Bürgersteige von weniger als zwei Meter Breite angebracht, so darf ihr Vortreten vor die Hausfrontlinie niemals mehr als die Hälfte der Bürgersteigbreite betragen. An Ecken und Balkonen dürfen solche bildliche Darstellungen nur insoweit angebracht werden, als dadurch der nach der Baupolizei-Ordnung für Berlin vom 15. August 1897 zulässige Vortritt der Ecken und Balkone nicht überschritten wird. Die Höhe aller derartigen Anschlagungsmittel des Gewerbebetriebs (die Ausdehnung von unten nach oben) darf in der Regel das Maß von 1,00 Meter nicht überschreiten. Ihre Befestigung muß sicher und dauerhaft sein. Dies muß durch die Bescheinigung eines zuverlässigen Sachverständigen (Klempner, Schlosser- oder Maurermeisters usw.), welcher damit die Verantwortlichkeit übernimmt, nachgewiesen werden.

Ueber den Erfolg der Tollwut-Schutzimpfungen wird amtlich folgendes mitgeteilt: Nachdem im Jahre 1898 in Preußen von tollen bzw. tollwutverdächtigen Tieren 263 Personen gebissen und von diesen 9 gestorben waren, sind im Jahre 1899 bei 287 Menschen Bissverletzungen amtlich gemeldet worden. Von diesen sind 2 = 0,70 Proz. an Tollwut zu Grunde gegangen. Die Bissverletzungen betrafen 201 männliche und 86 weibliche Personen. Im Jahre 1898 blieben ohne ärztliche Behandlung 62 = 20,6 Proz. und wurde geimpft 72 = 23,3 Proz. der Verletzten. Im Jahre 1899 dagegen blieben ohne Behandlung 29 = 10,1 Proz. und wurden geimpft 281 = 80,5 Proz. der Verletzten. Im Jahre 1898 starben an Wut 9 = 3,43 Proz., im Jahre 1899 dagegen nur 2 = 0,70 Proz. der Verletzten. Diese Zahlen beweisen einerseits die Wirksamkeit der Schutzimpfung, zeigen aber andererseits die erfreuliche Thatsache, daß die Ueberzeugung, die Gebissenen sobald als möglich der ärztlichen Behandlung und besonders der Schutzimpfung zuzuführen, in dreien Schichten der Bevölkerung Platz gegriffen hat. Ein Fall, in welchem die Behandlung eines gebissenen Kindes unterblieb, weil der kurz darauf geisteskrank gewordene Tierarzt den bestreuten Hund bei der Obduktion für gesund erklärt hatte, giebt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Schutzimpfung nicht von dem Ergebnis der Obduktion des Thiers abhängig gemacht werden darf, sondern in jedem Fall so schnell als möglich vorgenommen werden sollte. Es sei daher schließlich auch an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß hierorts durch tolle oder der Tollwut verdächtige Tiere Verletzte, welche sich der Behandlung unterziehen wollen, sich an das zuständige Polizeirevier zu wenden und sich nach Empfang eines bezüglichen Zuweisungssattes bei der Direktion des Instituts für Infektionskrankheiten NW, Charitstraße 1 hierseits zwischen 10 und 1 Uhr (an Sonntagen von 10—11 Uhr) vorzustellen haben würden.

Am 21. Juni, vormittags 9 Uhr, findet vor der 9. Strafkammer am Landgericht I die Verhandlung gegen Spielvogel und Genossen statt. Unter diesem Nummern geht bekanntlich der Landfriedensbruch-Prozess, der aus Anlaß der am 20. Mai bei Gelegenheit des Straßenschießens in der Nähe des Rosenhainer Thor entstandenen Unruhen gegen 19 Personen eingeleitet worden ist. Als Verteidiger fungieren die Rechtsanwälte Dr. Werthauer und Udermann.

Verkehrshindernisse im Straßenbahn-Betrieb. Gestern nachmittags gegen 2 Uhr fuhr in der Königsgräberstraße zwischen Lemo- und Bockstraße ein Accumulatorwagen in den dort in der Auswechslung begriffenen Schienenwechseln fest und konnte nicht von der Stelle gebracht werden. Erst nach halbständiger Arbeit, nachdem Binden und Ketten herbeigebracht worden waren, gelang die Blosmachung des Kolosses. Inzwischen hatten sich nach den verschiedensten Richtungen an der Unfallstelle Dugende von Straßenbahnwagen angeammelt, und es entstand eine sehr empfindliche Verkehrsstörung.

Eingebildete Arbeitslosigkeit hat den 37 Jahre alten Metall-dreher Adolf Schäfer aus der Münchbergerstr. 16 in den Tod getrieben. Schäfer war acht Jahre lang bei Julius Birsch in der Andreasstraße beschäftigt und die ganze Zeit hindurch als ein sehr ordentlicher und fleißiger Arbeiter gekannt. Seit ungefähr sechs Wochen zeigte er Spuren einer zunehmenden Gemüthskrankheit, und seit Sonnabend blieb er von der Arbeit weg. Frau und Kindern klagte er nun, daß er keine Beschäftigung mehr habe, und von morgens bis abends irrte er umher, um Arbeit zu suchen. Einmal traf ihn seine Frau auch auf dem Bahnhof, als er im Begriff stand, in die Provinz zu fahren. Gestern abend um 7 Uhr kam Frau Schäfer mit ihren beiden 8 und 10 Jahre alten Kindern von einem Besuch ihrer Mutter aus der Lothringersstraße nach Hause zurück und fand ihren Mann als Leiche vor. Er hatte sich auf dem Wohnungs-flur an einer Thürklinke erhängt.

Folge der Hitze in den letzten Tagen sind in der Zeit vom 6. bis 14. Juni in Berlin nicht weniger als 22 Pferde am Hufschlag verendet und der städtischen Abdeckeri überwiesen worden. 176 Pferde erkrankten infolge der Hitze. Nicht weniger als 37 sind infolge der Hitze eingegangen. In 210 Fällen blieben Hunde auf der Straße liegen und erhielten zum Teil durch Polizeibeamte, zum Teil durch Beamte des Tierarztsvereins Hilfe. Als sehr widerstandsfähig der Hitze gegenüber erwiesen sich die Giel. Wenig wie im Sommer 1899 ist in diesen Tagen eine Erkrankung gemeldet worden.

Um seine ganze Erbschaft ist der 21jährige Handlungsgehilfe R. aus der Meyerstraße gekommen, der am 12. d. M. großjährig geworden ist. Aus diesem Anlaß erhielt der junge Mann von seinem Vormund eine Erbschaft ausgezahlt, die aus einer wertvollen goldenen Uhr nebst Kette und 800 Mark Bargeld bestand. Am folgenden Abend veranstaltete R. mit mehreren Freunden eine solenne Anekdote, wobei er die Regulierung der etwa 80 Mark betragenden Kasse übernahm. Die jungen Leute waren sämtlich angetrunken. Sie begleiteten ihren Gastgeber bis zur Thür des Hauses, in dem er wohnte. R. vermochte jedoch die Treppen nicht allein hinaufzugehen, und einer der Freunde gab einem fremden Mann 50 Pfennig und ersuchte ihn, den Handlungsgehilfen nach dessen Wohnung hinaufzubegleiten. Als R. gestern morgen erwachte, vermehrte er den aus 216 M. bestehenden Rest seiner Erbschaft nebst Uhr und Kette, das einzige Andenken von seinem vor einem Jahrzehnt verstorbenen Vater. Die Angelegenheit wurde sofort der Polizei gemeldet, doch ist es dieser bisher nicht gelungen, den unbekanntem Helfer, von dem leider auch eine zuverlässige Beschreibung nicht zu erlangen war, zu ermitteln.

Aus dem Landwehrkanal gelandet wurde gestern Freitagmorgen um 8 Uhr vor dem Haupte Kottbuser Ufer 62 von Straßenreiniger die Leiche einer etwa 25 Jahre alten Frau, deren Persönlichkeit noch nicht ermittelt ist. Man vermutet, daß es sich um die Frau handelt, die am Mittwochabend um 10 1/2 Uhr von der Admiralbrücke in den Kanal sprang, den ihr zugeворfenen Rettungsball von sich stieß und vor den Augen einer großen Menschenmenge ertrank.

Straßensperrung. Das Nordufer von der Höher- bis zur Sülterstraße einschließlich des Kreuzdamms der Sülterstraße wird behufs Absperrung vom 18. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Freitagmorgen war Waisenstr. 8 ein Zimmerbrand abzulösen, der Gardinen und Möbel zerstörte. Kurz vorher erfolgten Alarme nach dem Nordbahnhof und nach Regentenstr. 21. In beiden Fällen lag jedoch irrtümliche Feuerbesuchung vor. Wangelstr. 13 wurde die Dachkonstruktion eines Maschinenhauses durch Feuer beschädigt. Nothstr. 5 brannte Stroh auf offener Straße, während Pappel-Allee 13 Preshohlen durch Selbstentzündung entflammten. In der vorhergehenden Nacht war ein Brand in der Selterstr. 1 abzulösen, der durch ausgelauenes Petroleum entstanden war.

Eine Gutenbergsfeier veranstaltet der Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer Sonntagabend 6 Uhr im Circus Schumann. Zu der Feier sind die Principale des Berufs, die städtischen Behörden sowie Freunde des Vereins eingeladen.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Armenverwaltung teilt mit, daß in der Waisenpflege zur Zeit wieder ein fühlbarer Mangel an guten und geeigneten Pflegestellen für die in Kostpflege unterzubringenden Kinder herrscht. Jede Pflegestelle wird eingehend geprüft und nur dann besetzt, wenn keinerlei Bedenken vorliegen. Personen, die das Kostgeld als eine Art Armenunterstützung für sich bedürfen, können ebenfalls berücksichtigt werden wie Personen, die die Schlaflente halten. Bedingung ist, daß den Kindern eine eigne Lagerstätte gewährt wird. Mehr als zwei Pflegekinder werden grundsätzlich in eine Pflegefamilie nicht gegeben. Daß kinderreiche Familien mit engen Wohnräumen nicht in Betracht kommen können, ist selbstverständlich. Wegen eines dem Alter entsprechende Heranziehung der Kinder zu kleinen häuslichen Arbeiten wird in der Regel nicht erinert, dagegen wird die Ausnutzung der Kinder zu Erwerbszwecken streng unterjagt. Als Pflegegeld werden regelmäßig für Kinder unter 1 Jahr monatlich 18 M., für Kinder von 2—6 Jahren monatlich 12 M. und für Kinder über 6 Jahre monatlich 9 M. gezahlt. Daneben wird die erforderliche Kleidung und freie ärztliche Behandlung — Arznei, auf ärztliche Anordnung auch Milch — gewährt. Meldungen geeigneter Pflegefamilien werden baldmöglichst an das Bureau der Armenverwaltung, Berlinerstraße 77 II, erbeten.

Die Landgemeinde Lichtenberg will Stadt werden. Nach Kenntnisnahme einer Denkschrift des Gemeindevorstandes zu Lichtenberg über die Annahme der Städte-Ordnung beschloß die am Donnerstag stattgehabte Gemeindevertreter-Sitzung einstimmig, den Gemeindevorstand zu beauftragen, schleunigst die erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten, damit der Gemeinde Lichtenberg die Annahme der Städte-Ordnung genehmigt werde, sobald am 1. April 1901 der Austritt der Gemeinde aus dem Niederbarnimer Kreisverbande erfolgen könne. Die an den Kreis zu zahlende Abschlagszahlung von 100 000 M. in der Denkschrift auf 300 000 M. festgesetzt; selbst eine Erhöhung dieser Summe auf 500 000 M. würde für die Gemeinde noch vorteilhafter sein als ein Verbleiben im Kreisverband, an welchen die Gemeinde im nächsten Jahr 100 000 M. an Steuern zahlen müßte. Der finanzielle Effekt der Annahme der Städteordnung für die Gemeinde würde (nach der Denkschrift) folgender sein: Einnahmeausfall 26 500 M.; dem stehen gegenüber an fortfallenden Ausgaben 167 800 M.; an neuen Ausgaben (königliche Polizei, Beiträge an die Provinz etc.) sind 125 200 M. vorgezogen, so daß nach sehr vorsichtiger Schätzung die Gemeinde als Stadt noch um 16 100 M. besser steht wie als Landgemeinde.

In den Militärwerkstätten zu Spandau, so wird geschrieben, herrschen immer sehr schwankende Betriebsverhältnisse. Häufig kam es vor, daß zur Deckung des Bedarfs an Ausrüstungsgegenständen und Kriegsmaterial eines Tags mehrere tausend Arbeiter eingestellt wurden, um nach einiger Zeit, sobald die Aufträge ausgeführt waren, wieder entlassen zu werden. Das führte jedesmal zu schweren wirtschaftlichen Krisen der Stadt Spandau. Da es am Ort selbst anderweit nicht hinreichend Arbeitsgelegenheit gab, so mußten die brotlos gewordenen Arbeiter fortziehen; viele fanden aber so schnell außerhalb keine Beschäftigung und deshalb sind zahlreiche Familien verarmt. Mit Rücksicht auf die Heranziehung vieler Arbeiterfamilien waren Häuser gebaut, Geschäfte erweitert und neu errichtet worden; der plötzlich eintretende Rückschlag hatte immer den wirtschaftlichen Ruin vieler Hauseigentümer und Geschäftleute zur Folge. Nachdem die Stadt Spandau in ihren Petitionen um Verstärkung des Reichshofes auf die geschädigten Verhältnisse wiederholt hingewiesen, hat die Militärverwaltung in den Betriebsverhältnissen der großen Militärwerkstätten angeblich einen grundsätzlichen Wandel eintreten lassen. Im Hinblick auf den stärkeren Bedarf ist in den Fabriken ein fester, großer Arbeiterbestand geschaffen worden, der Entlassungen nicht ausgeht ist. Aukweise Neu-Einstellungen von Arbeitern finden fortan nicht mehr statt. Liegen für eine kürzere Zeit größere Bestellungen vor, so erfolgt Vergebung an Privatfabriken. Treit in einer Verflucht zu Spandau einmal schwächerer Betrieb ein, so werden überflüssige Arbeiter einer anderen Fabrik am Orte überwiesen. Entlassungen wegen Arbeitsmangel sind fortan so gut wie ausgeschlossen.

So die Verteilungen einer Korrespondenz, die wohl mit gelinden Zweifeln aufzunehmen sind.

Ein Familiendrama wird aus Eberswalde mitgeteilt: Die Witwe eines Eisenbahnbeamten stand im Begriff, sich wieder zu verheiraten, als ihr Bräutigam das Verhältnis löste. Die Frau nahm sich das so zu Herzen, daß sie beschloß, mit ihren drei Kindern im Alter von 8, 9 und 11 Jahren aus dem Leben zu scheiden. Am Dienstagmorgen um 1 Uhr 50 Minuten warf sie sich mit den beiden jüngsten Kindern in der Nähe der Station Witz bei Eberswalde vor einen von Stolz kommenden Personenzug, der alle drei gerammte. Die Kinder waren sofort tot, die Mutter starb in der vergangenen Nacht im Mutterhaus der Victoriaschwester zu Eberswalde. Das älteste Kind, ein Mädchen, entging dem Schicksal seiner Geschwister. Die Mutter konnte es im entscheidenden Augenblick nicht fassen und es ließ davon.

Das Todesurteil gegen Öbneri bestätigt! In der Revisions-sache des Nordprozeßes Öbneri erkannte gestern der zweite Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig auf Verwerfung der Revision und damit Bestätigung des Urteils der ersten Instanz.

Ein Mann mit eigentümlicher Gedankrichtung stand gestern in der Perion des Handwerksmanns Adolf Schmidt vor der 187. Abteilung des Schöffengerichts. Eines Tags trankte der Angeklagte seine beiden Hühner aus dem Wasserbehälter, der unter jeder Pumpe angebracht ist. Einem vorübergehenden Schutzmann fiel es auf, daß das Wasser in hohem Grade verunreinigt war. Er fragte deshalb den Angeklagten, ob er keinen Kapp bei sich führe, aus dem er seine Hühner tränken könne. Die Antwort fiel grob und beleidigend aus, es kam zu einem Wortwechsel und die Folge war, daß Schmidt zur Wache gebracht wurde. Er legte sich dabei so festig zur Wehre, daß er gefesselt werden mußte. Einige Tage darauf richtete der Angeklagte an den Polizeipräsidenten v. Windheim eine Beschwerde schriftlicher Art. Er bezeichnete den Polizeipräsidenten als den Chef einer Räuberbande, überhäufte ihn noch mit andren Beleidigungen und verlangte von ihm die Kleinigkeit von 1500 M. als Schadensersatz und Schmerzensgeld, denn seine Beamten hätten ihn bei der Sittierung übertrieben hart gefesselt, so daß er einige Tage hindurch nicht habe die Hände gebrauchen können. Schmidt erhielt eine Anklage wegen Beamtenebeleidigung. Im Termin wollte der Angeklagte durchaus nicht einsehen, daß seine Beschwerde schrift etwas Beleidigendes enthalte, er sei vielmehr der Beleidigte und verlange Genugthuung. Der Angeklagte erklärte, sich bei dem Urteil, das nach dem Antrag des Staatsanwalts auf 3 Monate Gefängnis lautete, nicht beruhigen zu wollen.

Wegen Mißhandlung seines Diensthens und wegen Freiheitsberaubung hatte sich gestern der 70jährige Kunstmalers Friedrich Ripps aus Charlottenburg vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Er hatte sein Diensthens, weil es zu spät nach Hause gekommen war, mit einem biden Stod gepörrigt und es dann zur Thür hinausgeworfen. Als das Mädchen am später seine Sachen abholen wollte, hat er es abermals schwer mißhandelt. Der Angeklagte kam mit 100 M. Geldstrafe davon, vom Staatsanwalt waren zwei Monate Gefängnis beantragt worden.

Der betagte erblindete Schriftsteller Sergius Werblunski wurde am 12. April d. J. von einem Unfall betroffen. Er wird bei seinen Ausgängen von einem ebenso alten Mann begleitet, der etwas Schwach auf den Füßen ist. An genanntem Abend gingen beide in der Richtung vom Opernhause nach dem kaiserlichen Palais über den Strahndamm. Sie wurden hierbei von einer Droschke zu Boden gerissen. Werblunski erlitt erhebliche Verletzungen, sein Führer kam ohne Schaden davon. Der Droschkenkutscher Matias Poldowski, der das Unheil angerichtet hatte, stand gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I. Da er sich verpflichtete, dem Verunglückten eine Geldbuße von 30 M. zu zahlen, verurteilte der Gerichtshof ihn nur zu einer Geldstrafe von 10 M.

Wegen unbefugter Annahme eines Titels war der frühere sibirische Vicekonsul Kunz, ein preussischer Staatsangehöriger, angeklagt worden. Er sollte den § 360 Nummer 8 des Strafgesetzbuchs dadurch übertreten haben, daß er sich nach Einziehung des sibirischen Vicekonsulats durch die sibirische Regierung ständig „Vicekonsul a. D.“ nannte. Das Landgericht sprach ihn jedoch mit der Begründung frei, daß man es hier nicht mit der Annahme eines Titels, sondern lediglich mit einer Bezeichnung des früheren Stands des Angeklagten zu thun habe. Zu einer solchen bedürfe es aber keiner Genehmigung. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob das Kammergericht diese Entscheidung auf und verwies die Sache zu anderweitiger Entscheidung an das Landgericht II zu Berlin zurück. Es wurde begründend ausgeführt: Die Annahme, daß K. nur seine frühere amtliche Stellung habe fenngehalten wollen, sei falsch. Wenn K. thatsächlich diese Absicht gehabt hätte, dann hätte er sich „früherer sibirischer Vicekonsul“ nennen müssen. Die ständige Bezeichnung „Vicekonsul außer Dienst“ sei dagegen als Annahme eines Titels zu betrachten. Das Landgericht müsse nunmehr feststellen, ob K. die hierzu erforderliche königliche Genehmigung erlangt habe oder nicht. Im letzteren Fall wäre er zu bestrafen.

Versammlungen.

Politik und Gewerkschaften lautete das Thema, das der Reichstags-Abgeordnete W. Heine in einer gutbesuchten Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins für den 2. Wahlkreis, die am Dienstag im Friedrichsbadischen Kasino tagte, behandelte. Redner begann mit der Erinnerung, daß er sich verpflichtet fühle, dem neuerdings aufgetauchten Schlagworte einer „neutralen Gewerkschaftsbewegung“ ebenso kritisch gegenüberzutreten, wie allen Schlagworten. Er wolle untersuchen, in welchem Maße dies Wort Verechtigtes und Mögliches bezeichne. Der Redner hob hervor, daß die Gewerkschaften niemals alles das aus ihren Bestrebungen verbannen könnten, was man im politische nützlichen Sinne Politik nenne, und daß dies aus niemand verlangte. Es handle sich nur darum, ob die Gewerkschaften bestimmte Parteipolitik als solche treiben sollten. Redner definierte die Aufgabe der Gewerkschaften dahin, daß sie die unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder in gewerblicher Beziehung zu vertreten hätten. Bei diesen Bestrebungen sei es vorteilhaft, die Basis des Kampfes möglichst breit zu machen, es sei lächerlich, wenn Kämpfer, die dasselbe wollten, aus parteipolitischen Doktrinarismus nicht gemeinsam operierten; als Wirtkämpfer müsse willkommen sein, wer mit den unmittelbaren Aufgaben des Kampfes einverstanden sei.

So schädlich die Zersplitterung in Gewerkschaften verschiedener Richtung sei, so sei sie doch historisch begründet, und es sei zur Zeit Nützlich, an eine Verschmelzung zu denken. Möglich sei aber, daß die verschiedenen Richtungen sich näherten und zusammenwirkten. Man solle mehr das Verbindende als das Trennende betonen, den allzu scharfen Ton der Polemik mildern, nicht zur Sache Gehöriges, z. B. die religiöse oder religionsfeindliche Salbaderei, befestigen. Ob daraus in Zukunft einmal eine Verschmelzung der heut getrennten Richtungen hervorgehen werde, sei zur Zeit eine müßige Frage.

Aber selbst der nähere Anschluß sei nicht so leicht auszuführen. Redner wies auf die Art der Angriffe gegen die freien Gewerkschaften von Seiten der christlichen hin, und auf das berechtigte Mißtrauen, das man den Leuten entgegenbringen müsse, die offensichtlich weniger Gewicht auf die Förderung der Gewerkschaftsbewegung legen als auf eine gehoffte Schädigung der Socialdemokratie.

Trotzdem sei es im Interesse einer erfolgreichen gewerkschaftlichen Agitation wünschenswert, daß die Gewerkschaften ihre Mitglieder nicht auf eine bestimmte politische Partei einschwören und ihre Versammlungen und ihre Presse nicht als Agitationsstätten für bestimmte politische Parteien benutzten.

Indessen auch bei einer solchen Trennung der Gewerkschaften von der Parteipolitik glaube er nicht an die Möglichkeit einer völligen Neutralität der Gewerkschaften. Eine erfolgreiche Gewerkschaftspolitik lasse sich nur treiben unter allgemeinen Gesichtspunkten. Als solche „Grundgedanken“ erörterte Redner eingehend die des gleichen Rechts für alle, auch für die Arbeiter anderer Nationen, und er wendete sich gegen den kurzfristigen Plan der National-Socialen, daß die deutschen Arbeiter die englischen Kollegen niederkonkurrieren sollten. Er forderte die Anerkennung des Klassenkampfes in dem Sinne, daß der Arbeiter die Notwendigkeit erkennen müsse, daß seine Rechte zu erkämpfen, nicht bloß darum zu petitionieren. In gleicher Weise sah er im Solidarisitätsprincip, im Humanitätsprincip und im Princip der socialen Entwidlung notwendige Grundanschauungen.

Wer glaube, daß das Volk nicht zu fordern, sondern zu warten habe, bis die Obrigkeit oder der Unternehmer gnädigst etwas gewährt, wer die Interessengemeinschaft zwischen Arbeitern und Arbeitgebern als Prinzip des Wirtschaftslebens proklamiere, wer Bildung und höhere Kultur als Zielwerke ansehe, wer die heutige Gesellschaft und ihre Eigentumsform für von Gott gewollt und für unabänderlich halte, der könne keine kraftvolle Gewerkschaftspolitik treiben. Darum glaube Redner, daß die Gewerkschaften, die durch ihre Kämpfe und Aufgaben fortwährend auf diese Grundansichtungen hingewiesen würden, genötigt sein würden, sich bei ihrer praktischen Politik immer wieder an die einzige Partei anzuschließen, die denselben Geist pflege, an die Sozialdemokratie. (Beifall.) Das Schlagwort „Neutralität“ werde daran nichts ändern: diese Verhinderung sei natürlich, denn Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie seien nur zwei Triebe desselben Wurzelstocks, des Interesses des aufwärtsstrebenden arbeitenden Volks.

Deshalb fürchte er von der Entfernung der ausgesprochenen Parteipolitik aus den Gewerkschaften auch keine „Verwässerung“ des Gewerkschaftswesens. Der Geist unter Gewerkschaften würde doch immer sozialdemokratisch sein, und umgekehrt müsse eine Sozialdemokratie, die ihre Aufgabe verstünde, immer die Gewerkschaften unterstützen, nicht etwa, um in ihnen ein Reservierungsgebiet für Wahlstimmen zu haben, sondern um sich durch sie in fortwährender Verbindung mit den realen Bedürfnissen der Arbeiterschaft zu halten und nicht zur doktrinären Sekte zu werden. (Lebhafter Beifall.)

Redakteur Genosse E r d b e l führt an, daß er sich im allgemeinen mit den Ausführungen des Referenten bis auf einige unwesentliche Punkte einverstanden erklären könne. So ist er im Gegensatz zum Genossen Heine der Meinung, daß es uns nicht gleichgültig sein kann, welche religiösen Entschaltungen in den Gewerkschaften vorherrschen. Im übrigen vertritt Redner seinen bekannten, in mehreren Versammlungen dargelegten Standpunkt, wonach auch in den Gewerkschaften beständig agitatorisch und organisatorisch für die Sozialdemokratie gewirkt werden müsse.

In der weiteren Diskussion polemisierten zwei Genossen vom Buchdrucker-Verband gegen die über die Buchdrucker-Organisation gemachten Ausführungen, während ein anderes Mitglied des Verbands den Ausführungen des Genossen Strödel vollständig beipflichtete und auch die Kritik in der Parteipresse als zutreffend bezeichnete.

In seinem Schlusswort kritisierte Genosse Heine die Polemik der Buchdrucker unter einander und gegen die Sozialdemokratie. Gegen die Ausführungen des Genossen Strödel bemerkte er, daß es eine praktische Arbeitsteilung sei, die Gewerkschaften nicht zugleich zu Bildungs- und Wohlfahrtsvereinen zu machen. Um etwas zu erreichen, müsse man sich konzentrieren und nicht alles auf einmal thun wollen.

In der Versammlung des Arbeitervertreter-Vereins, welche am Donnerstag, den 7. d. M. bei Busse stattfand, referierte Herr Simonowitsch über die Pflichten und Rechte der Weisiger der unteren Verwaltungsbehörde der Landes-Versicherungsanstalten, nachdem in einer vorhergehenden Versammlung die Funktion der Schiedsgerichtsbeisitzer klar gestellt worden war. Redner führte aus, es sei insofern ein wesentlicher Unterschied zwischen diesen beiden Körperschaften, als erstere nur vorbereitende, letztere aber beschließende Behörden seien. Die Weisiger der unteren Verwaltungsbehörden haben über Anträge auf Rentenbewilligung, über Entziehung, Einstellung und Uebernahme des Heilverfahrens zu beraten, sie können Zeugen und Sachverständige vernehmen, aber dieselben nicht vereidigen und muß das Resultat dem Vorstand vorgelegt werden, wohingegen das Schiedsgericht selbständig handelt und seine Zeugen und Sachverständigen vereidigen kann. Im weiteren erläuterte der Redner noch die sieben verschiedenen Pflichten der Weisiger und gibt zugleich bekannt, welche Vorgehensweise zu jeder Kategorie die Antragsteller beizubringen haben. Zum zweiten Punkt referierte Kollege Dähne über amtliche Nachrichten und verliest ein Rundschreiben, welches vom Reichs-Versicherungsamt infolge einer Beschwerde, welche seitens einer Anstalt eingegangen war, betrefend der Verwendung von Geldern erlassen wurde. Dem Reichs-Versicherungsamt sei nach dem neuen Gesetz eine große Macht eingeräumt, um die Verwendung von Geldern zu verhindern, wenn sie nach seiner Ansicht zu unredlich verwendet werden. Redner hält diesen Zustand für unhaltbar und ist der Ansicht, daß die betreffenden Faktoren der Landes-Versicherungsanstalt Berlin alles aufbieten werden, um dagegen Front zu machen. In „Verschiedenem“ giebt der Vorsitzende bekannt, daß im Verlage des „Vorwärts“ ein kleines Buch erschienen ist, welches als Führer durch das Invalidenversicherungsgesetz jedem Arbeiter zu empfehlen sei und wird der Verein es sich zur Aufgabe machen, dasselbe so viel als möglich zu verbreiten. Ferner wurde noch ein Antrag gestellt, der Verein möge in Zukunft seine Versammlungen im Gewerkschaftshause abhalten und wird der Vorstand beauftragt, die Sache in die Wege zu leiten und in der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten, wo dann die Beschlussfassung stattfindet.

Der Verband der Müchelpolsterer hielt am 11. Juni eine außerordentliche Generalversammlung ab. Im Namen der Revisoren erstattete Kollege Herman Krumbolz den Bericht der Streit-Kommission. Danach betragen die Einnahmen zum Streit 37 215,51 M., die Ausgaben für Unterhaltung 32 730.— M., Entschädigung an die Kommission 450.— M., Druckkosten 106.— M., diverse Ausgaben 61,65 M. An den Hauptassessor zurück 3831,88 M. Nach Ueberweisung eines kleinen Monitoras wurde der Streitkommission Decharge erteilt. Auf Antrag des Kollegen Heinrich Schulz I beschließt die Versammlung, dem § 4 des Streitreglements, Absatz 1 folgende Fassung zu geben:

Bei Streiks, Aussperrungen oder Maßregelungen kann den Mitgliedern Unterstützung gewährt werden; die Höhe derselben beträgt für Mitglieder, die länger als 52 Wochen dem Verband angehören, 8 M., bei einer Mitgliedschaft von mehr als 13 Wochen 2 M., unter 13 Wochen 1 M. pro Arbeitstag, bis zur Dauer von 36 Arbeitstagen.

Im weiteren beschließt die Versammlung, zur Tilgung der Streitschulden pro Mitglied 10 M. zu zahlen und setzt als den äußersten Termin den 1. Oktober fest.

Der Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen (Zentrale Berlin) tagte am Dienstag, den 12. Juni, in den Arenahallen, Kommandantenstr. 20. Vor Eintritt in die Tagesordnung ergriff die Versammlung das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Jakob in der üblichen Weise. Hierauf trat man in den ersten Punkt der Tagesordnung, Statutenänderung und event. zu stellende Anträge an den am 22. August in Halle a. S. stattfindenden Verbandstag ein. Der Bevollmächtigte Ritter gab in kurzen Zügen ein Bild der Entwicklung der Organisation und brachte hierauf namens der Ortsverwaltung folgende Anträge, welche eine Aenderung des Statuts betreffen, ein: 1. Statutarische Bestätigung der Gewährung von Nachschuß in solchen Streitigkeiten, in welche Mitglieder infolge ihrer Tätigkeit für den Verband geraten, sowie auch bei Verletzungen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung anlässlich von Lohnbewegungen; 2. daß den örtlichen Verwaltungen das Recht zusteht, da wo es sich aus tatsächlichen und agitorischen Gründen notwendig macht, Unterkommissionen für einzelne Branchen zu bilden, wozu die Genehmigung einer Zweidrittel-Majorität erforderlich sein soll, sowie 3. Erhöhung der am Ort zurückbleibenden Procente; bei Filialen von 300—1200 Mitgliedern um weitere 5 Proz. und bei Filialen von mehr als 1200 Mitgliedern um 10 Prozent, behufs Bestreitung der Kosten für örtliche Agitation. Nach eingehender Diskussion wurden diese Anträge von der Versammlung einstimmig angenommen. Ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag, welcher die Erhöhung der Beiträge verlangte, wurde nach längerem Hin- und Wiber gegen einige Stimmen abgelehnt; ebenso ein weiterer Antrag, welcher besagte, den Verbandstag nur alle drei Jahre stattfinden zu lassen. Von der Entsendung der Filiale Berlin auszusenden acht Delegierten nahm die Versammlung aus finanziellen Gründen Abstand und beschloß, deren sechs zu entsenden; bei der vorgenommenen Wahl wurden die Kollegen Bohm, Haase, Ritter, Risch, Stodoy und Zel Grünberg gewählt.

Im sozialdemokratischen Verein „Vorwärts“ zu Rixdorf sprach am 12. d. M. Reichstags-Abgeordneter Genosse Seifert über „Politische Tagesfragen“. Derselbe unterzog in seinen Ausführungen die Mehrheitsparteien des Reichstags in Bezug auf ihre Haltung bei der Klotzenvorlage einer scharfen Kritik. Nachdem Redner dann noch zur fleißigen Aufklärungsarbeit in geeigneten Kreisen, über die Ziele der Sozialdemokratie aufgefordert hatte, schloß er seinen interessanten Vortrag. — Nach Ueberweisung einiger Vereinsangelegenheiten fand die Versammlung ihren Schluß.

Tischlerverein. Heute abend 8 1/2 Uhr, Reichsstr. 15: Versammlung. Niggen. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 5, 29, Hamburg). Filiale Berlin 5. Sonnabend, den 10. Juni, abends 8 Uhr, bei Koplin, Vorfrühlingstr. 68: Wahl der Ortsverwaltung. — Filiale Charlottenburg. Sonnabend, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Leber, Bismarckstr. 74: Mitglieder-Versammlung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 17. Juni, vorm. 8 1/2 Uhr, im oberen Saal des Englischen Gartens, Alexanderstr. 27a: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls Vortrag des Herrn Wilhelm Böllke: „Das Weltgericht“. Ehre, Tamen und Herren, sehr willkommen. Montag, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, ebenfalls: Beschließende Versammlung. Vereinsnachrichten.

Vermischtes.

Ein Mordversuch und Selbstmord wurde in einer Restauration in Sendburg von dem aus Berlin zugereisten Fleischer Willy Volle verübt. Mit der Kellnerin der Restauration hatte Volle bereits seit einiger Zeit in Berlin Liebesbeziehungen angeknüpft, für die er aber wenig Gegenliebe fand. Von Eifersucht geplagt, hat Volle schon in Berlin die Kellnerin mit Erschrecken bedroht. Ihres Lebens nicht mehr sicher, reiste sie nach Eiting in Stellung, wo Volle sie aufzufinden suchte, um nochmals seine Liebesanträge zu machen. Um vor weiterer Verleumdung ganz sicher zu sein, reiste sie nach Sendburg. Aber Volle wußte sie auch in dieser Stadt aufzufinden. Nach einem kurzen Wortwechsel mit der Kellnerin feuerte er auf sie drei Schüsse aus einem Revolver ab. Alle Schüsse trafen, doch waren die Verletzungen nicht lebensgefährlich. Als Hilfe kam, schoß sich Volle eine Kugel in die Schläfe und gleich darauf, da der Schuß nicht tödlich wirkte, noch eine Kugel in den Mund. Auch diese Verletzungen waren nicht lebensgefährlich. Der Attentäter ist verhaftet.

Die man aus Emden berichtet, ist der Heringsfang jetzt wieder in vollem Umfang aufgenommen worden. Am 13. d. M. haben die letzten Schiffe den Hafen verlassen. Es sind in diesem Jahre 65 Ender Logger im Heringsfang thätig, eine Zahl, die selbst zur Zeit der höchsten Blüte der Stadt, im 17. Jahrhundert, nicht erreicht worden ist; die Fahrzeuge gehen auf der ersten Reize weit in die Nordsee hinein, bis in die Räge der Orknay-Inseln, wo sich regelmäßig die ersten Heringszüge zeigen. Die ersten Schiffe werden Ende dieses Monats zurück erwartet.

Aus Lüneburg berichtet über eine Mordthat in der Straßanstalt am Kalkberge das „Lüneb. Tagebl.“: Auf einer Lazarettstube der Strafanstalt befanden sich seit kurzer Zeit drei Straflinge, welche mehr oder weniger Simulanten waren, und sich jedenfalls in die Krankenstation haben bringen lassen, um einen längst gefaßten verbrecherischen Plan zur Ausführung zu bringen. Dieser Plan bestand in der Erzwingung der Freiheit, selbst um den Preis der Ermordung des Nachtbeamten, dem sie die Schlüssel abnehmen und so ins Freie gelangen wollten. Auf dem Lazarett befand sich auch die Zelle eines Gefangenen, eines sich sehr gut fühlenden, fröhlichen Krankenwärters, der bei den Kranken zu erscheinen hatte, wenn diese ihn durch ein Klingelzeichen riefen. Diesen lockten die Unholde am Sonntagabend in die Stube, überfielen ihn, schlugen ihm das Kniebein ein, verstopften ihm mit

seiner Schärze den Mund und würgten ihn schließlich zu Tode. Dann legten sie die Leiche ins Bett und machten sich daran, ihren Mordplan auszuführen. Sie waren aus der Zelle auf den Korridor getreten und es gelang ihnen auch, das eine Ende an der Korridorthür befindliche Schloß zu zerbrechen, aber an dem äußeren schließerte ihr Bemühen. Sie wurden schließlich am andern Morgen überführt. Der Ermordete hatte nur noch kurze Zeit seiner Strafkast zu verbleiben.

Die Pariser Stadtbahn hat nunmehr in der vergangenen Woche eine Teileröffnung erfahren. Die Betriebsleiter Roederer und Veil führen mit einigen andern Herren in einem Zug, der aus einem Motorwagen und einem Personenzug besteht, von Vincennes bis zu Bastille mit einer Schnelligkeit von 65 Kilometer. Diese Eröffnungsfahrt war nur ein erster Versuch, dem mehrere andere folgen werden, um die Maschinenführer einzuarbeiten, ehe die Stadtbahn dem Publikum eröffnet wird. Das zum Betrieb nötige Material ist noch nicht ganz abgeliefert. Nach Maßgabe seines Eintrages soll der Betrieb stufenweise eröffnet werden, von Vincennes nach der Bastille, dann von der Bastille nach St. Paul, nach dem Hotel de Ville usw. Man wird, wie Pariser Blätter nun schon etwas resigniert sagen, wohl in einem Monat bis zum großen Ebor der Ausstellung auf dem Marsfeld gelangen können. Die Pariser Stadtbahn sollte ursprünglich bis zur Weltausstellung fertig sein.

Marktpreise von Berlin am 14. Juni 1900

nach Ermittlungen des Igl. Volksgesundheitsamts.

| | | | | | |
|-----------------------|-------|-------|------------------------|-----------|------|
| *) Weizen, gut D. Gr. | 13,40 | 15,38 | Rostfeln, neue, D. Gr. | 8,— | 6,— |
| mittel | 15,36 | 15,34 | Kleinfeln, neue 1 kg | 1,00 | 1,20 |
| gering | 15,32 | 15,30 | do. Bund | 1,20 | 1,— |
| *) Roggen, gut | 15,20 | 15,12 | Schweinefleisch | 1,60 | 1,— |
| mittel | 15,24 | 15,16 | Rindfleisch | 1,60 | 1,— |
| gering | 15,08 | 15,— | Hammelfleisch | 1,60 | 1,— |
| †) Gerst, gut | 14,70 | 14,20 | Butter | 2,40 | 1,80 |
| mittel | 14,16 | 13,90 | Eier | 60 Stk | 3,00 |
| gering | 13,50 | 13,10 | Kartoffeln | 1 kg | 1,50 |
| †) Hafer, gut | 14,70 | 13,10 | Wale | — | 2,80 |
| mittel | 13,— | 14,40 | Hander | — | 2,60 |
| gering | 14,30 | 13,80 | Gerste | — | 2,40 |
| Rübsaat | 7,32 | 6,82 | Bartha | — | 1,00 |
| den | 9,80 | 6,50 | Schwie | — | 1,20 |
| Grün | 10,— | 25,— | Viehe | — | 1,40 |
| Zweckweizen | 45,— | 20,— | Arbeits | per Eshol | 15,— |
| Weizen | 70,— | 30,— | | | |

*) auf Waage. †) frei Waage und ab Waage.

Produktmarkt vom 15. Juni. Getreide. Das Geschäft blieb heute außerordentlich ruhig, ohne daß dadurch die Preise wesentlich zu leiden hatten. Nur Weizen war durch Amerika etwas unruhig beeinflusst, obwohl die Nachrichten auf eine gute Ernte in den Vereinigten Staaten, welche in New York und Chicago preisdrückend wirkten, mit hier vorliegenden Privatberichten im Widerspruch standen. Am Getreidemarkt waren Offerten für prompte Ware reichlich vorhanden und behaupteten ihre Preise, obwohl Käufer fehlten. Lieferungen zeigten mittags bei fast totem Geschäft keine ausgeprägte Tendenz. Weizen war aus oben erwähnten Anlaß 0,50 M. billiger zu haben. Roggen lag gut behauptet. Von Futterartikeln war russischer Hafer billiger offeriert, auch inländische Ware auf reichlich vorhandenem Material eher etwas schwächer, doch scheint dies, da von den Provinzen kein weiteres Angebot vorlag, nur vorübergehend zu sein. Mais war sehr fest, loco 1/2, bis 2 M. höher, per nächste Woche ca. 4 M. unter Locopreis. Mais auf fortgesetzte Gasse in Paris 0,50 Mark weiter anziehend.

Spiritus loco unverändert.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

P. Z., Gornsdorferstr. Ihre Ausführungen decken sich mit der gestrigen von uns abgedruckten Ansicht.

G. 31. Ihre Kritik ist etwas unter dem normalen; bei tieferer Abkühlung müßte daselbe 87 Centimeter betragen. S. 1/2 heißt: Schicksal normal.

Genosse. Es scheiden für Wöhne gewerkschaftlicher Arbeiter — auch für Pflanzener — keine Taxen. Die Höhe des Lohns unterliegt freier Vereinbarung. Ist keine Vereinbarung getroffen, so ist der in der betreffenden Branche übliche Lohn als Vergütung zu zahlen. — Höhen-Schneehausen. Berlin gehört geographisch zu der Provinz Brandenburg, nicht aber in Verwaltungsgemeinschaft. Berlin bildet einen eignen Verwaltungsbereich für sich; dem Volksgesundheitsamt sollen die Befugnisse zu, die sonst einem Regierungspräsidenten obliegen. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg ist Beschwerdeinstanz; ihm liegen ferner auch richterlich Berlin's Befugnisse zu, die sonst dem Oberpräsidenten einer Provinz zustehen. — Oskar Dies. Sie können den Weg der Beschwerde und der Klage beim Kreislandtag beschreiten. — R. 10. Ja. — H. V. Rein.

Briefkasten der Expedition.

Metallarbeiter-Str. R. 7. 5,00 M.

Witterungsüberblick vom 15. Juni 1900, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | |
|------------|-------------------|--------------|------------|---------|-----------|-------------------|--------------|------------|--------|---------|
| Lüneburg | 761 | SW | 4 | bedeckt | 18 | Wuppertal | 768 | SW | 4 | wolkig |
| Darmstadt | 764 | W | 4 | bed. | 15 | Petersburg | — | — | — | 10 |
| Berlin | 763 | SW | 4 | bedeckt | 14 | Sof | 750 | SW | 5 | bedeckt |
| Frankf. M. | 767 | SW | 2 | bed. | 18 | Aberdeen | 761 | 0 | 2 | wolkig |
| München | 768 | SW | 3 | bedeckt | 16 | Paris | 717 | SW | 2 | bedeckt |
| Wien | 765 | W | 3 | wolkig | 13 | | | | | |

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 16. Juni 1900.

Ein wenig wärmer, teils heiter, teils wolkig, mit etwas Regen und unruhigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

en gros Schneldermeister en detail 40502*
Dresdenerstraße 4, am Rottbuser Thor.

Frühjahrs- und Sommer-Valerots von Mt. 13,50 an
Jackett-Anzüge . . von Mt. 15 an | Radfahrer-Anzüge von Mt. 11 an
Koch-Anzüge 23 | Jünglings-Anzüge . . . 12 an

Cachemir- und Lüste-Jacketts von Mt. 2,— an
Wash-Anzüge und Blusen für Knaben von Mt. 1,— an
Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig angefertigt.

Streng feste Preise.

„Zenfelssee“ In den Wäggelbergen. „Marientlust“.

Inh.: C. Streichhahn, Besitzer des Kaiserhofs, Ropitz.
Empfehle beide Lokale mit großen Sälen und Gärten, jedes circa 3000 Personen fassend, mit Dampferbrücken, Stallungen für 40 Pferde, Volkseinfassungen aller Art.

Zu Vereins-Dampferpartien

empfehle den geehrten Vereinen, Gesellschaften, Fabriken, Schulen etc. meine eleganten, 300 Pers. fassenden Calceudampfer unter coul. Beding. P. Bauer, Friedrichshagen, Cesterstr. 3b.

Laabs

Elsasserstr. 39.
Behandl. aller Haut-, Horn- und Vascularleiden ohne schädliche Mittel u. Gifte.
Sprechl.: 9—2 6—9.
Freitag und Sonntag nur 9—2.
Besuchbar durch Ermäßigung.

Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teils wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7. Bei großen Raten Kassapreis.

Reinholden. „Baby“, Reinholdenborferstraße 24. Teilszahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreis.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 16. Juni.
Schauspielhaus. Fremdlinge. Im Eisenhaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroß). Der Mikado. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Probenandibat. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Daisy (A runaway girl). Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die deutschen Kleinfäden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reißens. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Fittlerwachen. Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Obersteiger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. (Morwitz-Oper.) Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Berlin nach Elf. Anfang 8 Uhr.
Carl Weh. Am Spielplatz des Lebens. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Sündige Liebe. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtisches. Cavalleria rusticana. Heimat. Der Teufelsdröckel. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Belle Alliance. (Internationale Urania.) Bis ans Ende der Welt. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Venus auf Erden. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vahage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Jubalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Laudenstraße 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): „Von den Alpen zum Vesuv“.

Schiller-Theater

(Wahner-Theater).
Morwitz-Oper.
Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr: (Bei hellem und ermäßigtem Preis) Der Freischütz.
Romantische Oper in 3 Aufzügen von C. W. Weber.
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr: Die beiden Schützen.
Montag, abends 7 1/2 Uhr: Amalia oder Ein Maskenball.

Central-Theater

Sensationeller Lachserfolg!
Berlin nach Elf.
Dr. Polke in glänzender Ausstattung. Die sensationellen Schläger: Eisenbahn-Quartett! Cordula! Anfang der Parfums.
(Blühendes Ballett.)
Morgen und folgende Tage: Berlin nach Elf.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstraße 132.
Täglich:
Am Spielplatz des Lebens.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Im Garten: Spezialitäten-Theater und Konzert. Neues Juni-Programm. 25 tolleste Nummern Anf. 5 1/2 Uhr. Heute: Gr. Sommerachtsfest.

Apollo-Theater.

Um 9 Uhr:
Mit sensationellem Erfolg:
Venus auf Erden.
Bermer:
Iben Obed — Frères Hoste.
Neu! Bernhard Mörbig. Neu!
Brothers Morelli — Eva Goller.
Krüger u. Kirsten.
Kosmograph.
Anfang 8 Uhr.

Victoria-Theater.

Hieronderplatz.
Sündige Liebe.
Sünderdrama in 4 Akte v. A. Steinmann.
!! Keine Preise!!
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci

Kottbusserstr. 4a.
Im prachtvollen
Natur-Garten
Jeden Sonntag u. Donner-
tag humorist. Solire der
„Norddeutschen
Quartett-Sänger“
Olms, Gahnblay, Waldor zc.
Anfang Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Donner-
tag 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag u. Sonntag im gr. Saal
Tanzkränzen.
Tanz frei!
Donnerstags haben die im Winter
ausgegebenen Vereinsbillets u. Posse-
partouts Gültigkeit.
Die Kaffeelücke ist von 2 Uhr an geöffnet.
48221*
Säle und Garten zu Festlichkeiten.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv“.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Magische Wunder-
Vorstellungen.
!! Eine sensationelle Neuheit!!
Neu!
Rumänische Original-
Konzert-Gesellschaft
„Senescu“.
Die Helden des
Transvaal-Kriegs.

Passage-Panopticum.

Als Neuvermählte
empfehlen sich
Die Riesen
Oswald Balling
Alwine Balling
geb.: Hee-Son.
Gratulationscour:
10 Uhr früh bis 10 Uhr abends.

Metropol-Theater.

Täglich 9 Uhr 10 Min.:
Der Zauberer am Nil.
Burladete Lusthaltungs-Operette
mit dem feinsten hochoriginellen
Mumien-Ballett.
Vorher:
Mizi-Gizi
und das brillante
Juni-Spezialitäten-Programm
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Deutsche Konzert-Hallen

Stadtbahnhof Börse.
Täglich:
Grosse Theater- und Variété-
Vorstellung.
Die humoristischen Hübich, Groch,
Zimmermann, Garisch, Venari.
Heute und folgende Tage:
Odysseus Heimkehr.
Burladete von Oskar Wagner. Musik
von Fritz Krause. (48592*)

Halensee.

Sommer-
Theater „Kurfürstenpark“
Ludwig Kluge.
Artif. Leitung: Direktor Oskar Wagner.
Heute und folgende Tage:
Odysseus Heimkehr.
Burladete von Oskar Wagner. Musik
von Fritz Krause. (48592*)

Im Zoologischen Garten

Ausstellung unsrer neuesten Landsloute:
SAMOANER
Samoanisch. Dorf im Kranze grüner Palmen.
Eingeborene aus Samoa: Männer, Frauen,
Kinder. Häuptlinge. Dorfjungfrau.
Krieger in vollem Kriegsschmuck.
Hochinteressante, einzig in der Welt
dastehende Vorstellungen!
Grosse ethnologische Sammlung!
Geöffnet v. 9-12 u. 3-8 Uhr. Vorstellungen:
11, 3 1/2, 5, 6 1/2 Uhr. Einlagen nach Bedarf;
an Sonntagen häufiger.
Entree direkt in die Ausstellung, ohne den
Besuch des Zool. Gartens. Eingang an der
Stadtbahn: 50 Pf., Kinder 25 Pf. Besucher
des Zool. Gartens zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.

Schweizer-Garten.

Am Königshor. — Am Friedrichshain.
Täglich: Konzert, Theater,
Spezialitäten-Vorstellung und Ball.
Vollbesetzungen aller Art.
Anfang 4 resp. 5 Uhr. — Entree 30 Pfennig.
Jeden Abend
10 Uhr: „Es ist erreicht.“
Gesangsvorstellung mit Tanz
und Evolutionen.

Max Klem's Sommer-Theater

Gartenstraße 13-15.
Artifizielle Leitung: Paul Milbits.
Täglich: Gr. Doppel-Konzert, Theater u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Hübich-Troupe — Brothers Waldorf — Mih Ella — Mr. Alphonse
— Karl Kramer — Minna Schön (erstaunliche Spezialitäten).
Jeden Montag: Sommerfest. — Mittwoch: Die beliebtesten
Kinderfeste. — Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeelücke ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.
2 hochlegante Regalbahnen, Würfelbuden, Rondorei, Blumenhand zc.
Sonntag, Montag und Donnerstag: Familien-Kränzchen.
Max Klem.

Etablissement „See-Terrasse“

Röderstrasse 6, zwischen Landsb. Allee (Steuerhaus) und Lichtenberg.
Grösstes und vornehmstes Sommer-Etablissement Berlins.
Erstrangige Konzerte.
Gondel-Korso auf dem herrlichen 3/4 Morgen grossen See.
Variété-Theater. * 4 grosse Kegelbahnen.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Grosses Tanz-Kränzchen.
Aussichtsturm. Kinder-Sportplatz. Familien-Kaffeeküche.
Entree (Wochentags frei!!
Sonntags 10 Pfg.) Kinder
(an Feuerwerktagen 20 frei.)
Den pt. grösseren Vereinen steht unser Riesen-Etablissement unentgeltlich zur gef. Verfügung.



Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7-9.
Täglich: Der wilde Jäger.
rom. Sage u. Gesang u. Tanz in 4 Akte.
v. Hugo Schulz, Musik v. K. Kerker. —
Ballett und Leitung v. Ballettmeisterin
Hel. Döring. — Aufzügen v. Centurio-
Gonfaloniere, Rollo, Bardi, Grotesque-
Quintetten, Gebr. Alardo, Tamara-
Quartett, Ueberle-Truppe, Akrobaten,
Brothers Lehrs, Perche-Akrobaten, Fred
u. Max, Chinesen, The Greenwood,
Bantomime: „Die musik. Schmelde“ —
Konzert. — Im Saale: Ball. Anfang
4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter
Platz 50 Pf. Kalbo.

Puhlmanns Vaudeville-Theater.

Schönhauser-Allee 148.
Kastanien-Allee 97-99.
Täglich:
Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Künstler I. Rang. — Im
renovierten Saale: Großer
Ball. — Anfang 4 Uhr.
Lehmann.

Victoria-Brauerei.

Lützowstr. 111/112.
Im Garten oder Saal
Täglich:
Norddeutsche
Sänger
(Führmann,
Gorch, Walde).
Anfang: Son-
tag 7, Wochen-
tag 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Familien-Billets 3 Stück 1 M.
Wend nur in der Woche gültig.
Sonntag und Donnerstags:
Tanzkränzen.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 10.
Täglich:
Theater und Spezialitäten-
Vorstellung.
Hunderttausend Mark
Poffe mit Gelang in 1 Akt
von E. Braune. Musik von Tiele.
Neu! Grüne Jungs. Neu!
Operetten-Poffe in 1 Akt von Leopold
G. L. Musik von Victor Holländer.
Im Saal: Großer Ball.

Achtung! Brauer. Achtung!

Gemäss dem Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 8. April bei
Dr. K. Reue Friedrichstr. 35, veröffentlicht wir diejenigen, dem „Verein der
Brauereien Berlins und Umgegend“ nicht angehörigen Brauereien, welche
die Forderungen der Pflanz-Kommission nicht anerkennen haben: Brauerei
Bühlendorf; Pilsener Brauhaus, Veteranenstraße; Brauerei
King u. Comp., Altien-Gesellschaft.
Die Fünfer-Kommission.
F. K.: L. Hodapp, Weisensee, Wörthstr. 13.

Bethges Konzert-Park

Haltestelle Britz, Chausseestr. 39 Haltestelle
der Straßenbahn. Sonntag, den 17. Juni 1900:
Grosses Arbeiter-Sommerfest
unter Mitwirkung
des Musikvereins „Hoffnung“ Berlin, der Gesangsvereine „Arbeiter-Gesang-
verein Britz“, „Karlshaus-Kammersänger Männerchor“, „Kreuzberger Harmonie“
W. d. K. S. B.
und Mitgliedern der „Freien Turnerschaft Rixdorf-Britz“ (W. d. K. S. B.)
Im Saale: Grosser Ball.
Bei eintretender Dunkelheit: Kinder-Fadel-Volantse, wozu jedes Kind
eine Stocklaterne gratis erhält. — Brillant-Feuerwerk. 203/9
Die Kaffeelücke ist von 2 Uhr an geöffnet.
Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf. Das Komitee.

Belle-Alliance-Theater.

Im herrlichen Sommergarten:
Grosses Militär-Doppel-Konzert.
Spezialitäten-Vorst. I. Rang. —
!! Sensationelle Neuheit!!
Am Märchenwalde.
(Elektrischer Feuerball).
Anf. 8 Uhr. Eintritt 75 Pf. Ende 11 Uhr.
NB. Bei ungenügender Witterung
findet die Spezialitäten-Vorstellung
im Theater statt.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Waldschloss Schöneiche.

20 Minuten vom Bahnhof Rixdorf,
an Wald und Wasser gelegen, herr-
licher Aufenthalt, gute Speisen und
Getränke. Großer Tanzsaal zc.
Es ladet ein
Th. Hüpenbecker,
Restauranteur.

Restaurant „Wilhelmshof“, Hirschgarten.

Am Bahnhof Hirschgarten. Inh. W. Keller.
Empfehle den Vereinen und Gesellschaften meinen schönen schattigen
Garten, ca. 2000 Personen fassend, großen Saal, Kegelbahnen, Kaffee-
kette, beste Biere u. Speisen zu jeder Tageszeit. Volksbelustigungen.
Auch zu erreichen Abend v. Bahnhofstraße, Kaiser Wilhelmstraße,
Studenrauchstraße (neue Straße nach Friedrichsh.) Radfahrer Pumpstation.
46732*

Köpenick. Restaurant am Schweizergarten.

Lindenstrasse 4 (an der Rummelsburger Chaussee).
Empfehle mein schön gelegenes Sommerlokal mit Garten, großen Saal,
1000 Personen fassend, Gesellschaftszimmer, Hallen, verdeckte Kegelbahnen,
Volksbelustigungen aller Art. Familien können Kaffee trinken.
Für Krempelpartien sehr geeignet. Stallung für ca. 50 Pferde vorhanden.
Gegründet W. Gaerisch.
46732*

Restaurant Pferdebusch b. Köpenick

20 Minuten Waldweg. Von Berlin per Fuhrwerk über Rixdorf in
1 Stunde zu erreichen.) Herrlich im Landwald gelegen, bietet es Vereinen
und Gesellschaften einen angenehmen Aufenthalt. 100 Morgen Spielplätze,
2 Kegelbahnen, Kaffeeküche, großer Tanzsaal und Hallen für ca. 1000 Personen.
Neu erbaute Stallungen für 60-80 Pferde. 46742*
Gute Speisen und Getränke. Gute Preise.
Regem Besuch steht entgegen hochachtungsvoll Wilhelm Bräsewitz.

In dem Möbel- und Polsterwaren-Magazin

von
Wilhelm Müller, Gericht-Strasse Nr. 10, am Hohplatz,
laufen Sie
komplette bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen,
sowie einzelne Möbel, Polsterwaren und Teppiche zu nicht
erhöhten Preisen auch auf Teilzahlung. 46332*

Kufeke's

Von AUTORITÄTEN empfohlen
BESTES im GEBRAUCH billigstes
Kindermehl.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
71 Ruderbojer Straße 71
an Rixdiner Platz.
Täglich Konzert, Theater-
und Spezialitäten-Vorstellung.
Nur erstklassige Nummern.
Anf.: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf.
Kinder 10 Pf. Sperrig Nachzahl. 20 Pf.
Anf.: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf.
Kinder 10 Pf. Sperrig Nachzahl. 10 Pf.
Hermann Imbs, Direktor.

Etablissement „Südost“

Waldemarstr. 75. (4605L*)
Wochentags abends u. Sonntags
im Juni, Juli zu vergeben.

G. Jannasch's (früh. Paster)

Gesellschafts-Säle, Anfänger. 10.
empfehle Vereinstheater und Saal
zu öffentlichen Versammlungen. Jeden
Sonntag: Ball! 45162*

Strand-Restaurant am Müggelsee

zwischen Müggelsee u. Müschelstörm.
Empfehle Fabriken, Vereinen und
Korporationen für Sommervergnügen
u. Nachhage mein großartig gelegenes
Lokal. Saal für ca. 3000 Personen,
Hallen, genügende Nebenräume.
Belustigungen aller Art. Constante
Preise. W. Tegebrot.
45902* „Strandclub“, Köpenick.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Am 14. d. M. ist der Romanen,
Zimmerer 14240
Carl Neuendorf
verstorben. Die Beerdigung findet
Sonntagmittags 4 Uhr auf dem
Kaiserhof-Kirchhof statt. Der Trauer-
zug geht vom Trauerhause
Reinickendorferstr. 37b aus in Be-
wegung. Um pünktliches und zahl-
reiches Erscheinen bittet 1845
Der Vorstand.

Berein d. Maschinisten, Heizer und Berufsangehörigen Berlins und Umgegend.

Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 12. d. M. ist
unser Kollege 139/11

Karl Meurer

verstorben. Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. d. M., nach-
mittags 6 Uhr, von der Leichenhalle
des Heiligen Kreuzkirchhofs in Pren-
slau aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Am 14. d. M. verschied nach langem
schweren Leiden in Erfurt, wo die
Bemerkung machte, meine innigst ge-
liebte Frau, unsere gute Mutter,
Schwieger- und Großmutter

Agnes Stahl geb. Köhrbrück

im 50. Lebensjahr. Die Beerdigung
findet Sonntag, den 17. d. M., in
Erfurt statt. 14735
Franz Stahl, Berlin, Grunowstr. 1,
Port. II, im Namen der Hinterbliebenen.

Ernst Krause

am 14. Juni gestorben ist. Die Be-
erdigung findet Sonntag, den 17. d. M.,
nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle
des Rummelsburger Kirchhofs aus
statt. Die Mitglieder
der deutschen Wagenbauerkasse,
Filiale Rummelsburg.

Danksagung.

Für die liebevollen Beweise herz-
licher Teilnahme und für die über-
aus zahlreichen herrlichen Kranz-
spenden anlässlich der Beerdigung
meines lieben Sohnes, unseres bergs-
guten Bruders und Enkels 14765
Karl Dobrich
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, insbesondere dem
Personal der Firma Deiters, sowie
dem Gesangsverein „Eintracht“ unsern
tieftgefühltesten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Natur-Heilverfahren.

Haut-, Genu- u. Blasenleiden,
Frauen-Krankheit, hell über
ohne Berufshörung. (39782*)
R. Wagner, (fr. Wallstraße 23.)
9-2, 5-9, Sonntags 9-2.

Für 30 Mark

fertige hochfeine Anzüge nach Maß. Für
30 Mk. fertige feine Sommer-Valen-
ten nach Maß. Riesenstofflager
Krausenstr. 14. I (fein Laden).

Schultze,

Wasserthorstr. 1/2, I.
Behandlung aller Haut-,
Genu- und Blasenleiden ohne
jegliche Berufshörung. 3973L*
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.
Donnerstagsvormittag keine
Sprechstunde.
Bei Vorlegung der
Verbandskarte 10 Proz.

Schenke 100 Mk.

dem, der mir eine größere Freiheit
nachweise, welche unter gleich günstigen
Konditionen gleich taufelreie ist z.
Herrn. Kaffeepreis 130 Mk. Romanen-
raten von 15 Mk. an. 14856
Fahrrad-Versand
Berlin N., Hochstädterstr. 5.

Ungeziefer

aller Art, als Wanzen, Schwaben,
Flöhe, Fliegen, Ameisen, Käufe zc.
vertilgt
man absolut sicher u. schnell durch
Noas unerreichte Spezialmittel u.
umsonst

Max Noa, Berlin N.

Reinickendorferstr. 48.
Berlin in Berlin frei Haus.
60 Mark: Gebrauch-
mischer
40 Mark:
Gefamtpreis.) Eigne Waarenverteilung,
direkt. Berlin, Patentur Horn,
Kautz & Co., Delpiggestr. 92. (46322*)

Patentanmeld.

60 Mark: Gebrauch-
mischer
40 Mark:
Gefamtpreis.) Eigne Waarenverteilung,
direkt. Berlin, Patentur Horn,
Kautz & Co., Delpiggestr. 92. (46322*)

Osterreichischer Gewerkschaftskongress.

Wien, 14. Juni.

Der Kongress hat sich heute hauptsächlich mit der Frage der Streiks befaßt. Das Referat erstattete Genosse Boer, der erklärte, es müsse mit der Auffassung gebrochen werden, daß jede Organisation bei einem Streik sofort an die Hilfe der gesamten Arbeiterschaft appelliere. Als Grund dafür müsse angegeben werden, daß jeder Streik zunächst mit den eigenen Kräften der betreffenden Organisation geführt werden müsse. Nur bei größeren Streiks und bei solchen, die allgemeine Bedeutung haben, dürfe die übrige Arbeiterschaft zu Hilfe gerufen werden. Die Hauptsache sei daher eine gefüllte Streikliste und eine gute Organisation. Der Redner will damit aber nicht sagen, daß Streiks, die mit elementarer Kraft ausbrechen, wie die Textilarbeiterstreiks in Brunn und Zwettau und der Riesenanstalt der Bergarbeiter Osterreichs, nicht unterstützt werden sollten. In solchen Fällen stehe das Interesse der gesamten Arbeiterschaft über der papierernen Verfassung, und es haben auch alle Organisationen anerkannt, daß die Gewerkschaftskommissionen vollauf im Recht war, als sie entgegen den Bestimmungen des Streikreglements jene Streiks unterstützte. Bei allen Streiks müsse man aber darauf sehen, daß die organisierten Genossen die Führung in der Hand behalten und namentlich beim Abschluß des Streiks dürfen man Konflikte mit der indifferenteren Masse nicht scheuen, sondern wenn man die Vermeidung eines Streiks für notwendig ansehe, müsse man den Mut haben, dies den Streikenden auch zu sagen.

Der Referent schlug im Namen der Gewerkschaftskommission ein verschärftes Streikreglement vor. Dasselbe enthält folgende Bestimmungen:

Die Organisationen haben für die Kosten ihrer Lohnkämpfe in erster Linie selbst aufzukommen. Die Unterstützung durch die Gesamtheit der organisierten Arbeiterschaft kann nur dann in Anspruch genommen werden, und soll nur dann eintreten, wenn es sich um Kämpfe handelt, an denen die Mehrzahl der Berufsangehörigen am Orte beteiligt sind, oder denen eine größere als lokale Bedeutung zukommt. Pflicht aller Organisationen ist es daher, durch Einführung von Widerstandsfonds mit entsprechend hohen regelmäßigen Beiträgen für die zu Lohnkämpfen erforderlichen Mittel zu sorgen. Bei Streiks von unorganisierten Arbeitern bleibt die Entscheidung über die Anerkennung und Unterstützung der Gewerkschaftskommission vorbehalten.

Jede Organisation hat von der Absicht, einen Streik zu beginnen oder einen Boykott zu verhängen, der Gewerkschaftskommission, der eigenen Zentralorganisation und in den Ländern, für die eine Landes-Gewerkschaftskommission besteht, auch dieser so bald als möglich, spätestens jedoch 14 Tage vor dem Beginn des Streiks oder Boykotts Mitteilung zu machen.

- Diese Anzeigen müssen enthalten:
- a) eine genaue Darlegung der Verhältnisse, die den Streik oder Boykott notwendig machen;
 - b) die aufzustellenden Forderungen;
 - c) die Zahl der Arbeiter — organisierte — unorganisierte — (getrennt nach Kategorien), die am Streik sich beteiligen wollen, sowie die Zahl der Verheirateten und deren Kinder;
 - d) in jedem Fall eine Darlegung der Verhältnisse in Bezug auf Arbeitszeit, Arbeitslohn etc.;
 - e) die Höhe des Widerstandsfonds;
 - f) eine Darlegung der andern für den Ausgang des Streiks wesentlichen Faktoren (geschäftliche Konjunktur usw.).

Auf Grund der Erhebungen und der Gutachten der betreffenden Zentralorganisation resp. der Landes-Gewerkschaftskommission hat die Gewerkschaftskommission zu beschließen, ob sie den Streik anerkennt oder nicht. Der Beschluß ist der Organisation sofort mitzuteilen. Streiks, die nicht gemäß den obigen Bestimmungen angemeldet wurden, verlieren schon dadurch jeden Anspruch auf Unterstützung. Ausgenommen hiervon sind nur Abwehrstreiks, die gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen oder gegen Angriffe auf die Organisation gerichtet sind.

In solche Abwehrstreiks darf erst dann eingetreten werden, wenn eine vorherige gütliche Beilegung des Konflikts nicht möglich war und der Verband der betreffenden Branche sich von der Unmöglichkeit einer solchen Beilegung überzeugt hat.

Mit Rücksicht darauf, daß Angriffe auf die Organisation oft nur den Zweck verfolgen, die Arbeiter in einen ausfichtslosen Kampf zu treiben, ist in solchen Fällen mit besonderer Vorsicht vorzugehen.

Die Mittel zur Unterstützung von Streiks durch die Gewerkschaftskommission werden ausbezahlt:

- a) mittels Sammellisten nur durch die Gewerkschaftskommission;
- b) durch von der Gewerkschaftskommission auszusprechende Streikumlagen;
- c) durch freiwillige Beiträge.

Die Streikumlagen dürfen von der Kommission jedoch nur mit Zustimmung der Majorität der Industriegruppen ausgeschrieben werden.

In der Debatte fanden diese Vorschläge im wesentlichen Zustimmung. Die Debatte drehte sich hauptsächlich um die Nichtanerkennung des Jägerndorfer Textilarbeiterstreiks und die Ausarbeitung einer Streiksteuer anlässlich des Brünner Streiks. Diese beiden Aktionen der Gewerkschaftskommission wurden von einigen Delegierten hart angegriffen, dagegen wurde der Art, wie die Kommission die Bestanden-Bewegung der Textilarbeiter durchgeführt hatte, allgemein großes Lob gezollt.

Das Streikreglement wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen.

Ueber Tarifvereinbarungen sprach der Delegierte der Buchbinder, Genosse Gräntwald. Die Buchbinder streben nämlich die Tarifvereinbarung mit den Unternehmern für ganz Osterreich an und haben tatsächlich bereits für Wien und Brunn eine solche geschlossen. Außerdem haben auch die Buchdruckerarbeiter seit Jahren einen derartigen Tarif, der in ganz Osterreich eingeführt ist. Infolge der Debatten, die in Deutschland über diese Frage geführt werden, verlangten die Buchbinder einen Beschluß des Kongresses, daß sie mit der Tarifvereinbarung den Boden des Klassenkampfes nicht verlassen. Es wurde folgende Resolution angenommen:

Der Kongress erklärt im Prinzip die Tarifgemeinschaften als die Anerkennung des Rechts der Arbeiterorganisation, auf den Preis der Ware Arbeit mitbestimmend zu wirken. Er erklärt jedoch weiter als die unbedingte Vorbedingung des Erfolges dieses Mittels zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen eine leistungsfähige Organisation, die auch die Macht hat, über die strengste Einhaltung der geschlossenen Vereinbarungen zu wachen. Schließlich beauftragt der Kongress die Kommission, über die Frage der Tarifvereinbarungen eingehende Erhebungen zu pflegen und die Beratung hierüber auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu stellen.

Der Vertreter der Brüger ezechischen Gewerkschaftskommission gab hierauf die Erklärung ab, diese schloge der Reichs-Gewerkschaftskommission vor, bei größeren Streiks, an denen Angehörige beider Kommissionen beteiligt seien, gemeinsam vorzugehen, sowohl bei der Anerkennung als bei der Führung und der Unterstützung dieser Streiks.

Der Kongress beauftragte die Gewerkschaftskommission, mit der ezechischen Kommission über dieses Zusammengehen zu beraten.

Zum Schluß erstattete Reichsrats-Abgeordneter Dr. Verkauf noch das Referat über den nächsten Punkt der Tagesordnung: „Die Arbeiter und die Kartelle“.

Die Beschlüsse des Kongresses wurden hierauf auf morgen vertagt.

Achtung! Vergolder.
Verband d. i. Vergoldergewerbe besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
Filiale Berlin.
Montag, 18. Juni, abends präc. 8 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 20 (großer Saal)
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Stiftungsfest 2. Vortrag des Genossen Georg Haase über „Christentum und Arbeit“ 3. Diskussion 4. Verschiedenes
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
N.B. Vom 1. Juli ab befindet sich der Arbeitsnachweis im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Platz 15, Zimmer 18, und werden die Kollegen bei Eintritt der Arbeitslosigkeit ersucht, sich dort wochentags von 9-10 Uhr vormittags zu melden. — Die nächste Vertrauensmänner-Sitzung findet Dienstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, bei Markowsky, Wallnertheaterstr. 20, statt und ist die Vertretung einer jeden Werkstatt erwünscht. In dieser Sitzung werden die Protokolle der General-Versammlung ausgegeben.
Der Vorstand.

Rabatt-Spar-Verein „Süd-Ost“
Kottbuser-Ufer 44 a.
Montag, den 18. Juni 1900, abends 8 Uhr, im Konzerthaus „Zandsonci“, Kottbuserstr. 4 a.
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Emil Rosenow über „Rabatt-Spar-Vereine und Konjunktur“ 2. Diskussion 3. Verschiedenes
Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.
Die Mitgliedsbuch legitimiert und für die Referenten die Legitimationstarif.
Der Vorstand.

Achtung! Kistenmacher.
Sonntag, den 17. Juni 1900:
Ausflug nach der Treptower Sternwarte (Riesen-Fernrohr)
Treffpunkt 3/4 Uhr im Arbeitsnachweis, Breslauerstr. 28. Der Vortrag findet um 5 Uhr statt.
Billets sind beim Vortragenden und im Arbeitsnachweis zu haben.
Montag, den 18. Juni 1900, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz Nr. 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über Politik und Gewerkschaften. Ref.: Genosse F. Kotzko.
2. Diskussion 3. Verschiedenes.
Des wichtigen Vortrags halber ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.
Montag, den 18. Juni, abends 8 Uhr, bei Wilke, Andreasstr. 26:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Gustav Reuter: „Wehliche Gesellschaften in alter und neuer Zeit.“ 2. Diskussion 3. Verschiedenes
Sonnabend, den 14. Juli, findet unser diesjähriges Sommerfest im „Schweiger Garten“, Am Königsthor, statt, verbunden mit Barbecue und Tanz. Billets bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern und in allen Zahlstellen zu haben.
Heute abend Entgegennahme von Beiträgen und Ausgabe von Streikmarken in sämtlichen Zahlstellen. — Nächsten Sonnabend Ausgabe der Schlussrechnung über 10 Quart. Die Kassierer können dieselben Freitag abend zwischen 7-8 Uhr bei Schreier, Blumenstraße, entgegennehmen.
Der Vorstand.

Achtung! Zimmerer! Achtung!
(Vertrauensmänner-Centralisation.)
Sonntag, den 17. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Cohn, Beuthstraße 20, 1 Tr. (gr. Saal):
Außerordentliche General-Versammlung
des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Agitations- und Unterstützungsfonds 2. Bericht der Delegierten vom 4. Kongress 3. Vortrag des Kameraden Th. Fischer über: „Die Bestrebungen der Scharfmacher im Bauergewerbe“ 4. Vereinsangelegenheiten 5. Verschiedenes.
Kameraden! Es ist Ehrenpflicht, daß jedes Mitglied in der Versammlung erscheint, denn die arbeitsrechtlichen Bestimmungen und Vereinbarungen der Scharfmacher erfordern unversetzt einen entscheidenden Protest. — Die Versammlung wird in Anbetracht der reichhaltigen Tagesordnung pünktlich eröffnet.
Der Vorstand. 3. V.: Jonny Hirtchen.

Achtung! Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler etc.
Ortsverwaltung Berlin II.
Sonntag, den 17. d. M., vorm. 10 Uhr, im Lokale des Brn. Tolkendorf, Währlicher Straße 58.
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Festsetzung der Gehälter; 2. Wahl der gesamten Ortsverwaltung, inkl. Beitragskassierer 3. Wahl des Vertrauensorgans 4. Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.
Die Ortsverwaltung.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.
(E. d. Nr. 21) Pl. 7.
Sonntag, den 17. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr, bei Bergmann, Bismarckstr. 3.
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung 2. Wahl der Ortsverwaltung 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Einsetzer
Berlins und Umgegend.
Sonntag, 17. d. M., vorm. 10 Uhr, bei Herzberg, Alte Jakobstr. 75
Grosse Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über den Stand unserer Verhandlungen betr. unsern Tarif. 2. Diskussion 3. Wahl eines Vertrauensmanns für Rotenbacher Vorstadt. Auch wird die Urabstimmung vorgenommen — Alle Kollegen, welche noch nicht abgerechnet haben, werden ersucht, bestimmt in der Versammlung zu erscheinen. Auch werden Beiträge entgegengenommen.
Die Kommission.

Verein der Maschinisten, Heizer u. Berufsgen.
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 5 Uhr, in Cohns Festhallen, Beuthstr. 20:
Versammlung.
Tages-Ordnung: Die Neugestaltung des Arbeitsnachweises. Wahl eines Beisetzers für den zum zweiten Vorstandsmitglied gewählten Kollegen Wilsdorf.
Um regen Besuch bittet der Vorsitzende wegen
Der Vorstand.

Steinarbeiter!
Sonntag, den 17. Juni, mittags 12 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27 c:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berichtserstattung vom Kongress in Gotha 2. Wahl der Central-Aus-schussmitglieder 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen erwünscht
Der Vertrauensmann.

Arbeiter- u. Radfahrer-Verein „Berlin“
27/1
Heute abend 1/8 Uhr, Frankfurter Thor (Reinertstraße): nach Badon, Freienwalde, Gdrysvalde (inklusive Rückweg ca. 150 Kilometer)
Vorgemittags 1 Uhr: Brandenburger Thor, nach dem Plötzensee. Gasse willkommen. Mittwochabend 9 Uhr Kappenplatz: Befehl des Hoff-Ver-„Courier“, Rheinbergstr. 39.
Donnerstag-Versammlung d. Wnabe, Kolbergerstr. 23, Trossdorf: Bericht vom Bundeskongress. Erscheinen notwendig. Neben Freitagabend 1/8 Uhr: Reigen-Übungslokal bei Haabe. Regte Beteiligung erwünscht.
Allgem. Kranken u. Sterbekasse d. Metallarbeiter
(E. d. 29) Hamburg.
Filiale Berlin IV.
Umständlicher kann die nächste Mitglieder-Versammlung erst am 14. Juni, Sonnabend, d. 30. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Fritz Wilke, Andreasstr. 26, stattfinden.
Tages-Ordnung:
1. Kassenericht 2. Wahl der Ortsverwaltung 3. Berichtserstattung über die General-Versammlung 4. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Dienstag, den 19. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr, in Feuersteins Saal, Alte Jakobstr. 75:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten vom Verbandstag.
2. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um vollständiges Erscheinen der Mitglieder erwünscht.
Die Ortsverwaltung.
Die Protokolle vom Verbandstag sind von heute ab zum Preise von 10 Pf. in unserm Bureau, Engel-Platz 15, II. zu haben.
Wir richten nochmals dringend an alle Kollegen die Mahnung ihrer rückständigen Beiträge noch vor dem 1. Juli zu begleichen.
Heute, Sonnabend, abends 9 Uhr:
Besuch der Treptower Sternwarte.
Programm siehe „Buchbinder-Zeitung“.
Billets a 75 Pf. (inkl. 1,50 Mk.) sind in unserm Bureau erhältlich. Treffpunkt am Eingang der Sternwarte abends 9 Uhr.
Die Billets zum Fernrohr haben bis 1. Juli Gültigkeit.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.
D. O.

Centralverband d. Maurer
(Zahlstelle Charlottenburg).
Sonntag, den 17. Juni 1900:
6. Stiftungsfest
verbunden mit Gesangsvorträgen, Theateraufführungen und Tanz. Personen, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pfennig nach Bon 4 Uhr ab: Grosse Gartenkonzert, ausgeführt von Musik-Secundarmusikern. Entree 25 Pf. Kinder in Begleitung Erwachsener erhalten 50 Pfennig gratis. Anfang 4 Uhr. Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr ab geöffnet. Um rege Beteiligung der Verbandsmitglieder bittet
Die örtliche Verwaltung.

Sie sparen das Doppelte bis Achtfache,
wenn Sie Ihren Rum, Cognac, Brantwein oder Liqueur mittels der echten Noas Original-Extrakte selbst bereiten. Mischungen ausgekostet. Es ist nur nötig, Weingeist, Wasser u. Zucker zu mischen. Preis der Orig.-Flasche mit genauer Gebrauchsanweisung je nach Sorte 35, 40, 50, 60, 75 Pf. etc., reichend bis zu 5 Liter Liqueur etc. Jeder verlangt sofortige ausführliche Prospekte mit wertvollen Rezepten v. a. s. e. Erfinder u. Fabrikanten Max Ed. Noa, Berlin N. 65, Reinickendorferstrasse 48, gegenüber d. Wiesenstraße. Versand auch einzelner Flaschen in Berlin frei Haus, ansonst pr. Post. Rezept zu 2/4, 1/2, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 12, 15, 20, 25, 30, 40, 50, 60, 75, 100 Pf. etc. Cognac nach Maß franco. Wein (Spiz. vini) 1,40 M. und 1/2, 1/3, 1/4 Liter.
Hüten Sie sich vor minderwertigen Fabrikaten! Meine höchst vollendeten Orig.-Extrakte sind die besten und werden an Vollständigkeit von keinem andern Fabrikat auch nur im entferntesten erreicht. Ferner zu haben bei Hoffmann & Schinke, Turmstr. 50, und Georg Pohl, Brunnstr. 157.
Es ist weltbekannt.
Die von mir erfundenen, echten Noas Original-Extrakte haben keinerlei Gemischtheit mit den vielfach angepriesenen Fälschungen, sondern sind in ihrer Art völlig neu und von solcher Vollkommenheit, daß sie an Vollständigkeit von keinem andern Fabrikat auch nur im entferntesten erreicht werden können. Um sich vor Enttäuschungen zu schützen, achte man genau auf meinen Namen.
Max Noa, Berlin N., Reinickendorferstr. 48.
Segler-Schloss, Gantels Ablage.
Segler W. Heinrich, Fernsprecher: Wulferhausen 13, (4611) empfiehlt den gebräuteten Reizen, Gesellschaften und Schalen sehr am Maß und Waller gelegenen Restaurant. Große und kleine Saale, schöner schattiger Garten und großer Spielplatz stehen dem geehrten Publikum zur Verfügung.

Wo? beim alten Freund.

Conrad Tack & Cie.

Burg
bei Magdeburg.

Deutschlands bedeutendste Schuhfabriken.

66 eigene Verkaufshäuser in allen grösseren Städten Deutschlands.

Weltbekannt
sind unsre Fabrikate

durch
ausserordentliche Haltbarkeit,
durch
vorzügliche chice Passform,
durch
unerreicht billige, feste Preise,
durch
unübertroffene Leistungen
auf dem Gebiete
der Schuh-Industrie.

Prämiiert
mit der goldenen Medaille 1898.

Goodyear-Welt (System Handarbeit)
eignes Fabrikat,
der beste Stiefel der Gegenwart.



Leder-Kinder-Schuhe
Mk. 0,35.



Derber Kinder-Stiefel
Mk. 1,90.



Strapazier-Damen-Stiefel
Mk. 3,40.



Strapazier-Herren-Stiefel
Mk. 4,50.

Verkaufshäuser in Berlin

- unter eigener Firma:
- 50 Andreassstrasse 50.
 - 29 Beusselstrasse 29.
 - 1 Danzigerstrasse 1.
 - 139 Frankfurterstrasse 139.
 - 240 Friedrichstrasse 241.
 - 65 Oranienstrasse 65.
 - 50 Potsdamerstrasse 50.
 - 14 Rosenthalerstrasse 14.
 - 15 Spittelmarkt 15.
 - 37 Turmstrasse 37.
 - 22 Wilsnackerstrasse 22.

Charlottenburg:
122 Wilmersdorferstr. 122.

Rixdorf:
30/31 Bergstrasse 30/31.

Conrad Tack & Cie., Burg bei Magdeburg.

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen.
Klein-Verkauf. Sehr starke Ware in
praktischen grauen u. braunen Streifen.
Hinten u. vorn am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Reizfäden u. Kapp-
nähte. Beste Leder-Pilots...
die Hose

(bei Entnahme von) 4 Mk. 50

Echt indigoblaues Jackett für
Radschüler, Montevue u. 1 Mk. 90
Echt indigoblaue Hose dito 1 Mk. 50
Prima Mandelker Dose 8., 5, 10, 3, 50
Gefüllter, Mandelker-Jackett 13., 9.,
Kerze-Kittel, gefüllt, Kessel 2 Mk.
Reinwäcker-Kittel (braun) 2 Mk. 25
Weißes Leder-Jackett, ge-
füllter, zweifach 7 Mk. 50
Weiße Leder-Hose, Prima
Ware 3 Mk. 75

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Ghauffeur. 24a. Bräudenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 15te Preisliste 1900 über gesamte
Herren- und Knaben-Bekleidung (Auf-
lage 1 Million) wird kostenlos und
portofrei zugesandt.
Versand von 20 Mk. an franco. —
Bei Bestellung genügt Angabe der
Brust- u. Bundweite u. Schrittlänge.
Obige Preise gelten für normale
Größen. 40000*

Nachdruck verboten!
Künstliche Zähne, 3 Mk. an, vor-
züglich, sehr schmerzlos ein Plombieren,
schmerzlos Zahnziehen, Zahnfüllung, etc.
Rep. f. Goldstein, Drantenstr. 123.



Hüten

troß der kolossalen Steigerung in
der Aufzählung verkaufe noch
zu den alten Preisen. (41020*)
Otto Gerholdt,
Dresdenerstrasse No. 2,
Ecke Salfgäßchen.
Großes Lager in Schirmen, Mützen, Kravatten.

Möbel und Polsterwaren. Franz Tutzauer,
Fischermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.

Bei „Behandlung der Fettsucht“

BERICHT AUS DER KLINIK VON Geh.-Med. Rath Prof. Dr. GERHARDT.

Bei „Chronischer
Verstopfung“
(LIEBERICH).



„Dauernd sich
gleichbleibend“
(LACRIBAN).

Bei Apothekern, Drogisten und Mineralwasser-Händlern,
in ganzen und halben Flaschen.

Sonntag, den 17. Juni: Gr. Dampfer-Extrafahrt

nach Woltersdorfer Schleuse (Restaur. Holldorf).
mit Musik

Fahrtpreis hin und zurück 1 Mk. Einfache Fahrt 75 Pf.
Abfahrt 10 Uhr vormittags. Rückfahrt 8 Uhr abends. Rückfahrkarte:
An der Stralauerbrücke 5. Billets sind am Bord des Dampfers zu haben.
L. Kabut Nachf. Johann Schulze,
Dampfschiffreederei,
An der Fischerbrücke Nr. 17. Telefon: 1. 2869. (49010*)

Wollen Sie

Ihre Garderobe reell, billig und gutfitzend kaufen, dann bemühen Sie sich bitte in das
Specialhaus für Herren- und Knaben-Garderoben
von **Paul Mendelsohn**

No. 146 Schönhauser Allee No. 146
Ecke Kastanien-Allee.

Kleine Anzeigen.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: 5 Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Anzeigenstellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptredaktion Reuterstr. 3
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurant (Zahlstelle) ist so-
fort billig zu verkaufen. Näheres
Barrischerstrasse 63 im Schanklokal.
Restaurant, gangbares, billig zu
verkaufen. Schulz, Schwarzwaldstr.
15. 7131*
Gardinenhaus Große Frankfurter-
strasse 9, parterre. 730*
Elegante vorjährige Herrenhosen
feine Stoffe 9-12 Mark. Verkauf
Sonntag und Sonntag. Veranda-
haus Germania, Unter den Linden 21 II.
Steglich, Schlossstrasse 70, Ecke
Hindenburgstrasse: Lager fertiger
Herren-, Knaben- und Arbeiter-
Garderobe. Unterfertigung nach Maß
zu soliden Preisen. Fritz Hamburg.
Beiten, produktiver Stand, 12,00,
zweischläfrig 10,50. Gudenstraße 3.
Wandbeide. 7150*
Beiten, Steppdecken, Gardinen
spottbillig Leihhaus Reanderstrasse 6.
Reumontuhrren, Regulatoren
spottbillig Leihhaus Reanderstrasse 6.
Toppide, spottbillig Pfandstücke
Reanderstrasse 6. 21,9*
Damenkästen billig Hülf, Wein-
strasse 13b. 918b
Verbindungsstück 16, Spiegel-
spind, Wäscheblech 14, Bettstellen,
reelle Matratzen, Sofa, Wäsche-
tenden, vieles preiswert! Günter
Weg 81, im Keller. 1437b*
Fahrräder, Teilzahlung, mögliche
Anzahlung. Lager vierhundert
Radschüler, Bahnrenner, 18 Pfund,
Streifenrenner, Luxus-Damenräder,
zweifacher, Kinderräder, Anhängewagen
direkt aus Fabrik „Imperial“ Dörfen-
bachstrasse 33. (1898*)

Teppiche mit Herdenletern,
Fabrikniederlage Große Frankfurter-
strasse 9, parterre. 730*
Fahrräder, erklaffig, zu Groß-
preisen (auch Teilzahlung). Wäcker-
lager, Kommandantenstrasse 46 I. *
Fahrräder, erklaffige Marken,
zwei Jahre Garantie, billig. Teil-
zahlung genötigt. Reparatur-Werk-
statt, Landens und Wäcker werden
verleihen. Gefährte Räder, gut er-
halten, billig. Carl Fischer, Dörfen-
strasse 9. 1182*
Wadacher, Sparsystem, Zweifach
6,00, Dreifach 10,00, Gasdratzen 12,00,
Gasdratzen, Schneider-Bügelappa-
rate billig. Teilzahlung, Wöhlauer,
Wallner: Theaterstrasse 32. (Klein
Vaden.) 1329b
Abeliner Feld, Gartenbrunnen,
Tische, Stühle, Bänke, Spaten, billig.
Carl Kaufmann, Mühlendammstrasse 19,
am Urban. (21,18*)
Wappsticker 45 Flaschen 3 Mark,
Brauerer Andreasstrasse 63. (1232b)
Teppdecken am blühenden Herbst
Große Frankfurterstrasse 9, parterre.
Fahrrad-Reparaturen fertig
Zimmer, Andreasstrasse 70. 1478b
Möbel, neu und gebrauchte, auch
Teilzahlung. Köhner, Seebahnstrasse
Nr. 81. 1470b
Schlafsofa, Küchenmöbel, Geschir,
Spiegel, Tisch spottbillig Erdmel,
Blumenstrasse 51 a. 24,5*
Shantgeschäft, seit 9 Jahren be-
stehend, sofort zu verkaufen. Wäcker-
strasse 9. 1472b
Rahmschinken sämtlicher Systeme
ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark,
Balkstraße, Landsberger, Landsberger-
strasse 25, kein Vaden. 1482b*
Seifen- und Porzellan-Geschäft ist
wegen alleinrechtlich sofort oder später
zu verkaufen. Zu erfragen: Kom-
mandantenstrasse 73 im Glarergeschäft.

Herrenrad, Damenrad, fast neue
elegante Räder, verkauft spottbillig
Schubmann, Waldemarstr. 27, vorn I.
Cigarren-Geschäft, beschiedene
Erzeugnisse, sofort oder später zu ver-
kaufen. Näheres: Rautenfeldstrasse 70,
im Selbstgeschäft. 71
Papierhandlung, Schreib-, Zeichen-
material, altes Geschäft, erforderlich
2000 Mark. Adressen D. R. Post-
amt 99. 1461b*
Fahrrad, fast neu, spottbillig,
Schönhauser Allee 177a, Hof parterre.

Buchbinder-Arbeit jeder Ar-
fertigt Ferdinand Kleinert, W. Hül-
straße 56, 2. Hof parterre. 2387b
Kind, Mädchen von 2-3 Jahren,
findet liebevolle Pflege, am liebsten
als eigen. Blum, Reichberger-
strasse 107. 71
Vermietungen.
Werkstattkeller mit Hofraum
Wöllnerstrasse 15 (Kreuzplatz). (24,2
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle ist zu ver-
mieten bei Fehsel, Urbanstrasse 119
vorn III. 1474b
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stuhlrechter bittet um
Arbeit. Stühle werden gut geflochten,
dieselben werden abgeholt und zurück-
geliefert. Gläser, Malackstrasse 27. *
Stellenangebote.
Barockvergolder und Farb-
macher finden dauernde Beschäftigung
Goldbleichenfabrik Alexandrinenstr. 25.
Tüchtige Hornbrechler, J. Kauf-
mann, Wühlhauken i. G. 1972*
Tüchtige Farbmacher bei dauer-
nder Beschäftigung verlangt Goldblei-
chenfabrik Alexandrinenstrasse 25. (1453b)
Zwei Korbmachermeister, Nieder-
weg 20 III. 1465b

Farbmacher verlangt Andread-
strasse 10. 1477b
Korbmacher verlangt auf Grün
Levin, Linienstrasse 68. 1480b
Blätterinnen auf Untergehen
im und anderem Hause verlangt Joh.
Berenzen, Wäckerstrasse 13. (124,11*)
50 Steppertinnen auf Futter für
Bat. Räder in und außer dem Hause
verlangt Bieck u. Behrens, Land-
bergerstrasse 107. 2058*
100 Mannfellen auf Bat. Räder in
und außer dem Hause verlangen
Bieck u. Behrens, Landberger-
strasse 107. 2058*
Reißbinder, Farbmacher sucht
Schule, Drantenstrasse 155. 1481b
Zilverpoliererin auf Aufkande
verlangt bei hohem Verdienst Vergas
Wehrder, Schildstrasse 12. 1483b
Tüchtige Barockvergolderinnen, 18
bis 20 Mark Lohn. Soers, Stalger-
strasse 28. (71)
Schirmnäherinnen, gefähre, finden
bei und im Hause dauernde Be-
schäftigung. Reinal & Silber, Schirm-
fabrik, Krausenstrasse 89. 23,20*
Mannfellen, Jacketts, verlangt
Reißer, Wäckerstrasse 17 I. *
Mannfellen, gefähre, hohen Stepp-
jacketts, hohe Preise, jeden Sonntag
wird gerechnet, nur im Hause, verlangt
Lau, Weidenweg 29 III. 1359b*
Steppertinnen auf Jacketts, Lohn bis
24 Mark, verlangt Lau, Weiden-
weg 29 III. 1358b*

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.
Maurergesellen verl. Weidert,
Blumenstrasse 15, Berlin.
Reißbinder, Reißbinderin sucht
Goldbleichenfabrik A. B. Schulze,
Drantenstr. 155. 1467b
Wäschmeister
für einen Prismaischen Greif-
bagger wird von der Gasstiege-
Genossenschaft für längere Zeit zu
engagieren gesucht. Lohn nach Ueber-
einkunft.
Angebote mit Zeugnisabschriften
von nur tüchtigen und geübten Be-
werbern nehmen entgegen. 24
C. Schmalfeldt & Reich,
Pankow d. Caduun, 24/24.
Mätzung, Drechsler!
Bei der Firma Voeltzkow,
Mitterstrasse 15, haben 15 Kollegen
wegen Differenzen die Arbeit nieder-
gelegt. 29,8
Die Erbsverwaltung.
Achtung! Parkettleger,
Bauhandwerker!
Die Firmen Danke-Peter
und Gölitz-Classen sind ge-
perril
50,9
Die Kommission.
Mätzung! Töpfer!
Wegen fortgeschrittenen Ab-
regelung ist über die Firma (113/17)
Schökel, Lindowstr. 10/11,
die Sperrung verhängt.
Die Lokalkommission.